Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923 ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung

---

von

Klaus Hohlfeld

aus Freital/Sa.

1964 E 110

Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung

Inaugural - Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Klaus Hohlfeld
aus Freital/Sa.

Tag der mündlichen Prüfung: 28. November 1964

Dekan: Universitätsprofessor Dr.W. Besson
Referent: Universitätsprofessor Dr.H.Lades
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. W.P.Fuchs

D 29

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK - LEIDEN -

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Afa	Arbeitsgemeinschaft für Angestellte
BA	Bundesarchiv Koblenz
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GK	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ZK	Zentralkomitee

VORWORT

Diese Arbeit wurde durch ein Seminar über die Weimarer Republik, das Herr Professor Lades im Sommersemester 1962 abgehalten hat, angeregt. Herrn Professor Lades gilt mein Dank für die Betreuung der Arbeit. Ebenso bin ich den verantwortlichen Herren vom Bundesarchiv Koblenz, vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und dem Bibliothekar beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ebenfalls in Bonn, zu Dank verpflichtet.

INHALT

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 5

EINLEITUNG 6

KAPITEL I : DIE SÄCHSISCHE REGIERUNGSKRISE UND DIE BILDUNG DER REGIERUNG ZEIGNER (JANUAR BIS MÄRZ 1923) 12

1. Das Industrieland Sachsen 12
2. Die Machtverhältnisse in Sachsen bis Ende 1922 13
3. Die Regierung Buck und die Reichsregierung 18
4. Die Einheitsfronttaktik der KPD 20
5. Der Sturz der Regierung Buck 23
6. Die Verhandlungen zur Regierungsbildung und die Situation innerhalb der sächsischen VSPD 26

KAPITEL II : POLITIK UND DEMAGOGIE ZEIGNERS APRIL BIS AUGUST 1923 33

1. Die Regierungserklärung vom 10. April 1923 33
2. Die sächsische Entwicklung im Blickfeld der Reichsregierung 37
3. Die Radikalisierung in Sachsen und der proletarische Selbstschutz 42
4. Zeigners Rede in Niederplanitz am 16. Juni und Schützingers Rede in Chemnitz am 5. Juli 48
5. Sachsen in der sozialdemokratischen Publizistik (April bis Juli) 51
6. Die Reaktionen der Reichsregierung auf die sächsische Politik (Juni bis August) und der öffentliche Notenkrieg der sächsischen Regierung mit der Reichsregierung 56

KAPITEL III : STRESEMANN UND DIE ENTWICKLUNG DER SÄCHSISCHEN FRAGE VOM 13. AUGUST BIS 10.OKTOBER 65

1. Vergeblicher Versuch Stresemanns zum Ausgleich mit Sachsen 65
2. Die widerstreitende Beurteilung der sächsischen Frage im Reichskabinett der Großen Koalition 69
3. Weitere Radikalisierung Sachsens und Zeigners revolutionäre Töne 71
4. Die Haltung Zeigners zum Reichsausnahmezustand 75
5. Zeigners Opposition gegen den Reichsvorstand der VSPD 76

KAPITEL IV : DIE PLANUNG DES " ROTEN OKTOBERS " DURCH DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE UND DIE REICHSEXEKUTION GEGEN SACHSEN 80

1. Die revolutionäre Situation 80
2. Kommunisten in der sächsischen Regierung 83
3. Vor dem Eingreifen der Reichsgewalt 87
4. Sachsen und Bayern 91
5. Der Einmarsch der Reichswehr in sächsische Städte und seine Wirkung 96
6. Das Ultimatum Stresemanns und die Ernennung Dr.Heinzes zum Reichskommissar 98
7. Stresemanns Urteil über die Reichswehr 103
8. Die Absetzung Zeigners und die Bildung einer neuen Regierung 106
9. Der mißglückte Proteststreik 110
10. Exkurs: Die staatsrechtliche Seite der Reichsexekution gegen Sachsen 112

KAPITEL V : DIE AUSWIRKUNGEN DER REICHSEXEKUTION GEGEN SACHSEN 118

1. Das Ende der Großen Koalition im Reich 118
2. Die sächsischen Sozialdemokraten auf dem Wege zur Großen Koalition 121
3. Die Auseinandersetzungen in der KPD mit dem fehlgeschlagenen "roten Oktober" 124
4. Würdigung der Politik Stresemanns in der sächsischen Frage 127

ANLAGEN 133

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS 146

LEBENSLAUF 152

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit einem Ereignis des Jahres 1923, des Jahres, das die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik abschloß. Der Bestand der Republik war 1923 wie nie zuvor bedroht. Über die politischen Zustände des Jahres 1923, besonders über das Wirken und die Persönlichkeit Stresemanns gibt es bereits eine reichhaltige Literatur. Ebenso ist über den innenpolitischen Krisenherd Bayern schon viel geschrieben worden. Aber es ist bisher noch nicht der Versuch unternommen worden, den anderen Krisenherd, den Sachsen im Jahre 1923 bildete, mit Hilfe der zugänglichen Quellen in seiner Entstehung und Bekämpfung darzustellen.[1] Im Gegensatz dazu nehmen die Ereignisse in Sachsen während dieses Krisenjahres in der von der SED gesteuerten sowjetzonalen Geschichtsschreibung einen breiten Raum ein. Die Geschichtsschreibung soll dort dazu dienen, eine gewisse Tradition herzustellen, als deren Glied die SED mit ihrem Herrschaftsgebiet und dessen Einrichtungen angesehen werden will. Was man unter Geschichtswissenschaft versteht, zeigt eine Dissertation über "Die 'Arbeiterregierung' in Sachsen im Jahre 1923", in der sich der Verfasser die Aufgabe stellt, "anhand der Materialien und Dokumente eine ausführliche marxistische Kritik des Reformismus der 'linken' sozialdemokratischen Führer zu geben".[2] Durchgehend findet man in den entsprechenden Arbei-

---

[1] Eine Ausnahme bildet Schlottner, Erich Heinz: Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und Bayern im Herbst 1923, Diss. Frankfurt/M. 1948. Diese Arbeit leidet jedoch an ungenügender Verwendung von Quellenmaterial.

[2] Wagner, Raimund: Die 'Arbeiterregierung' in Sachsen im Jahre 1923. Diss. phl. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Berlin. 1957. S. 7

ten die Tendenz, die proletarischen Hundertschaften, über die wir ebenfalls zu berichten haben werden, als Ausdruck des revolutionären Willens des Proletariats unter Führung der KPD zu idealisieren und sie in Gegensatz zu dem "Opportunismus" des damaligen KPD-Führers Brandler und zur "revisionistischen" Sozialdemokratie zu setzen. Erst 1925 wurde nach Meinung dieser Literaturgattung die KPD unter der Führung Ernst Thälmanns zur echt revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei. Das soll im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 1923 erwiesen werden.[1] Uns können derartige Beispiele gelenkter Geschichtsbetrachtung nur immer wieder zu unabhängiger, kritischer Arbeit anregen.
Die in Mitteldeutschland entstandenen Arbeiten stützen sich vor allem auf Quellen, die sich in Potsdam und Dresden befinden, uns zur Zeit also unzugänglich sind. Die Auswertung dieser Quellen durch die sowjetzonale Historiographie kann nicht nachgeprüft werden. Man gewinnt aber den Eindruck, daß die Benutzung der Quellen höchst einseitig geschieht. Nur das scheint ausgewählt worden zu sein, was in das vorgeschriebene Geschichtsbild paßt.

Oft sind die hohen staatsmännischen Fähigkeiten Stresemanns gewürdigt worden, die Einfühlungsgabe auf sein Gegenüber, sein dem Schachspiel ähnliches Behandeln der politischen Kräfte.[2] Wie das im konkreten Handeln, im einzelnen Fall aussah, wird diese Arbeit an einem Beispiel zu schildern versuchen. Die Reichsexekution gegen Sachsen, zu der sich Stresemann während der 100 Tage seiner Kanzlerschaft entschließen mußte, bildet das Ereignis, dessen Problematik, politische Vor- und Nachspiele hier beschrieben werden sollen.

Auf Anordnung der Reichsregierung besetzten Ende Oktober 1923 Reichswehrtruppen die größeren Städte Sachsens und

---

[1] Neben Wagner vgl.z.B. Gast, Helmut: Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923. In: Zeitschrift für Geschichtsunterricht. IV. Jg. 1956. Heft 3. S. 455 ff. Hanisch, Wilfried: Die Hundertschaften der Arbeiterwehr. Berlin 1958. Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I. Berlin 1955.

[2] Thimme, Annelise: Stresemann als Reichskanzler. In: Die Welt als Geschichte. 1957. Heft 1.S. 25

zwangen einige Tage später die sächsische Regierung, die Regierung eines Gliedstaates des Deutschen Reiches, zum Rücktritt. Diese Tatsache fordert geradezu heraus zu untersuchen, wie es in einem demokratischen Staate soweit kommen konnte. Die Vertiefung in die Ereignisse und ihre Vorgeschichte zwingt zum Eindringen in mannigfaltige Fragen, die unmittelbar und mittelbar mit diesem Ereignis zu tun haben. Wenn man die Geschichte der Weimarer Republik verstehen will, ist es wichtig, den politischen Stil und das Wirksamwerden der politischen Kräfte nicht nur auf höchster Ebene, in der Reichsregierung oder im Reichstag, sondern auch auf Landesebene kennenzulernen.

Im Hinblick auf das Scheitern der Weimarer Republik 1933 könnte es zunächst scheinen, als ob die Entwicklung des Rechtsradikalismus in Deutschland für die Geschichtdforschung wichtiger sei als die des Linksradikalismus, wie er sich 1923 in Sachsen zeigte. Man darf jedoch nicht übersehen, daß jede geschichtliche Bewegung in hohem Maße durch ihr Komplement bestimmt wird. Dem muß der Historiker Rechnung tragen. Das Jahr 1923 ist ein Beweis dafür, wie die extremen Rechts- und Linkskräfte in Deutschland sich bedingten und in ihrem Kampf gegeneinander sich wechselseitig stärkten. Beide versuchten 1923 die nationale und soziale Not Deutschlands für ihre Umsturzziele auszunutzen. In der Krise kamen die beiden Wellen des 19.Jahrhunderts, die nationale und soziale, in extremer Form zum Ausbruch und drohten von den beiden Ländern Bayern und Sachsen aus die Staatsform radikal umzuwälzen. Das Ende des Ruhrkampfes und die Inflation waren die unmittelbaren Ursachen für die Radikalisierung breiter Bevölkerungskreise. An die Spitze beider Bewegungen stellten sich Revolutionäre, die eine Diktatur in ihrem Sinne errichten wollten. Im November charakterisierte Stresemann die deutsche Situation ange-

sichts der hinter ihm liegenden Tätigkeit als Reichskanzler und der Gefahren für das Reich:

"Das Elend treibt die Menschen zum Extrem. Der Kommunismus zieht seine stärksten Stützen aus dem sozialen Elend, und der Rechtsradikalismus zieht seine stärksten Stützen aus der Politik fortgesetzter nationaler Demütigungen."[1] Doch 1923 gelang es, das Reich vor der Diktatur zu retten und vor dem Verfall zu bewahren.

Zunächst werden wir in Kapitel I die politische Situation in Sachsen bis zum Ende des Jahres 1922 und zu Beginn des Jahres 1923 betrachten, die zu der verhängnisvollen Regierungszeit Zeigners führte, und schildern, wie es der KPD gelang, in Sachsen mehr und mehr Einfluß zu gewinnwn. Auf dem VIII. Parteitag der KPD in Leipzig hatten die Beauftragten der von Moskau aus gesteuerten Kommunistischen Internationale eine neue Taktik verkündet, die dazu dienen sollte, die Sozialdemokratie durch die "Einheitsfront" aufzuweichen und über diesen Umweg die kommunistische Herrschaft zu errichten. Weiter wird zu berichten sein, wie man in Sachsen an die Verwirklichung dieser Aufgabe ging und welche Bedingungen die KPD hier vorfand. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien, das nicht ohne Schuld an der Entwicklung in Sachsen war, ist dabei ebenso bedeutungsvoll wie die Situation innerhalb der Sozialdemokratie Sachsens.

Das II.Kapitel beschäftigt sich mit der unter kommunistischem Einfluß stehenden Regierungstätigkeit und Demagogie Zeigners bis Mitte August 1923, also unter der Kanzlerschaft Cunos. Wir werden von der Regierungserklärung Zeigners ausgehen. Der Blick wird von da an sich immer wieder den Reaktionen der Reichsregierung zuwenden müssen, da wir die Angriffe Zeigners auf die Reichsregierung und Reichs-

---

[1] 22. Nov.1923. Verhandl. d. Reichst. Bd. 361. S. 12180

wehrführung schildern. Daneben gilt es, den wachsenden kommunistischen Einfluß auf die Innenpolitik Sachsens zu beschreiben. Der proletarische Selbstschutz spielt dabei eine Hauptrolle. Die Entwicklung führte bis zum öffentlichen Notenwechsel zwischen der Reichs- und der sächsischen Regierung.

Diese Situation traf Stresemann an, als er Mitte August 1923 Reichskanzler Cuno ablöste. Das III.Kapitel befaßt sich mit der sächsischen Frage bis Oktober, mit den vergeblichen Versuchen Stresemanns, zum Ausgleich mit Sachsen zu gelangen. Es werden sich bereits hier für Stresemann die Schwierigkeiten offenbaren, die in der unterschiedlichen Beurteilung innerhalb der Regierung der Großen Koalition liegen.

Das Kapitel IV schildert den Höhepunkt der durch die sächsische Entwicklung hervorgerufenen Krise: die Hintergründe für den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung, die Pläne der Kommunistischen Internationale, die Gefahren, die für das Deutsche Reich daraus erwachsen und schließlich das Eingreifen der Reichsgewalt, zunächst durch das Dresdener Reichswehrkommando und dann durch die Reichsexekution, von Stresemann angeordnet, von Reichskommissar Heinze ausgeführt. Um das alles verstehen zu können, versuchen wir die politische Konzeption Stresemanns aufzuzeigen, die aus der psychologischen Beurteilung der rechtsradikalen Kreise Bayerns und der Reichswehr sowie der realpolitischen Einschätzung der Möglichkeiten, die in seiner Hand lagen, erwuchs. Wir werden den Versuch unternehmen, auch die staatsrechtliche Seite der Reichsexekution zu untersuchen. Das geschieht aus der Einsicht heraus, daß es für das historische Verständnis wichtig ist, die staatsrechtlichen Grenzen zu sehen, die dem staatsmännischen Handeln gesetzt sind.

Im letzten Kapitel müssen wir auf das Nachspiel hinweisen, das der Reichsexekution folgte, auf das Zerbrechen der Großen Koalition infolge der Kritik an Stresemanns Vorgehen durch die Sozialdemokraten, auf die Bedeutung des Endes der Ära Zeigner für Sachsen und auf die Bedeutung der Ereignisse für die Entwicklung der KPD. Am Schluß versuchen wir, aufgrund unserer Untersuchung Stresemanns politische Leistung in der sächsischen Frage zu würdigen.
Die Geschichte des Landes Thüringen verlief 1923 ähnlich wie die Sachsens: Kommunisten traten einer bis dahin rein sozialdemokratischen Regierung bei, Anfang November mußte der Reichskanzler durch das Mittel der Reichsexekution Ruhe und Ordnung widerherstellen. Die Ereignisse in Thüringen bedeuteten aber immer ein Nachziehen zu dem Geschehen in Sachsen, wo alles viel dramatischer verlief. Die im Vergleich zu Sachsen weniger originelle Vorgeschichte und Geschichte der Reichsexekution gegen Thüringen bedarf deshalb kaum einer eigenen Darstellung.

Einige Anlagen sollen den Anmerkungsapparat entlasten.

Die Hauptquellen für die Arbeit bilden die entsprechenden Akten der Reichskanzlei und der Nachlaß Stresemanns, daneben gedrucktes Material wie der erste Band von Stresemanns "Vermächtnis", der sich in Umfang und Auswahl nicht mit dem Inhalt der entsprechenden Bände des Nachlasses deckt, dann Memoiren, Parlamentsprotokolle, Landtagsakten, Berichte von Parteitagen der VSPD und KPD sowie zahlreiche Broschüren, die von sächsischer sozialdemokratischer Seite in der Zeit nach 1923 erschienen sind. Bei der Charakterisierung der KPD-Politik können die umfangreichen Publikationen der letzten Jahre verwertet werden, die allerdings nur am Rande auf die Ereignisse in Sachsen eingehen, die Politik der KPD aber in größerem Zusammenhang darstellen.[1]

---

[1] Flechtheim, Ossip: Die KPD in der Weimarer Republik. Offenbach 1948. Wenzel, Otto: Die KPD im Jahre 1923. Diss. phil. Fr. Univ. Berlin 1955. Borkenau, Franz: Der europäische Kommunismus. München 1952. Kochan, Lionel: Russia and the Weimarer Republic. Cambridge 1954. Sueton-Watson, Hugh: Von Lenin bis Malenkov. München 1955.

Die Akten des ehemaligen Reichsinnenministeriums befinden sich in Potsdam und konnten daher von uns nicht benutzt werden. Doch erscheint es unwahrscheinlich, daß das Studium der Akten des Reichsinnenministeriums wesentlich andere Gesichtspunkte ergeben könnten als die Beschäftigung mit den Akten der Reichskanzlei. Die letzte politische Entscheidung lag in jedem Falle beim Reichskanzler, und diese Tatsache muß zwangsläufig ihren Niederschlag in den Akten der Reichskanzlei gefunden haben.

Von hoher Bedeutung für unsere Arbeit wären zweifellos die sich in Dresden befindlichen Akten der sächsischen Ministerien. Auch sie konnten nicht benutzt werden. Vielleicht kann eine kritische Forschung später anhand dieser Quellen das Bild vom ereignisreichen Jahre 1923 ergänzen und berichtigen.

Wir möchten mit der Arbeit einen Beitrag zur Erforschung der revolutionären Entstehungsphase der Weimarer Republik liefern, wie es Karl Dietrich Erdmann als besondere Aufgabe für die Geschichtswissenschaft vorgeschlagen hat.[1]

---

[1] Erdmann, Karl Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 3. Jahrg. 1955. 1. Heft S. 1 ff.

KAPITEL I

DIE SÄCHSISCHE REGIERUNGSKRISE UND DIE BILDUNG DER REGIERUNG ZEIGNER (JANUAR BIS MÄRZ 1923)

1. Das Industrieland Sachsen

Das Land Sachsen gehört zu den alten Gewerbegebieten Deutschlands, für die der Prozeß der Industrialisierung im 19. Jahrhundert eine bedeutsame Rolle spielte. Damit verbunden war aber auch das Problem des sozialen Strukturwandels und all seiner politischen Auswirkungen. Wie alle anderen Landschaften mit dichter Bevölkerung hatte Sachsen besonders unter den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu leiden. Dies gilt vor allem für das Krisenjahr 1923. Die Inflation, die während des Ruhrkampfes den Wert der Mark ins Bodenlose sinken ließ, traf in erster Linie die Bevölkerungschichten, die ausschließlich auf Gelderwerb angewiesen waren: Angestellte, Beamte und natürlich Industriearbeiter. Für Sachsen wurde die Störung des deutschen Wirtschaftskreislaufes deshalb besonders bedrohlich, weil dieses Land schon lange auf die Einfuhr von Lebensmitteln aus anderen deutschen Gebieten angewiesen war und die eigene Landwirtschaft nur noch geringe Bedeutung besaß.

Einige Vergleichszahlen sollen die besondere Situation Sachsens charakterisieren. Die mit dem Grad der Industrialisierung gestiegene Bevölkerungszahl und - dichte Sachsens zeigt folgende Übersicht:

	Absolute Zahlen		Einw.je qkm		%-Anteil Sa.
Zählungsjahr	Reich	Sachsen	Reich	Sachsen	a.Reichsbev.
1871	41.058.792	2.556.244	75,9	170,5	6,23
1900	56.367.178	4.202.216	104.2	280,3	7,46
1925	62.410.619	4.992.320	133,2	333,0	8,00

Für 1923 liegt keine Zählung vor. Doch geben auch die Zahlen von 1925 ein Bild für die Lage in Sachsen.[1]

Ebenso aufschlußreich ist die Berufszugehörigkeit (d.h. Erwerbstätige und deren Angehörige) in Sachsen:[2]

Landwirtschaft:	453.312
Industrie:	2.815.434
davon	2.031.126 Arbeiter
Handel u. Verkehr:	834.090
Verwaltung, Heerwesen, Kirche usw.	240.129

Die Industrie Sachsens bestand in erster Linie aus Fabriken der Verfeinerungs- und Veredlungsindustrie (58,7% der deutschen Textilbetriebe), die auf den Auslandsmarkt angewiesen waren.[3]

Diese Situation bildete den allgemeinen Hintergrund für die politischen Ereignisse des Jahres 1923. Sachsen war so für soziale Krisen besonders anfällig. Der Linksradikalismus fand 1923 hier einen günstigen Boden.

2. Die Machtverhältnisse in Sachsen bis Ende 1922

Im Unterschied zu den norddeutschen Küstenstädten, zu Berlin und München hat Sachsen während der Revolutionsereignisse 1918 keine führende Rolle gespielt. In Sachsen, einem Stammland der Sozialdemokratie, fand die Ablösung des alten Regimes und die Absetzung des im Lande sehr beliebten Königs in gemäßigten Formen statt. Die Arbeiter- und Soldatenräte bereiteten den mehrheitssozialdemokrati-

---

[1] Statist. Jahrb. für den Freistaat Sachsen. 46. Ausg. 1924/26 S.7

[2] Zahlen ebenso von 1925. Ebenda S. 11

[3] Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen. Löbau 1930 S.9

schen Führern kaum Schwierigkeiten.[1]

Wenig später als die Nationalversammlung wurde am 2.Februar 1919 die sächsische Volkskammer gewählt. Sie hatte die Aufgabe einer verfassunggebenden Versammlung. Die 96 Sitze verteilten sich folgendermaßen auf die Parteien (von links nach rechts):

USPD	:	15	Abgeordnete
MSPD	:	42	Abgeordnete
DDP	:	22	Abgeordnete
DVP	:	4	Abgeordnete
DNVP	:	13	Abgeordnete[2]

Die KPD hatte sich nicht an der Wahl beteiligt. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Demokraten, von 15 Abgeordneten auf der Linken und 17 auf der Rechten flankiert, waren zu den Parteien der Mitte geworden und verfügten in der Volkskammer über eine starke Mehrheit. Das Zentrum, das mit diesen beiden Parteien im Reich eine Regierung der sogenannten Weimarer Koalition bildete, kam im evangelischen Sachsen nicht in Betracht. Bis zum Oktober 1919 stellte die MSPD allein die sächsische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer. Sie konnte sich jedoch auf die DDP stützen.Im Oktober 1919 wurden die Demokraten an der Regierung beteiligt. Die Volkskammer erfüllte ihre Aufgabe, indem sie dem Freistaat Sachsen eine Verfassung gab, und ging auseinander.[3]

Die darauf folgenden Wahlen zum Landtag, wie jetzt das Parlament wieder genannt wurde, brachten am 14. November

---

[1] GK 1919. S. 14

[2] Statist. Jahrb. für den Freistaat Sachsen 44. Ausg. 1918/20 S. 424 f.

[3] Vgl dazu und zu dem Folgenden Apelt, Willibalt: Die sächsische Regierungskrise und ihre staatsrechtliche Bedeutung. In:Archiv des öffentl. Rechts. N.F. Bd 6. Tübingen 1926 S. 107 ff

1920 eine starke Veränderung der parlamentarischen Ver hältnisse. Die bisherigen Regierungsparteien, die in der Volkskammer über 64 Abgeordnete verfügt hatten, verloren 29 Sitze. Dagegen erfuhren die Flügelparteien rechts und links einen erheblichen Zuwachs. Diesmal hatten sich auch die Kommunisten an der Wahl beteiligt. Der Landtag setzte sich wie folgt zusammen:

KPD	:	6 Abgeordnete
linke USPD	:	3 Abgeordnete
rechte USPD	:	13 Abgeordnete
MSPD	:	27 Abgeordnete
DDP	:	8 Abgeordnete
Zentrum	:	1 Abgeordneter
DVP	:	18 Abgeordnete
DNVP	:	20 Abgeordnete [1]

Die bisherige Koalition der Mitte verfügte über keine Mehrheit mehr. Zur Neubildung der Regierung standen den Mehrheitssozialdemokraten als der größten Fraktion, der infolge der Zusammensetzung des Parlaments eine Schlüsselstellung zukam, zwei Wege offen: eine Erweiterung der alten Koalition oder eine politische Neuorientierung. Nach heftigen Kämpfen innerhalb der Fraktion setzte sich der linke Flügel, der von der "Chemnitzer Richtung" geführt wurde, durch. Damit war die Entscheidung für eine Neuorientierung gefallen. Die MSPD verständigte sich mit der rechten USPD, um mit ihr die neue Regierung zu bilden. Von den 96 Mandaten des Landtages verfügten die beiden Fraktionen jedoch nur über 40. Die notwendige parlamentarische Unterstützung suchte man auf der äußersten linken Seite des Landtages, bei den Fraktionen der KPD und der linken USPD, so daß der Mehrheitssozia-

---

[1] Statist. Jahrb. für den Freistaat Sachsen. 44. Ausg. 1918/20 S. 427

list Buck mit 49 Stimmen gegen die 47 Stimmen der bürgerlichen Parteien zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.[1] Einfluß auf die Regierungspolitik konnten die Kommunisten jedoch vor 1923 noch nicht gewinnen. An der Spitze der Regierung standen erfahrene sozialdemokratische Führer wie der Mehrheitssozialist Buck als Ministerpräsident und der Unabhängige Lipinski als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident.

Dieser Landtag wurde im Herbst 1922 auf Betreiben der bürgerlichen Parteien aufgelöst, weil sie von einer Neuwahl eine Stärkung ihrer Position erhofften. Hätten die KPD und linke USPD mit den Abgeordneten der MSPD und der rechten USPD gegen den Antrag gestimmt, so wäre er abgelehnt worden. Die Kommunisten traten jedoch dem Antrag bei und sicherten somit seine Annahme.

Die bürgerlichen Parteien wurden aber enttäuscht. Die Wahl vom 5.November 1922 brachte keine Klärung der komplizierten politischen Situation Sachsens. Im Landtag waren nunmehr vertreten:

KPD	:	10 Abgeordnete
VSPD	:	40 Abgeordnete
DDP	:	8 Abgeordnete
DVP	:	19 Abgeordnete
DNVP	:	19 Abgeordnete[2]

Die beiden sozialistischen Parteien MSPD und rechte USPD hatten sich kurz vor der Wahl zur VSPD vereinigt, während die linke USPD sich mit der KPD verbunden hatte. Die Regierung wurde wieder unter Buck gebildet und bestand nur aus sozialdemokratischen Ministern. Die Kommunisten änderten ihre Haltung nichtund stimmten abermals für das Kabinett

---

[1] GK 1920. I.Teil. S. 313

[2] Statist. Jahrb. für den Freistaat Sachsen 45. Ausg. 1921/23 S. 405

Buck. Ihre Politik, die hauptsächlich aus Propaganda bestand, war ein rein sozialistisches Kabinett günstiger als eine Koalition der VSPD mit einer oder mehreren bürgerlichen Parteien. In dieser Zeit bestand trotz grundsätzlicher Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eben doch noch nicht die tiefe Kluft wie in den Jahren 1932 und 1933. 1922 benutzte die KPD den Landtag als Propagandatribühne. Erst im Oktober 1923 sollte sich das für kurze Zeit ändern.

Die Sozialdemokraten hatten versucht, durch Verhandlungen mit der KPD-Fraktion eine Mehrheitsregierung zu bilden. Um den Schein zu wahren, erklärte der kommunistische Abgeordnete Böttcher, man sei auf Seiten der KPD bestrebt gewesen, eine sogenannte "Arbeiterregierung" zwischen VSPD und KPD zustande zu bringen. Die Forderung nach Bildung einer Arbeiterregierung war erstmals 1920 nach dem Kapp-Putsch erhoben worden. Die Verhandlungsdelegation der VSPD hatte für eine Regierungsbeteiligung der KPD die Bedingung gestellt, daß dies natürlich nur unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung geschehen könne.[1] Die KPD bekannte sich aber vor dem Landtag zum offenen Klassenkampf, der die Verfassungsfrage auf seine Weise löse, zum Kampf "zwischen Bourgeoisie und Proletariat". In die Regierung wolle man nur dann eintreten, so führte Böttcher aus, wenn die Verfassungsfrage auf kommunistische Weise gelöst werde. "Das heißt, daß die Verfassung beseitigt wird.... in der Form, wie sie jetzt besteht.... Die Verfassung ist ein Stück Papier, ein Stück Papier, das zerrissen wird von den jeweiligen Mächtegruppierungen, wie sie neu entstehen im Kampf der Klassen." [2]

---

[1] Böttcher (KPD) am 14. Dez. 1922 Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 1. Bd. S. 47

[2] Am 1. Dez. 1922 Ebenda S. 8

Doch war es nach kommunistischer Ansicht auch innerhalb der bestehenden Verfassungsverhältnisse möglich, einen Kampf für die Arbeiterklasse zu führen, nämlich durch politische Mitbestimmung der Betriebsräte. Die KPD wollte unter den derzeitigen Verhältnissen zunächst die Basis für eine offensive Führung des Klassenkampfes schaffen. Dabei hatte sie das Rätesystem vor Augen, wie es 1917 in Russland praktiziert worden war. Neben dieser Forderung nach politischer Mitbestimmung der Betriebsräte verlangte die KPD auch jetzt die Bewaffnung der Arbeiter.[1] Das spielte dann in der späteren Entwicklung eine nicht geringe Rolle.

Offiziell motivierte die KPD-Fraktion ihre Haltung gegenüber der Regierung Buck in der Erklärung vor dem Landtag, sie wolle den sozialdemokratischen Führern Gelegenheit geben, "die Staatsgewalt in den Dienst der besitzlosen Klasse zu stellen und den Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterklasse zu führen." [2] Wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter es ausdrückte, war der kommunistischen Fraktion offensichtlich daran gelegen, sich die Hände frei zu halten, um trotz der Anerkennung der Regierung in grundsätzlicher Oppositionsstellung bleiben zu können.[3]

3. Die Regierung Buck und die Reichsregierung

Bereits während der Amtszeit der Regierung Buck gab es erhebliche Differenzen zwischen der sächsischen und der Reichsregierung. Im Jahre 1922 hatte es das sächsische Gesamtministerium abgelehnt, eine durch das Reichsministerium veranlaßte Werbumg von Freiwilligen für Oberschlesien zuzulassen, wo es zu Kämpfen zwischen Deutschen und Polen ge-

---

[1] Ebenda S. 47

[2] Ebenda S. 8

[3] Abg. Müller (VSPD) am 15. Dez. 1922 Ebenda S. 108

kommen war. Daraufhin führten die preußische Regierung, in deren Verantwortungsbereich Oberschleßien fiel, und Reichsstellen mit Hilfe von Selbstschutzorganisationen unmittelbar Werbungen innerhalb Sachsens durch, da die sächsische Regierung sich dem nationalen Notstand verschlossen hatte. Die Mißhelligkeiten zwischen Reichs- und sächsischer Regierung konnten nicht bereinigt werden. Die verantwortlichen Stellen des Reiches und Preußens mußten auch nach Beendigung der Kämpfe in Oberschlesien und nach der Teilung Oberschlesiens Vorkehrungen für den Schutz der östlichen Reichsgrenzen treffen. Dabei befand man sich in einer äußerst prekären Lage; denn man mußte mit einer Intervention der Ententemächte rechnen, falls die Angelegenheit öffentlich bekannt wurde. Die Vorkehrungen zum Grenzschutz wurden daher im Geheimen betrieben, und es war nicht leicht, die Dinge so unter Kontrolle zu halten, daß die mit dem Grenzschutz betrauten Organisationen nicht von rechtsradikalen Kräften unterwandert werden konnten. Die Gefahr lag darin, daß die legalen, aber geheimen Maßnahmen unter Umständen in legaler Absicht mißbraucht werden würden. Angesichts der ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen sächsischen Gesamtministeriums war in dieser Sache eine Zusammenarbeit zwischen Berlin und Dresden unmöglich. Die sächsischen Minister beriefen sich auf ihre Sorge um die Republik und entrüsteten sich über die Verletzung der Landeshoheit. Der Verantwortung, die ihre eigenen Parteigenossen in Reichs- und preußischen Stellen tragen mußten, brachten sie aber keinerlei Verständnis entgegen.[1]

Solange die Regierung Buck im Amte war, wurde die Angelegenheit mit der nötigen Vorsicht behandelt, indem man die Beschwerden in Form von Geheimschreiben wie am 4. Januar 1923 sowie in Chefbesprechungen (Besprechungen zwischen Reichs- und sächsischen Ministern) vorbrachte. In erster Linie war in dieser Fehde das sächsische Justizministerium be-

---

[1] Vgl. Anlage I

teiligt. Seit 1921 stand an dessen Spitze Dr. Zeigner. Als dieser politische Neuling, der sich erst nach 1918 der Sozialdemokratie angeschlossen hatte, dann selbst Ministerpräsident wurde, ließ er sämtliche Rücksichten fallen, die Buck geübt hatte. Buck hatte noch im Dezember 1922 erklärt, er halte es in dem gegenwärtigen Stadium nicht für angebracht, in den einzelnen Landtagen Reichsfragen eingehend zu erörtern.[1] Auch darin änderte sich die Politik seines Nachfolgers Zeigner.

4. Die Einheitsfronttaktik der KPD

Die kommunistische Fraktion im Landtag änderte bald ihre Haltung der sozialdemokratischen Regierung gegenüber. Das geschah nicht etwa darum, weil die KPD glaubte, ihre Stellung im Herbst 1922 nicht genügend ausgenützt zu haben, vielmehr lag hinter der veränderten Haltung eine neue Konzeption der kommunistischen Strategie.

Vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 fand in Leipzig der 8. Parteitag der KPD statt, auf dem es zu heftigen Kämpfen der einzelnen Gruppen um die Taktik der kommunistischen Politik kam.[2] Vor allem der im Auftrag Moskaus in der KPD wirkende sowjetrussische Kommunist Karl Radek und Klara Zetkin waren es in Leipzig, die sich für die von Moskau inspirierte neue Taktik einsetzten.

Die Jahre nach 1920 wurden in der kommunistischen revolutionären Theorie charakterisiert als eine Zeit der "Offensive des Kapitals" und einer "vorübergehenden Stagnation der revolutionären Entwicklung". Für die kommunistische Par-

---

[1] 15. Dez. 1922 Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 I. Bd. S. 60

[2] Über die größeren Zusammenhänge der Politik der KPD vgl. vor allem Wenzel, S. 16 ff., und Flechtheim, S. 85 ff. Im folgenden wird nur das hervorgehoben, was für die Ereignisse in Sachsen bedeutsam wurde.

tei sollte sich daraus die Aufgabe ergeben, "nicht nur propagandistisch für die Diktatur des Proletariats zu wirken, sondern unmittelbar an den Tageskämpfen teilzunehmen, sie zu organisieren, sie zu leiten, sie zum mindesten vorzubereiten". Die Partei sollte übergehen von einer "propagandistischen" zu einer "aktiven" Haltung.[1] Ihre Aufgabe bestände darin, sich auf einer breiten Front mit den "proletarischen Massen" zu verbinden und sich auf dieser Ebene mit den "Reformisten" - gemeint war die Sozialdemokratie- auseinanderzusetzen.[2] Auf der Grundlage dieser proletarischen Einheitsfront sollte die Arbeiterregierung gebildet werden. Radek bezeichnete sie als "Vorzimmer zur Diktatur des Proletariats".[3] Diese Arbeiterregierung bedeute keine Milderung des revolutionären Klassenkampfes, so wurde von Klara Zetkin hervorgehoben, sondern eine Verschärfung. Im Hinblick auf die parlamentarischen Verhältnisse in Sachsen sagte sie: "Die Arbeiterregierung kann in bestimmten Situationen wohl auch aus parlamentarischen Konstellationen hervorgehen,"[4] Das aus taktischen Gründen angestrebte Zusammengehen mit der Sozialdemokratie auf der Basis der "Einheitsfront" hatte das Ziel, die SPD vom "linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse" herüberzuziehen. Das wollte man jetzt nicht nur auf der untersten Ebene erreichen, sondern auch durch Verhandlungen mit dem offiziellen sozialdemokratischen Parteistellen. Man nannte das "Einheitsfront von unten und oben". [5]

---

[1] So Meyer von der Zentrale der KPD auf dem Parteitag. Bericht über die Verhandlungen des III.(8.) Parteitags der KPD. Berlin 1923 . S. 209

[2] Klara Zetkin auf dem Parteitag. Bericht.S. 266

[3] Bericht S. 267

[4] Bericht S. 289

[5] Flechtheim, S 85. Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. Frankfurt a.M. 1950 S. 274

Der rechte Flügel der KPD unter Führung des Parteivorsitzenden Brandler setzte sich durch, und eine Entschließung, die die neue Taktik offiziell verkündete, wurde angenommen.[1]

Das mitteldeutsche Industriegebiet war für die Kommunisten schon seit 1920 von größtem Interesse, wie die bewaffneten Aufstände nach dem Kapp-Putsch, die blutigen Unruhen im Jahre 1921 im Mansfelder und Merseburger Gebiet (Leuna-Werke) sowie im Vogtland unter Max Hölz zeigen. Die Kommunisten mußten immer schwere Niederlagen erleiden. Die Befehle für die Aufstände waren aus der Zentrale der Kommunistischen Internationale in Moskau gekommen. Doch scheint man sich dort nie ein konkretes Bild über die Machtverhältnisse in Mitteldeutschland gemacht zu haben. Der allgemeine Rückzug in der revolutionären Tätigkeit fand in Sowjetrußland selbst seinen Ausdruck in der " Neuen Ökonomischen Politik".[2] Trotzdem blieb im Moskauer Planungsstab der Internationale Mitteldeutschlands die Basis für die kommunistische Bewegung in Deutschland. Auf die Voraussetzungen, die sich hier besonders durch die radikale Richtung innerhalb der VSPD boten, wird noch hinzuweisen sein. Auf diese Lage ging jetzt die kommunistische Strategie ein. Man wollte versuchen, was man bisher nie getan hatte, die parlamentarische Grundlage der Arbeiterparteien in Sachsen auszunutzen, um gegen die Reichsregierung und die Reichswehr vorgehen zu können.[3] Die neue Einheitsfronttaktik " von unten und von oben ", wie sie auf dem Leipziger Parteitag der KPD propagiert wurde, war der Versuch, sich der Situation in Deutschland anzupassen. Man darf sagen, daß das ein Umschwenken auf eine elastischere Haltung war. Der

---

[1] Flechtheim S.86

[2] Vgl. Buchheim, Karl: Die Weimarer Republik. München 1960 S. 72 f.

[3] Ebenda S. 74

Vergleich mit der zehn Jahre später erfolgten nationalsozialistischen Machtergreifung drängt sich auf. Die Nationalsozialisten zogen aus dem mißglückten Putschversuch vom November 1923 eine Lehre und beschränkten sich in den Jahren vor 1933 ebenfalls auf eine gewisse "Legalitätstaktik". Die Kommunisten hatten in Deutschland schon mehrere Aufstandsversuche hinter sich, Im Jahre 1923 versuchten sie, zunächst auf legalem Wege gewisse Voraussetzungen für die "proletarische Revolution" zu schaffen. Die KPD erreichte nach Beschreiten diese Weges im Jahre 1923 eine Stärke wie nie zuvor.

5. Der Sturz der Regierung Buck

Im sächsischen Landtag bot sich nun der kommunistischen Fraktion sofort eine Gelegenheit, ihre Taktik auf die neuen Richtlinien einzusellen. Der Abgeordnete Siewert(KPD) sprach bereits am 25. Januar 1923 im Landtag das Bestreben der Kommunisten klar aus. Dabei benutzte er brav das vom rechten Flügel der KPD-Führung geprägte Vokabular:

> "Ein großer Teil in der Sozialdemokratischen Partei und der größte Teil in der sozialdemokratischen Regierung befindet sich in der angenehmen Situation, auf dem linken Flügel des Bürgertums zu stehen, mit dem Bürgertum durch dick und dünn zu gehen, und unsere Aufgabe ist es, die sozialdemokratische Führerschaft durch den Druck der Massen zu zwingen, sich wieder auf den rechten Flügel der Arbeiterschaft zu stellen".[1]

Die Gelegenheit, mit den Sozialdemokraten auf parlamentarischer Ebene wieder ins Gespräch zu kommen, schuf sich die Fraktion der KPD durch ihren Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Lipinski. Am 24 Januar hatte in Leipzig

---

[1] Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 1.Bd. S 379

eine Versammlung der Deutschvölkischen Freiheitspartei stattgefunden, auf der es zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten zu Schlägereien gekommen war.[1] Die Kommunisten hatten vorher ein Präventivverbot für diese Versammlung gefordert. Der Innenminister Lipinski erklärte dagegen im Landtag, es sei ihm unmöglich gewesen, auf die Behauptung hin, daß vielleicht Personen mit Waffen in die Versammlung kommen könnten, ein Verbot auszusprechen.[2] Für die Ereignisse in Leipzig machten nun die Kommunisten den Innenminister verantwortlich und stellten im Landtag am 30. Januar einen Mißtrauensantrag gegen ihn.[3]

Verhängnisvoll für den Kurs der sächsischen Politik wurde das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Landtag. Alle drei Fraktionen unterstützten den kommunistischen Mißtrauensantrag.

Der Fraktionsvorsitzende der DVP Dr. Kaiser erklärte, eine Ablehnung des kommunistischen Antrages bedeute eine Billigung der Regierungspolitik, deren Träger der Minister Lipiniski gewesen sei und die die Fraktion der DVP entschieden bekämpft habe.[4] Noch weniger überzeugend klang die Begründung des Sprechers der Fraktion der DNVP Dr. Kretschmar. Er betonte die prinzipielle Oppositionsstellung seiner Partei der Sozialdemokratie gegenüber. Die Zustimmung seiner Fraktion zum kommunistischen Antrag erfolge unter Festhalten des eigenen Standpunktes.[5] Gerade die Deutschnationalen hatten wohl kaum etwas einzuwenden gehabt, daß Lipinski die Versammlung der Deutschvölkischen nicht verbot, sondern zuließ. Aber die Verlok-

---

[1] Abg.Siewert (KPD) am 25 Jan. 1923 Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 1.Bd. S. 378

[2] Innenminister Lipinski. Ebenda 30.Jan.1923 S. 396

[3] Ebenda S. 379

[4] Ebenda S 402

[5] Ebenda S, 403

kung, den Sozialdemokraten Ungelegenheiten zu bereiten, war zu groß. Die Fraktion der DDP wollte der Rücktritt der Regierung, um sie "im Sinne einer Verständigung zwischen den verfassungsstrengen Parteien umzubilden."[1] Sie erreichten aber das Gegenteil; denn gerade durch das Verhalten dieser Partei fühlten sich die Sozialdemokraten in die Isolation getrieben. Dadurch gewann ihr linker Flügel an Gewicht.

Der Mißtrauensantrag wurde am 30. Januar 1923 mit 54 gegen 39 Stimmen angenommen. Ministerpräsident Buck erklärte sich mit seinem Kollegen Lipinski verbunden und legte sein Amt nieder.[2] Die drei bürgerlichen Fraktionen hatten sich gleichsam bei den Kommunisten dafür revanchiert, daß diese 1922 den bürgerlichen Antrag auf Landtagsauflösung unterstützt hatten. Wochenlange Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung begannen.

Die gefährliche Entwicklung, die jetzt, Ende Januar, eingeleitet wurde, bot den Demokraten Anlaß genug, ihr Verhalten zu bedenken. Als im Oktober die Reichsexekution gegen Sachsen bevorstand, gab ein Abgeordneter der DDP zu, daß die sozialdemokratischen Regierungen vor Zeigners Amtszeit als Ministerpräsident die Zustände des Jahres 1923 nicht verschuldet hätten. Sie hätten es jederzeit verstanden, die Staatsautorität in Sachsen zu wahren.[3]

---

[1] Abg. Dr. Seyfert Ebenda S. 403

[2] Ebenda S. 406

[3] Abg. Dr. Weigel am 19. Okt. 1923 Verhandl. d. Sächs. Landt. 1923 2. Bd. S. 1706 f.

6. Die Verhandlungen zur Regierungsbildung und die Situation innerhalb der sächsischen VSPD

Der erste Versuch, den Ministerpräsidenten zu wählen, scheiterte am 6. Februar. Alle fünf im Landtag vertretenen Parteien schlugen einen eigenen Kandidaten für das Amt vor, der dann natürlich nur die Stimmen der Mitglieder seiner Fraktion erhielt.[1] Charakteristisch war es, daß es auch innerhalb des bürgerlichen Lagers zu keinem Zusammengehen kam. Die Einigung der Fraktionen der DVP und DDP auf einen gemeinsamen Kandidaten wäre infolge der Zusammensetzung des Landtages zwar im Augenblick wirkungslos geblieben, hätte aber die Bereitschaft der DVP zu einer Koalition mit links stehenden Parteien erkennen lassen. Diese Bereitschaft war bei den Demokraten ohne Zweifel vorhanden. Ein zweiter Wahlgang verlief am 13. Februar genauso wie der erste.

Wieder lag die Entscheidung für die weitere politische Entwicklung in Sachsen bei den Sozialdemokraten. Sie hing davon ab, ob sich die Landtagsfraktion nach links oder rechts orientieren würde. Die Fraktion nahm auch sofort nach dem Rücktritt Bucks Verhandlungen nach beiden Seiten auf, mit den Demokraten und Kommunisten. Die letzte Entscheidung konnte die Fraktion jedoch nicht treffen; diese lag beim Landesparteitag. Auf drei Landesparteitagen war jedesmal beschlossen worden, daß vor dem Eingehen einer Koalition mit bürgerlichen Parteien ein Parteitag einzuberufen und zu hören sei. Man muß annehmen, daß diese Beschlüsse von der Chemnitzer Richtung, die bereits

---

[1] Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 1. Bd. S. 422

erwähnt wurde, durchgesetzt worden waren. Nach der Vereinigung der USPD und MSPD wurde die Chemnitzer Richtung von den Vertretern der früheren USPD unterstützt. Nicht die Minister und höheren Funktionäre der früheren USPD, sondern weite Kreise der unteren Funktionäre, arbeiteten auch noch nach der Vereinigung eng mit den Kommunisten zusammen. Für diese Sozialdemokraten galt die Koalition mit einer bürgerlichen republikanischen Partei für eine Art Todsünde. Sie sahen in der KPD den verlorenen Sohn, den sie durch geschickte Taktik wieder zur Sozialdemokratie zurückbringen wollten.[1]

Bereits vor dem zu erwartenden Landesparteitag der VSPD stellten die Kommunisten im Landtag für ihre Teilnahme an der Regierungsbildung die Bedingung, daß ein Betriebsrätekongreß einberufen werden solle, der die Aufgaben der von den Kommunisten jetzt immer so gepriesenen "Arbeiterregierung" festzulegen habe.[2]

Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und die Landesleitung der VSPD trat nach dem Sturz der Regierung Buck nicht zuletzt infolge dieser kommunistischen Forderung für ein Zusammengehen mit den Deutschen Demokraten ein. Man muß beachten, daß eine Koalition der

---

[1] Bethke: Der Sachsenkonflikt. Zum Parteitag in Heidelberg. O.J.S. 6 f. Der Verfasser schrieb diese Broschüre nach 1923 während der Spaltungserscheinungen innerhalb der sächs. VSPD im Auftrag der Mehrheit der Landtagsfraktion der VSPD. Er gehörte zum rechten Flügel der Partei und distanzierte sich nachdrücklich von der vor und während der Ära Zeigner eingeschlagenen Politik. Deshalb wurde er von eigenen Parteigenossen scharf angegriffen.

[2] Abg. Siewert (KPD) am 13. Februar Verhandl. d. Sächs.Landt. 1922/23 1. Bd. S. 429

Sozialdemokraten mit den Demokraten bei der Bildung einer Regierung sich nicht auf eine Mehrheit im Landtag hätte stützen können, denn beide Parteien verfügten nur über die Hälfte der Stimmen. Eine solche Koalition hätte von den Abgeordneten der DVP toleriert werden müssen; es wäre also so etwas wie eine versteckte Große Koalition geworden, wenn sich die DVP dazu bereit gefunden hätte. Der Landesarbeitsausschuß der VSPD, der die Aufgabe einer erweiterten Landesparteileitung hatte, arbeitete in dieser Richtung, wenn er auch offiziell nicht zugab, die Große Koalition anzustreben, sondern lediglich darum bemüht war, die inzwischen bereits geführten Verhandlungen mit den Kommunisten als gescheitert hinzustellen. Die Bildung einer Regierung mit den Demokraten sollte nach Ansicht des Landesarbeitsausschusses als einzige Lösung betrachtet werden. Er wurde dabei vom Parteivorstand, der durch Wilhelm Dittmann vertreten war, unterstützt. Ein entsprechender Antrag wurde von dem Landesparteitag am 4. März jedoch mit 95 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Obwohl der Vorschlag der KPD, einen Betriebsrätekongreß einzuberufen, vom Landesparteitag ebenfalls abgelehnt wurde, sah man in der Haltung der KPD eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Man beschloß mit 93 gegen 32 Stimmen, die Verhandlungen mit den Kommunisten zur Bildung einer neuen Regierung wieder aufzunehmen.[1] Eine Entschließung der Gruppe Graupe-Edel-Liebmann wurde angenommen:

---

[1] Fabian a.a.O.S.132 f. Lipinski: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen-Leipzig 1926 S. 59

"Die Verhandlungen mit der KPD sind fortzuführen mit dem Bestreben, sie zur Teilnahme an der Regierung zu veranlassen.
Der Landesparteitag betrachtet die neuen Vorschläge der KPD als geiegnete Verhandlungsgrundlage für eine gemeinsame Regierungsbildung mit der KPD. In diesem Sinne sind die weiteren Verhandlungen der VSPD mit der KPD zu führen. Um die Verhandlungen der VSPD mit der KPD zum Abschluß zu bringen, wählt der Landesparteitag einen siebengliedrigen Ausschuß."[1]

Wie aus der Entschließung hervorgeht, scheint die KPD neben der Forderung eines Betriebsrätekongresses noch andere Vorschläge unterbreitet zu haben. Der Landesparteitag wählte eine Siebenerkommision, die aus den Sozialdemokraten Arzt, Edel, Geiser, Graupe, Liebmann, Schulze und Seydewitz bestand. Dieser Kommision gelang es dann schließlich, mit den Kommunisten einen Kompromiß auszuhandeln. Die KPD trat der Regierung zwar nicht bei; sie sollte jedoch eine rein sozialdemokratisch gebildete Regierung unterstützen. Als Gegenleistung dafür einigte man sich auf ein Programm, das nach der Regierungsbildung verwirklicht werden sollte. Es enthielt folgende vier Punkte:

1. Amnestiegesetz für Not- und Abtreibungsdelikte. Einzelbegnadigung für politische Delikte.
2. In allen größeren Gemeinden sollen Preisprüfungsstellen errichtet werden zur Bekämpfung des Wuchers, denen Kontrollausschüsse anzugliedern sind. Gewählt werden die Kontrollausschüsse in Betriebsversammlungen oder Gewerkschaftsversammlungen.
3. Gesetz über die Schaffung einer Arbeitskammer.
4. Beide Parteien bilden gemeinsam proletarische Abwehrorganisationen gegen den drohenden Fa-

---

[1] Fabian a. a. O. S. 132 f.

schismus.[1]

Der vierte Punkt stellte wohl die größte Konzession an die Kommunisten dar. Er wurde auch für die folgende Zeit politisch am bedeutsamsten.

Der bisherige Ministerpräsident Buck erklärte sich nicht bereit, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Sie waren es schließlich gewesen, die die Initiative zum Sturz seiner Regierung ergriffen hatten,[2] Man einigte sich deshalb, den Justizminister der Regierung Buck, Dr. Zeigner, zum Ministerpräsidenten zu wählen. Die Wahl erfolgte am 21. März 1923. Dr. Zeigner erhielt 49 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Fraktion der DNVP hatte sich für den Kandidaten der DVP Dr. Kaiser ausgesprochen. Das geschah bezeichnenderweise aber erst, nachdem die Einigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten bekannt geworden war. Die Demokraten schlugen ihren Fraktionsvorsitzenden vor.[3]

Die Erklärung der Demokraten zur Regierungsbildung vor dem Landtag charakterisierte neben der eigenen Haltung die eingetretene politische Situation. Unter anderem hieß es:

> "Die Sozialdemokratie hat sich den Kommunisten geeinigt; d.h.... die SPD hat sich der KPD unterworfen. Das veröffentlichte Programm ist ein verkapptes kommunistisches Diktat... Wir bedauern, daß dem kommunistischen Ansturm der Teil der SPD erlegen ist, der, wie auch unsere Partei es fordert, eine Verständigung der verfassungstreuen Republikaner erstrebt hat,...Noch einmal sei es in aller Öffentlichkeit bezeugt, daß es uns höchster Ernst gewesen ist mit unserem Bemühen einer

---

[1] Fabian a.a.O. S.133

[2] Ebenda

[3] Verhandl.d. Sächs.Landt. 1922/23 1.Bd. S. 657

Verständigung und daß wir dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren werden...trotz unserer geringen Zahl."[1]

Die Gründe für das Zustandekommen der Regierung Zeigner, die sich durch ihre Politik zu einer Gefahr für das Deutsche Reich entwickeln sollte, kann man zusammenfassend folgendermaßen charakterisieren: Die für eine Regierungsbildung ungünstige Zusammensetzung des Landtags und die destruktive Politik der DNVP und DVP unterstützen die bereits vorhandenen Linkstendenzen innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie. Im Landtag fehlte die ausgleichende Mitte, denn die Demokraten, denen der Wille, diese Rolle zu spielen, nicht fehlte, verfügten nur über die wirkungslose Zahl von acht Mandaten. Es entstand eine unüberbrückbar scheinende Kluft zwischen Rechts- und Linksparteien statt einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen demokratischen Parteien. Durch diese Kluft gewann die extreme Linke einen politischen Einfluß, die der Zusammensetzung des Landtags in keiner Weise entsprach. Wie in den Jahren vor 1933 bewirkte die Verhärtung der Gegensätze eine Abwanderung der Kräfte in Richtung der Extreme.

Böttcher, der Fraktionsvorsitzende der KPD, konnte erklären:

> "In den politischen Vereinbarungen zwischen der KPD und der VSPD über die Regierungsbildung erblickt die KPD eine bedeutsame Niederlage der Koalitionspolitik. Der Widerstand der Arbeitermassen gegen jedes Paktieren mit der Bougeoisie hat sich in der Sozialdemokratischen Partei Sachsens durchgesetzt."[2]

Die KPD hatte zwar ihr Ziel, über einen Betriebsrätekongreß die Arbeiterregierung zu bilden, noch zurückstellen müssen, doch der Ausgang der verhandlungen mit den Sozial-

---

[1] Ebenda S. 656

[2] Ebenda

demokraten konnte von ihr als Erfolg ihrer Politik hin gestellt werden. Dabei gab sich die KPD stets als Vertreterin der Arbeitermassen Sachsens aus.[1] Sie hatte jetzt einen besseren Ausgangspunkt für ihr Taktieren als zu Zieten der Regierung Buck- Indem die KPD nicht der parlamentarisch gebildeten Regierung beitrat, behielt sie ihre volle Handlungsfreiheit. Die Sozialdemokraten dagegen banden sich, indem sie sich einem Programm verpflichteten und infolge der vereinbarten Tolerierung ihrer Regierung durch die KPD von deren Stimmen abhängig wurden. Die KPD konnte schon jetzt, obwohl sie nicht an der Regierung beteiligt war, Sachsen indirekt mitregieren.

---

[1] Derselbe ebenda.

KAPITEL II
POLITIK UND DEMAGOGIE ZEIGNERS
APRIL BIS AUGUST 1923

1. Die Regierungserklärung vom 10. April 1923

Die Regierungserklärung Dr.Zeigners wurde zum ersten unmittelbaren Ausdruck der Vereinbarungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie stellte ein Programm der Politik dar, die Dr, Zeigner dann im Laufe seiner Tätigkeit als Ministerpräsident Sachsens führte.

Sachsen, so betonte Zeigner, sei infolge seiner wirtschaftlichen Struktur mehr als andere Länder mit dem Reiche verknüpft und von dessen wirtschaftlichem Schicksal abhängig. Daraus rechtfertigte er seine Kompetenz, auf die Frage des Ruhrkampfes, den das Deutsche Reich seit Januar 1923 gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen führte, eingehen zu dürfen, obwohl man das von dem Ministerpräsidenten eines Gliedstaates des Reiches kaum in der Form erwarten konnte. Zeigner führte in dieser Frage folgendes aus:

> "Die sächsische Regierung ist mit der Reichsregierung einig darin, daß der Abwehrkampf gegen die fortgesetzte Schmälerung unserer Hoheitsrechte, gegen die Zerstörung unseres Wirtschaftsorganismus und die Aussaugung des deutschen Volkes mit aller Kraft fortgeführt werden muß. Das Ziel des Abwehrkampfes ist, die Verhandlungsbereitschaft der französischen und der belgischen Regierung auf vernünftiger Basis herbeiführen."

Scharfe Kritik an der Politik der Reichsregierung sprach aus den Worten:

> "Die (sächsische) Regierung ist aber der Ansicht, daß

diese Politik der Abwehr, des passiven Widerstandes möglichst rasch, klar und eindeutig durch eine aktive Politik positiver Vorschläge ergänzt werden muß. Sie würde es daher begrüßen, wenn jede sich bietende ernstliche Möglichkeit, zu Verhandlungen mit der französischen und der belgischen Regierung zu gelangen, von der Reichsregierung entschlossen ausgenützt würde."

Der kommunistische Einfluß auf Zeigner zeigte sich vor allem in den Angriffen gegen bürgerliche Kreise. Derartiges war während dieser Jahre bei führenden Sozialdemokraten, zumal in Regierungspositionen, nicht üblich. Nach Zeigners Worten legte die sächsische Regierung Gewicht darauf, "feierlichst zu erklären, daß, nach ihrer Ansicht,eine Verständigung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der besitzenden Klassen Deutschlands nicht denkbar sei." Das Bestreben, eine Verständigung mit Frankreich durch Verhandlungen zu bewirken, hat sich später in weiten Kreisen durchgesetzt und bildete den Inhalt von Stresemanns Außenpolitik. Bei Zeigner bekam der Vorschlag, wenn man die Form seiner Rede so nennen kann, aber einen klassenkämpferischen Akzent, da sich seine Rede weniger gegen Frankreich und Belgien als gegen die Politik der Reichsregierung und die "besitzenden" Schichten richtete. Zeigner sagte:

"Solange der Egoismus der besitzenden Schichten nicht dieser Einsicht weicht, ist ihr Reden über den französischen Rechtsbruch, jeder Appell an das Rechtsgefühl und das Kulturgewissen der Welt nur unwahrhafte und zwecklose Deklamation....Besitz verpflichtet! Wir haben immer wieder sehen müssen, daß dieses Verantwortlichkeitsgefühl bei den besitzenden Schichten Deutschlands nicht allseitig vorhanden ist. Deshalb, und weil sich die sächsische Regierung ganz besonders als das Vertrauensorgan der besitzlosen Massen fühlt, hält sie es auch für unbedingt geboten, daß die von ihr gefor-

derte aktive Politik der Reichsregierung diese Einsicht in die Notwendigkeit eines großen Opfers der besitzenden Klassen nicht vermissen läßt."

Nachdem Zeigner dann die für die Regierungsbildung maßgebenden Programmpunkte der VSPD und KPD dargelegt hatte, zog er in rhetorischem Überschwang gegen die Rechtskräfte innerhalb Deutschlands zu Felde, um damit die Bildung der proletarischen Selbstschutzorganisationen zu rechtfertigen:

> "Gerade die fortgesetzten außenpolitischen Schwierigkeiten des Reiches sind es, die einem Teile des deutschen Volkes immer wieder einen Vorwand geben, die Rpublik anzugreifen, sie zu unterminieren.... Mit äußerster Schärfe wird die Republik abgelehnt, die Führer der Republik werden 'vaterlandslose Schurken, Verräter, Novemberverbrecher' genannt, ihre 'Beseitigung sei nicht Bürgerkrieg, sondern ein gerechtes Strafgericht'; dort wird ständig verlangt: 'Richte Galgen auf, deutsches Volk!' Die Größe der Gefahr, die von diesen Kreisen droht, ist im Reiche lange Zeit nicht erkannt worden. Erst die politischen Morde an Erzberger und Rathenau, ... der Kapp-Prozeß...haben gezeigt,..... daß hinter ihnen offenbar sehr kapitalkräftige Schichten stehen."

Über ganz Deutschland hätten sich zahlreiche Organisationen verbreitet, die gegen die Arbeiterschaft hetzten. Die Reichswehr habe sich nicht freigehalten, von diesen "reaktionären, faschistischen Organisationen". Sie habe sich "mehr und mehr zu einer Bedrohung der Republik" entwickelt. In dieserSituation müsse es die Regierung begrüßen, wenn sich die Arbeiter zum Schutze ihrer Versammlungen, Ein-

richtungen, Führer und zum Schutze der Republik Abwehrorganisationen bilde. Zeigner stellte eifrig die inzwischen bereits lautgewordenen Befürchtungen in Abrede, die Selbstschutzorganisationen verstießen gegen strafrechtliche Bestimmungen. Zeigner betonte, der sächsische proletarische Abwehrdienst sei nicht bewaffnet. Trotz dieser Beteuerung am Schluß der Rede konnte der agressive Ton der Erklärung nicht verschleiert werden.[1]

Alle drei bürgerlichen Fraktionen betonten in der folgenden Aussprache, die Regierungserklärung zeige, wie es den Kommunisten gelungen sei, einen Keil in die sächsische Sozialdemokratie zu treiben. Die Deutschnationalen nahmen wie so oft die Gelegenheit wahr, die demokratische Staatsform zu kritisieren und dabei abzuwerten.[2] Der Fraktionsvorsitzende der DVP Dr. Kaiser bestätigte den Kommunisten, sie hätten " eine zielbewußte Politik betrieben und damit der älteren Partei der Sozialdemokraten doch den Herrn und Meister gezeigt". Die Kommunistische Partei habe trotz ihrer Einheitsfronttaktik keinen Zweifel darüber gelassen, daß es ihr Ziel sei, die sozialdemokratische Partei zu zertrümmern. Die Regierungserklärung charakterisierte Dr.Kaiser als einen Versuch der Regierung, " die eigene Überzeugung, das Wohl der Partei und die Verfassung mit dem Friedensdiktat der Kommunistischen Partei in Einklang zu bringen.[3] Von den vorhandenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der VSPD sprachen der kommunistische und demokratische Redner, natürlich aus jeweils

---

[1] Regierungserklärung vom 10. Apr.1923. Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 1.Bd. S. 717 ff.

[2] Abg. Beutler (DNVP) Ebenda 12.Apr. 1923 S. 729

[3] Abg. Kaiser (DVP) Ebenda S. 737 f.

anderer Perspektive. Dem kommunistischen Fraktionsvorsitzenden Böttcher konnte man durchaus die Sorge glauben, und es brauchte einmal nicht als propagandistischer Trick angesehen werden, wenn er erklärte, daß seine Fraktion in den Widersprüchen und Gegensätzen innerhalb der Sozialdemokratie eine"natürliche Gefahr für den Bestand der gegenwärtigen Regierung" erblickte.[1] Der Demokrat Dr. Seyfert charakterisierte treffend die Situation, indem er die Krise innnerhalb der Sozialdemokratie in Sachsen und die Verschärfung der Klassengegensätze, wie sie in der Erklärung Dr.Zeigners zum Ausdruck gekommen sei, auch von der Haltung der äußersten Rechten abhängig ansah.[2]

2. Die sächsische Entwicklung im Blickfeld der Reichsregierung

Offenbar mit einem Seitenblick auf die Entwicklung in Sachsen während der Monate Februar und März 1923 hatte Reichskanzler Cuno Ende März an alle Regierungen der Länder ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem Problem der staatlichen Sicherheit befaßte und in dem er die Landesregierung ersuchte,"den kommunistischen Umtrieben ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden"sowie das Notwendige vorzukehren, gesetzwidrige Bestrebungen der Kommunisten auf Grund des Schutzgesetzes zu unterdrücken.[3]

Während der Monate Februar und März hielt man es innerhalb der Reichsregierung Cuno noch für ausgeschlossen, daß die sächsische Regierung in der schwierigen außenpolitischen

---

[1] Abg. Böttcher (KPD).Ebenda S. 753

[2] Abg. Dr. Seyfert (DDP) Ebenda.S. 755 f.

[3] Der Reichskanzler an die Regierungen der Länder. Betreff: Staatl. Sicherheit. März 1923. BA R 43 I/ 2307

Lage des Reiches eine Politik treiben könnte, die zum Verfassungskonflikt führen würde.[1] Es gab trotz der beschriebenen Differenzen bis dahin kein Problem Sachsen-Reich, daß zu ernster Besorgnissen hätte Anlaß geben können.

Die sozialdemokratisch-kommunistischen Programmpunkte und die agressive Regierungserklärung Zeigners vom 10. April ließen das Interesse der Reichsregierung an den Zuständen in Sachsen erheblich zunehmen. In der Reichskanzlei glaubte man gleich nach Bekanntwerden des sozialdemokratisch-kommunistischen Programms, daß sich mehrere dieser Punkte vom Geiste der Reichsverfassung enrfernten. Man hielt es für notwendig, die Rechtsfrage eingehend zu prüfen.[2] Reichsinnenminister Oeser legte daraufhin ein Gutachten seines Ministeriums vor. Es war ihm nicht möglich, in den Programmpunkten und in der inzwischen erfolgten Regierungserklärung Zeigners eine geeignete Handhabe zu erkennen, um etwa den Staatsgerichtshof anzurufen. Die Regierungserklärung biete "zwar in verschiedenster Hinsicht Anlaß zu Bedenken", gebe aber "nur in beschränktem Maße Angriffsflächen" für ein unmittelbares Eingreifen der Reichsregierung unter Berufung auf die Verfassung. Nach den abgegebenen Erklärungen der sächsischen Regierung sollten die proletarischen Abwehrorganisationen nicht von der Regierung gebildet, sondern nur geduldet werden, ebensowenig sollten sie weder militärisch organisiert noch bewaffnet werden. In diesem Falle hielt der Reichsinnenminister ein Eingreifen auf Grund des Strafgesetzes und Republikschutzgesetzes unmöglich. Nur durch eine entsprechende Verordnung des

---

[1] Zeitungsnotiz des Reichsinnenministeriums vom 28.März 1923 an die "Vossische Zeitung". BA R I/ 2307.

[2] Der Staatssekretär in der Reichskanzlei an die Reichsminister des Innern und der Justiz. 28.März 1923. BA R 43 /I 2307

Reichspräsidenten könnte eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Dabei müßte aber auch gleichzeitig gegen die Rechtsorganisationen Bayerns eingegriffen werden. Der Reichsinnenminister empfahl dem Reichskanzler, bei der sächsischen Regierung wegen der schweren Angriffe auf die Reichsregierung und besonders auf die Reichswehrführung zu protestieren.[1]

Das geschah. Der Reichskanzler machte Dr. Zeigner darauf aufmerksam,"daß es im Verkehr des Reiches mit den Ländern den Gepflogenheiten widerstreitet, wenn eine Landesregierung in einer öffentlichen Erklärung von programmatischer Bedeutung die Reichsregierung angreift". Das sei bei den außenpolitischen Schwierigkeiten des Reiches besonders bedauerlich.[2]

In einem Hinweis an alle Länderregierungen betonte der Reichskanzler Mitte April, wie notwendig die innere Geschlossenheit des Reiches im Abwehrkampf an Rhein und Ruhr sei. Wieder war in erster Linie Sachsen gemeint, wenn der Kanzler von Organisationen sprach, die sich unter dem Schutz und dem Willen der Regierung gebildet hätten und "deren Dasein und Betätigungsfeld weit entfernt von verfassungsmäßigen Zuständen"sei.[3]

Der Reichskanzler mußte durch derartige Aufrufe, die aber kaum eine Wirkung hatten, und in direkten Ausspra-

---

[1] Der Reichsminister des Innern an den Staatssekretär in der Reichskanzlei. 16.April 1923. BA R 43 I/ 2307

[2] Der Reichskanzler an die Regierung des Freistaates Sachsen. April 1923. BA R 43 I/2307. Weiterhin dort:"Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern können nach Auffassung der Reichsregierung nur durch unmittelbare Fühlungnahme, nicht durch Angriffe in der Öffentlichkeit erledigt werden."

[3] Der Reichskanzler an die Regierungen der Länder. April 1923. BA R 43 I/2307

chen versuchen, innere Schwierigkeiten zu beseitigen, um die Geschlossenheit des Reiches gegenüber der französischen Ruhrbesetzung zu wahren. Dem gleichen Zwecke diente ein Besuch des Reichswehrministers Geßler am 31. Mai 1923 in Dresden. Er wollte versuchen, in einer offenen Aussprache mit Zeigner alle von der sächsischen Regierung vorgebrachten Beschwerdepunkte zu erledigen. Der Reichswehrminister hoffte, zu einer "gedeihlichen Zusammenarbeit zu kommen", im Glauben an die Voraussetzung, daß dies mit jeder Regierung möglich sei, die auf dem Boden der Verfassung stehe. Für Geßler war die Zusammenkunft nicht zuletzt deshalb nötig, weil Zeigner in seiner Regierungserklärung behauptet hatte, die Reichswehr sei eine Bedrohung der Republik geworden, und weil die sächsische Polizei einen Beobachtungsdienst gegen die Reichswehr eingerichtet hatte. Die linkssozialistische Presse Sachsens hatte die Reichswehr bei jeder Gelegenheit angegriffen. In Sachsen war durch dauernde Reibungen ein Zusammenarbeiten zwischen militärischen und zivilen Stellen fast unmöglich geworden. Eine Besprechung Ende April zwischen Reichskanzler Cuno und dem sächsischen Ministerpräsidenten hatte diese Schwierigkeiten, die sich daraus für die Reichsführung ergaben, nicht beseitigen können.
In der Besprechung mit Reichswehrminister Geßler erhob Zeigner wiederum den Vorwurf gegen die Reichswehr, daß sie enge Verbindung mit rechtsstehenden Organisationen pflege. Zeigner führte auch ein Beispiel an. Man einigte sich, daß Zeigner die gerichtliche Untersuchung dieses Falles - fünf Soldaten sollten in Freiberg an nationalsozialistischen Versammlungen teilgenommen haben - dem Reichswehrminister einreichen würde, damit man gegen diese Leute vorgehen könne. Man einigte sich ferner, daß sämtliche Beschwerden, die vor dieser Besprechung lagen, als erledigt anzusehen seien. Irgendwelche Beschwerden sollten stets unmittelbar von

der Reichswehr an die sächsische Regierung, bzw. von der sächsischen Regierung an das Reichswehrministerium oder das Wehrkreiskommando IV, Dresden, gerichtet werden. Bevor die andere Seite nicht Stellung genommen hätte, würde man auch der Öffentlichkeit oder anderen Stellen nichts mitteilen. Die Reichswehrstellen versicherten, daß zu diesem Zeitpunkt längst keine Verbindung mit illegalen Organisationen mehr bestehe. Auch über Fragen des Landesschutzes und der Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Polizei erzielte man eine Einigung. Dem Reichswehrminister schien damit vorerst jeder Differenz vorgebeugt zu sein.[1] Für Zeigner war es peinlich, daß er kaum Material vorlegen konnte, das seine Beschuldigungen hätte stützen können. Wenn er Unterlagen besaß, so handelte es sich um Lapalien, wie in dem oben erwähnten Fall.

In Berlin mußte man bald erfahren, daß von einer Einigung zwischen den beiden Verhandlungspartnern keine Rede sein konnte. Am 31. Mai hatte man angeblich in Fragen der Landesverteidigung ebenfalls eine Einigung erzielt. Welchen Kurs die sächsische Regierung in dieser Hinsicht aber anstrebte, konnte die Reichsregierung in folgender Angelegenheit erkennen:

Im Juni oder Juli - der genaue Zeitpunkt ist ungewiß - fanden Verhandlungen des Reichswehrministeriums mit den Landesregierungen, also auch mit der sächsischen, über die Errichtung eines leichten Grenzschutzes statt. Die Reichsre-

---

[1] Der Reichswehrminister (HEER) an den Herrn Reichskanzler, Berlin 22. Aug. 1923 BA R 43 I/2308. (Es handelt sich hierbei um einen zusammenfassenden Bericht über die Beziehungen des Reichswehrministeriums mit dersächsischen Regierung.) Zeigner selbst sprach auch später vor dem Landtag über diese Verhandlungen. Er nannte als Ergebnis der Besprechung eine "Beruhigung" der Beziehungen. 12. Juni 1923. Verhandl.d. Sächsisch.Landtags 1923. 2.Bd. S. 1098

gierung hatte diesen sogenannten leichten Grenzschutz in der Erwägung ins Auge gefaßt, daß der Feind bei einer eventuellen künftigen Mobilmachung sofort mit leichten Kräften in das Land einzufallen versuch. Mit allen Landesregierungen wurde dieser Grenzschutz geregelt, nur mit der sächsischen nicht. Die sächsische Regierung verlangte nämlich, daß die proletarischen Hundertschaften in diesen Grenzschutz einzugliedern seien. Die Reichswehr lehnte das erwartungsgemäß ab, da sie nur mit Behörden und Beamten zu verhandeln und zusammenzuarbeiten befugt war. Sachsen brach daraufhin die Verhandlungen darüber ab.[1]

Diese prinzipiell destruktive Haltung der sächsischen Regierung der Politik der Reichsregierung gegenüber kann nur mit dem wachsenden kommunistischen Einfluß auf die offizielle Politik der sächsischen Regierung erklärt werden.

3. Die Radikalisierung in Sachsen und der proletarische Selbstschutz

Unter dem Schutz der sächsischen Regierung konnten sich seit April die proletarischen Selbstschutzorganisationen, vor allem die kommunistischen, immer stärker fühlen. Sie zeigten sich jetzt öffentlich als Kampforganisationen. Sie waren gleichmäßig mit Holzkeulen ausgerüstet.[2] Das Auftreten der "roten Hundertschaften", wie man diese Organisa-

---

[1] ReichswehrministerGeßler berichtete davon dem Reichskabinett am 6.Okt.1923. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung: BA R 43 I/2309. Vgl. auch Schützinger,Hermann: Die "Machtergreifung". In: Deutsche Rundschau.70.Jg.1947.S.98. Schützinger berichtet über Verhandlungen dieser Art. Er war, wie noch zu erwähnen sein wird, 1923 Sachbearbeiter der sächs.Regierung für Reichswehrfragen.

[2] Bericht des Befehlshabers der 4. Division, Dresden, an das Reichswehrministerium. 16.April 1923. Abschrift BA R 43 I/ 2307

tionen nannte, wurde oft von rechtsstehenden Organisationen provoziert; das gab dem proletarischen Selbstschutz vor der Öffentlichkeit einen Schein von Berechtigung, Der passive Widerstand im Ruhrgebiet bot den sogenannten "vaterländischen Verbänden" auch in Sachsen Anlaß zu erhöhter Agitationstätigkeit. So veranstalteten z.b. die "vaterländischen Verbände" in Dresden eine Ruhrkundgebung. Kommunisten, die zur gleichen Zeit in einem Zirkusgebäude eine Veranstaltung abhielten, marschierten dort in geschlossenen Reihen in den Saal, wo die "vaterländische" Versammlung stattfand, erstürmten das Podium und stimmten die Marseillaise an. Die Polizei mußte daraufhin die Versammlung auflösen.Die Kommunisten hatten ihe Ziel erreicht.[1]
In einem Ort nördlich von Dresden wandten die Kommunisten ähnliche Methoden an: Sie störten eine betont nationale Veranstaltung, besetzten die Ausgänge und bearbeiteten die Versammlungsteilnehmer mit ihren Parolen. Alle Kommunisten trugen bei dieser Aktion den Sowjetstern.[2]

Die bürgerlichen Parteien protestierten im Landtag gegen die Duldung dieser proletarischen Selbstschutzverbände und ihrer Ausschreitungen. Ministerpräsident Zeigner antwortete, die Regierung sei sich selbstverständlich bewußt,"daß nur eine außergewöhnliche Lage eine solche außergewöhnliche Maßnahme rechtfertigen kann, wie es die Duldung der Aufstellung von Selbstschutzorganisationen ist," Er gab sogar unumwunden zu, es sei zweifellos möglich, daß es proletarische Abwehrorganisationen gäbe, die sich Exekutivbefugnisse anmaßten. Doch frage es sich, welche Gefahr größer sei, "die ganz konkrete Gefahr, die von der äußersten Rechten

---

[1] Ebenda.

[2] Ebenda und Abg. Dr. Kaiser(DVP) am 12.April 1923. Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 1.Bd.S. 741 f.

her" drohe. "oder die entferntere Gefahr von der äußersten Linken". Die Gefahr von links glaubte Zeigner bannen zu können, wie er es ausdrückte.[1]

Der auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie stehende Landtagsabgeordnete Arzt bekannte während einer Aussprache über den proletarischen Selbstschutz im Landtag am 13. April, daß die Tendenz der Vereinbarung mit den Kommunisten dahin gehe, daß beide Parteien gemeinsam diese Abwehrorganisationen aufstellen würden. Man könne allerdings dort keinen Zwang ausüben, "wo die örtlichen Verhältnisse noch nicht so weit gediehen " seien. Doch überall werde in dieser Richtung gearbeitet.[2]

Bis Mitte Mai existierten noch getrennte proletarische Abwehrorganisationen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Am 17. Mai beschlossen jedoch beide Landesparteileitungen, den vierten Punkt der kommunistisch-sozialdemokratischen Vereinbarungen zu verwirklichen und gemeinsame Abwehrorganisationen zu bilden, d. h. die bestehenden zu vereinigen.[3] Nicht alle sozialdemokratischen Ortsgruppen folgten diesem Beschluß. So weigerten sich die Sozialdemokraten in Leipzig, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Für den gemeinsamen Selbstschutz wurden nun entsprechende Richtlinien herausgegeben. Die Richlinien für den Bezirk Groß-Dresden sollen als Beispiel dienen:

---

[1] 13.April 1923. Verhandl. d. Sächs. Landt. 1922/23 1.Bd.S.763

[2] Ebenda. S. 772

[3] GK.64.Bd.S. 103

Grundsätzlich wurde betont, daß der organisatorische Aufbau des proletarischen Selbstschutzes in Dresden gemeinsam von der VSPD und KPD erfolgte und daß der Selbstschutz sich an die bestehenden Parteiorganisationen anlehne. Bezeichnend war die "Richtlinie", die festlegte, daß die in Betrieben beschäftigten Mitglieder der Organisation zu "Betriebsformationen" zusammengesetzt werden sollten. Man erwartete davon offensichtlich die Möglichkeit einer straffen Organisation und einer schnellen Einsatzbereitschaft. Jedes neue Mitglied mußte einen Aufnahmeschein ausfüllen. Darüber, ob ein lediglich freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter aufgenommen werden konnte, sollte die politische Leitung des Bezirks entscheiden. Eingeteilt wurden die Betriebs- wie Bezirksformationen, so kann man ebenfalls den "Richtlinien entnehmen, in Gruppen, Abteilungen und Hundertschaften. Die Betriebsformationen waren der politischen Leitung des Bezirks unterstellt. Die beiden Leiter der Betriebsformation mußten von der politischen Leitung für Groß-Dresden bestätigt werden. Die politische Leitung für Groß- Dresden bestand aus fünf VSPD- und drei KPD-Genossen. Das stand in keinem Verhältnis zur Mitgliederzahl der Parteien. Man erkennt den wachsenden Einfluß der KPD. Der politischen Leitung wurde ein sogenannter "technischer Beirat" angegliedert, der aus drei Genossen, davon zwei aus der VSPD und einer aus der KPD, bestand. Wie hierarchisch der Aufbau des Selbstschutzes war, sieht man daran, daß die Wahl der Gruppen- und Hundertschaftsführer, die durch Mitglieder erfolgte, von der politischen Leitung des Bezirks bestätigt werden mußte.[1]

---

[1] Verband sächsischer Industrieller, Sitz Dresden, an Reichskanzler Dr. Cuno und Reichsminister des Innern Oeser am 19. Juli 1923. Betr.: Proletarische Hundertschaften. BA R 43 I/2309

Zur systematischen Werbung der Mitglieder für den gemeinsamen Selbstschutz - deren bedurfte es offenbar - ging man mit Listen,, in denen sämliche Angehörige eines bestimmten Betriebes verzeichnet waren, in die Wohnungen der Arbeiter. Die Werber versuchten, von jedem Arbeiter Angaben über seine ehemalige militärische Dienstleistung, über Dienstgrad und die Art der Waffen, mit denen er ausgebildet worden war, zu erlangen. Denjenigen Arbeitern, die sich weigerten, den Verpflichtungsschein zu unterschreiben, drohte man, sie würden aus dem Betrieb, in dem sie beschäftigt waren, verdrängt.[1]

Ende Mai und Anfang Juni kam es in sächsischen Großstädten zu schweren Unruhen. Diese Unruhen drückten eine Radikalisierung weiter Kreise der sächsischen Bevölkerung aus. Während der Erwerbslosenunruhen in Dresden vom 25. bis 28. Mai erstürmte die erregte Menge die Markthalle und zahlreiche Geschäfte. Der proletarische Selbstschutz wurde hier zum erstenmal offiziell eingesetzt, um die Ordnung wiederherzustellen. Die verantwortlichen Funktionäre erhofften davon sicherlich eine Anerkennung der Organisation durch die Öffentlichkeit. Aber der proletarische Selbstschutz versagte jämmerlich, so daß schließlich die Polizei eingreifen mußte, der es gelang, wieder Ruhe und Ordnung herzustellen.[2] Innenminister Liebmann drückte im Landtag das Verständnis der Regierung an der schweren

---

[1] Ebenda

[2] Abg. Dr. Kaiser (DVP) am 12. Juni 1923. Verhandl. d. Sächs. Landt. 1923.2. Bd. S. 1084

wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung aus. Er erklärte die von den Demonstranten angewandten Mittel aber für ungeeignet, weil es dunklen, rechtsradikalen Peronen darum gegangen sei, die Erwerbslosen für reaktionäre Zwecke zu mißbrauchen, um damit den Vorwand für ein aktives Eingreifen der Reichswehr in Sachsen zu schaffen. [1]

In Leipzig hatten sich, wie bereits erwähnt, die Sozialdemokraten geweigert, zusammen mit den Kommunisten gemeinsame Hundertschaften zu bilden. Die KPD versuchte deshalb, durch ihre Aktion vom 6.Juni, die zu schweren Zusammenstößen führte und sieben Tote sowie über 100 Verletzte forderte, die Menge aufzuputschen und gegen die Sozialdemokraten aufzuhetzen. Mit welchen propagandistischen und taktischen Mitteln die KPD vorging, wurde von den Leipziger Sozialdemokraten durchschaut und in der schärfsten Weise verurteilt.[2]

Der KPD boten die von ihr heraufbeschworenen Vorgänge Anlaß für einen Vorstoß im Landtag gegen die von ihr tolerierten Regierung Zeigner: ein Zeichen dafür, wie es die KPD verstanden hatte, sich bei der Regierungsbildung die Hände frei zu halten. In Leipzig hatte die sächsische Landespolizei Ordnung schaffen und gegen die kommunistischen Demonstrationsführer vorgehen müssen. Der Kommunist Renner stellte fest, daß die sächsische Polizei noch nicht so arbeite, wie es unter einer "Arbeiterregierung" zu erwarten sei. Es bestehe noch kein "Verhältnis zwischen Polizei und Arbeiterbevölkerung", im Gegenteil, noch beherrschten

---

[1] 29. Mai 1923. Ebenda. S. 1054

[2] Bezirksvorstand der VSPD Leipzig: Die Blutschuld der Kommunisten an den Vorgängen am 6.Juni 1923 in Leipzig. Sonderdruck der "Leipziger Volkszeitung".

"reaktionäre Offiziere" die Situation. Die Kommunisten forderten eine Umstellung des Polizeiapparates in ihrem Sinne. Die Polizei solle ein '" sicheres Instrument für die Interessen der werktätigen Bevölkerung" werden.[1] Die Abgeordneten der KPD setzten die Regierung soweit unter Druck, daß sie sie aufforderten zurückzutreten, wenn sie nicht die Konsequenzen aus der Situation, in der sich die Polizei befinde, ziehen wolle.[2] Dr. Zeigner ließ sich von der kommunistischen Drohung derartig beeindrucken, daß er sich beeilte, wieder äußerst radikale Töne anzuschlagen.

4. Zeigners Rede in Niederplanitz am 16. Juni und Schützingers Rede in Chemnitz am 5. Juli

Am 16. Juni hielt Ministerpräsident Zeigner in Niederplanitz bei Zwickau auf einer VSPD- versammlung eine Rede, deren Form und Inhalt allen Vereinbarungen, die er am 31. Mai mit Reichswehrminister Geßler getroffen hatte, zuwiderlief. Während einer Haussuchung bei der Organisation Roßbach in Leipzig, die in dem dort stationierten Reichswehrregiment Fuß zu fassen versucht hatte, konnte verdächtiges Material ans Licht gefördert werden, das Zeigner nun einen Anlaß für neue Angriffe gegen die Reichswehr bot. Wieder glaubte er, der Reichswehr unzuverlässige Gesinnung vorwerfen zu müssen. Er beschuldigte sie, eng mit monarchischen Geheimorganisationen verbunden zu sein. Die Ruhr-

---

[1] Abg. Renner (KPD) am 12.Juni 1923. Verhandl.d.Sächs. Landt. 1923. 2. Bd. S 1089

[2] Abg. Lieberasch (KPD) Ebenda.S.1119
Inwieweit die Beamtenpolitik der sächsischen Regierung speziell auf diesen Vorstoß der KPD reagierte, konnte anhand des zugänglichen Quellenmaterials nicht festgestellt werden.

kampfpolitik der Regierung Cuno griff er ebenfalls an. Cunos Politik sei bankrott und der Ruhrkrieg ein großer Fehler. Der Großindustrie warf er Korruption im Ruhrkampf vor. Es werde innenpolitisch äußerst blutige Auseinandersetzungen geben, prophezeite Zeigner. Der Kampf werde aus dem bürgerlichen Lager mit Gift, Dolch und Handgranaten beginnen. Die Sozialdemokratie müsse diese Sachlage erkennen und dieser Situation gemäß handeln. Zeigener verwies auf die Haltung der rechtsgerichteten Kreise während des Kapp-Putsches und hob in seinem Angriff gegen die Reichswehr hervor, daß es nicht Zufall sei, daß der Reichswehr Waffen abhanden kämen.[1]

Infolge des starken Echos, das diese Rede hervorrief, und wegen angeblich falscher Wiedergabe in der Presse sah sich Zeigner veranlaßt, am 26. Juni im "Vorwärts" eine kurze, die Rede abschwächende und in einigen Punkten modifizierende Notiz zu veröffentlichen. Er betonte darin, er habe sich in Niederplanitz genau wie schon in der Regierungserklärung gegen eine bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes und eine Verhandlungsberteitschaft Deutschlands schlechthin ausgesprochen.[2] Indem Zeigner diesen Punkt so betonte, wollte er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den anderen gefährlichen Angriffen ablenken. Wie Zeigner am 28. Juni im Landtag erklärte, hatte die Presse besonders an folgenden Ausführungen in Niederplanitz Kritik geübt: Zeigner habe die Größe des innenpolitischen Konfliktes zwischen der äußersten politischen

---

[1] Der Reichswehrminister (Heer) an den Reichskanzler. 22. Aug. 1923 BA R 43 I/ 2308. "Sächsisches Volksblatt" Nr. 140 vom 19. Juni 1923. BA R 43 I/ 2308. GK 64. Bd. S.116

[2] "Vorwärts" Nr. 293 vom 26. Juni 1923

Rechten und der Linken, der "gesamten politischen Linken", mit aller Schärfe dargestellt und dabei die nötige Besonnenheit und eine besänftigende, ausgleichende, überbrückende Stellung, wie sie einem Politiker vom Range eines Ministerpräsidenten zukomme, vermissen lassen. Man nahm daran Anstoß, daß Zeigner von einem "Bankrott der Reichsregierung" gesprochen hatte. Es stehe im Widorspruch zur Verfassung, wenn der Ministerpräsident eines Landes auf diese Weise die Politik der Reichsregierung tadle. Zeigner versuchte zwar im Landtag, die Bemerkung vom "Bankrott" der Reichsregierung etwas zu mildern, konnte aber bei den bürgerlichen Fraktionen damit wenig überzeugen.[1]

Der Fraktionsvorsitzende der DVP im Landtag Dr.Kaiser hatte Recht, wenn er feststellte, die Rede Zeigners in Niederplanitz bewege sich ganz und gar auf der politischen Linie, die er seit Übernahme seines Amtes befolgt habe. Zeigner habe sich als "Prophet und Prediger des Bürgerkrieges" hingestellt.[2] Den Mißtrauensantrag der bürgerlichen Fraktionen gegen die Regierung, der am 28. Juni gestellt wurde, lehnten die Sozialdemokraten und Kommunisten ab.[3]

Ganz im Geiste der sächsischen Regierung hielt der Polizeioberst Dr.Schützinger, der der VSPD angehörte, am 5. Juli in Chemnitz eine Rede, in der er ähnlich wie Zeigner vom "Gespenst des Bürgerkrieges", von der "Atmosphäre des Hasses" und von der Gefahr des Faschismus sprach. Die Gefahr des Faschismus werde dann besonders groß, wenn sich in

---

[1] Verhandl. d. Sächs.Landt. 1923 2.Bd. S. 1222 f.

[2] 28.Juni 1923 Ebenda. S. 1226 f.

[3] GK 64 Bd. S. 122

Bayern die großdeutsch-nationalistische Bewegung Hitlers mit der separatistisch-großbayerischen Dr.Heims verbinde. Damit hatte Schützinger ohne Zweifel Recht, doch war es politisch höchst bedenklich, wenn er hinzufügte, die Reichswehr sei zur Abwehr nicht fähig; das müsse deshalb Aufgabe des proletarischen Selbstschutzes sein.[1]

Neben diesen Reden bildete die Aufhebung einer Verordnung in Sachsen, die den Kommunisten ein Dorn im Auge war, einen gewissen Höhepunkt des kommunistischen Einflusses auf die sächsische Politik während der Monate April bis Juli. Die Regierung Buck und andere deutsche Länderregierungen wie die preußische hatten die Anordnung erlassen, daß ausländische Agitatoren aus dem Lande zu weisen seien. Der Innenminister Liebmann hob diese Verordnung aber im Juli auf, so daß von da ab ausländische Kommunisten im Auftrage Moskaus in Sachsen offen gegen den Staat arbeiten durften, ohne daran gehindert werden zu können.[2]

5. Sachsen in der sozialdemokratischen Publizistik (April bis Juli)

Recht aufschlußreich ist die Entwicklung Sachsens im Spiegel einiger Beiträge der sozialdemokratischen Publizistik. Die verschiedenen Stellungen zur Haltung der Sozialdemokratie zeigen, wie die Entwicklung in diesem Lande die Gemüter in der gesamten VSPD bewegte. Vor allem ging es in der Auseinandersetzung um die Beziehungen der VSPD

---

[1] Verband sächsischer Industrieller, Sitz Dresden, an Reichskanzler Dr.Cuno und Reichsminister des Innern Oeser am 19.Juli 1923. Bert.: Proletarische Hundertschaften. BA R 43 I/ 2308

[2] Oberbürgermeister Dr.Külz, Zittau: Sowjeteinfluß in Sachsen. In:"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 327 vom 17.7.1923 BA R 43I/2308

zur KPD und um Zeigners Politik gegenüber der Reichsregierung.

Schon Anfang April erschien in der "Glocke" ein Artikel des Exkommunisten Ernst Reuter, der sich mit der neuen kommunistischen Taktik auseinandersetzte, die in Sachsen ihr erstes Experimentierfeld suchte. Ernst Reuter war bestrebt, die zahlreichen sächsischen Sozialdemokraten zu warnen, die glaubten, die Kommunisten hätten in Sachsen endlich die Grenzen der politischen Tätigkeit erkannt und würden sich auf eine Politik beschränken, die sich auf dem Boden der Legalität bewege.[1] Wie berechtigt diese Warnung war, bewies ein Artikel in der gleichen Zeitschrift noch im gleichen Monat, in dem die Meinung vertreten wurde, die Kommunisten hätten in Sachsen "politischen Konsequenzen" nachgeben müssen, "denen sie nicht mehr ausweichen konnten". Die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten widerspräche der geschichtlichen Entwicklung nicht. Die Behauptung der bürgerlichen Presse, daß die VSPD in Sachsen unter ein kommunistisches Joch geraten sei, wurde von dem Verfasser energisch zurückgewiesen.[2]

Daß man in der sächsischen Sozialdemokratie in der Frage der Gemeinsamen Selbstschutzorganisationen nicht unbedingt einig war, zeigte die Haltung der VSPD in Leipzig. So warnte auch der Führer der Leipziger Sozialdemokratie und frühere Innenminister Lipinski vor den gefährlichen Konsequenzen, die sich aus dem gemeinsamen proletarischen Selbstschutz ergeben könnten. Lipinski akzeptierte in einem Artikel in der "Leipziger Volkszeitung" vom 18.Juni als Auf-

---

[1] Ernst Reuter: Revisionismus in der KPD. In:"Die Glocke" 9.Jg. 1.Heft. 1.April 1923. S. 30 ff.

[2] Robert Grötzsch: Die sächsische Zipfelmütze. In:" Die Glocke". 9.Jg. 4.Heft. 23.April 1923.S. 79 f.

gabe der proletarischen Organisationen außer dem Schutz eigener Versammlungen, Demonstrationen und Einrichtungen den Schutz der Republik nur bedingungsweise. Wenn sie sich die Aufgabe stellten, den Schutz der Republik zu übernehmen, so müßte das Ziel klar umgrenzt sein, besonders natürlich dann, wenn beide Parteien, VSPD und KPD dies gemeinsam tun wollten. Dabei müßten sie sich für ein Vorgehen zum Schutz der Republik in allen Einzelheiten genau verständigt haben. Doch Lipinski mit seinen politischen Erfahrungen erachtete die KPD für vollkommen ungeeignet, einen gemeinsamen Selbstschutz mit der VSPD zu bilden. Als Beweis dafür führte Lipinski die Moskauer Richtlinien an, welche zeigten, daß die KPD ein Instrument der Auslandspolitik Sowjetrußlands sei.Aus diesem Grunde könne sie kein Partner für einen gemeinsamen Schutz der Republik sein. Die KPD besitze über ganz Deutschland verteilt einen illegalen Selbstschutz und suche jetzt für ihn eine legale Deckung zu eigenen Zwecken, die nicht die der Republik seien.[1]

Der Dresdener Polizeioberst Dr.Schützinger ist bereits erwähnt worden. Dieser hat es sich nicht nehmen lassen, sich auch publizistisch zum Problem des gemeinsamen Selbstschutzes zu äußern. Er glaubte innerhalb der Arbeiterschaft "gefühlsmäßige Triebkräfte" zu bemerken, die ständig auf die Wiedervereinigung zur "großen proletarischen Einheitsfront" hinstrebten. Diese Triebkräfte führten nach Ansicht Schützingers zu dem gemeinsamen proletarischen "Betriebsschutz", der den großen Vorzug einer gesteigerten Solidarität der Arbeitskollegen und eine außerordentliche Alarmbereitschaft während der Arbeitszeit biete. Eine Gefahr sah Schützinger allerdings darin, daß

---

[1]Reichsminister des Innern: Innerpolitische Zeitungschau vom 19.Juni 1923. BA R 43 I/2307

der proletarische Selbstschutz vom öffentlichen Leben Besitz ergreifen könne und damit mit einer Verschärfung der Gegensätze zwischen den Volksklassen zu rechnen sei. Wenn die DVP zusammen mit der DNVP einen "bürgerlichen Selbstschutz" bilde, könne das zum Bürgerkrieg führen. Schützinger schlug deshalb vor, die Selbstschutzbewegung "auf das Geleise eines reinen Ordnungsdienstes" zu schieben. Sie müsse jedoch für den Ernstfall eines Bürgerkrieges ihre Kader einsatzbereit halten.[1] In dem gleichen Aufsatz richtete Schützinger genau wie in seiner Chemnitzer Rede heftige Angriffe gegen die Reichswehr. Der ganze Selbstschutz sei überflüssig, wenn man die Reichswehr als ein "einigermaßen verläßliches Instrument der Republik" betrachten dürfe. Auch sei die Reichswehr auf Jahre hinaus der bedenklichste Faktor eines Bürgerkrieges.[2]

Wie unterschiedlich die Beurteilung des Kurses der sächsischen Politik innerhalb der Sozialdemokratie war, bewies besonders die Reaktion auf die Rede Dr.Zeigners in Niederplanitz. Unter dem Titel "Finis Germaniae" veröffentlichte Dr.Walter Zechlin in der "Glocke" einen Artikel, in dem er darauf aufmerksam machte, daß durch die Rede des Genossen Zeigner die Gefahr der Reichszersplitterung deutlich geworden sei. Denn Zeigner habe der Regierung Cuno den schärfsten Kampf angesagt. Ob die Angriffe Zeigners berech-

---

[1] Hermann Schützinger, Dresden: Polizei und Selbstschutz. In: "Die Glocke". 9.Jg. 13.Heft 25.Juni 1923 S. 332 ff.

[2] Ebenda. S. 332. Diese Bemerkung mußte ein Hauptangriffspunkt für das Reichswehrministerium gegen die Politik der sächsischen Regierung werden, besonders deshalb, weil Dr.Schüztinger zum Sachbearbeiter für Reichswehrfragen bei der sächsischen Regierung ernannt worden war. Geßler stellte Strafantrag gegen ihn. Der Reichswehrminister (Heer) an den Reichskanzler. 22.Aug.1923. BA R 43 I/2308

tigt seien oder nicht, spiele keine Rolle, doch sei es untragbar, "daß ein Ministerpräsident eines deutschen Landes gegen die Reichsregierung einen solchen Bannfluch" schleudere.[1]

Gegen diese Kritik wurde Zeigner sofort von sächsischen Sozialdemokraten in Schutz genommen. Ein Dresdener Sozialdemokrat, Hans Block, antwortete auf die Herausforderung Zechlins und rechtfertigte den Kurs des Ministerpräsidenten. In Niederplanitz habe Zeigner weiter nichts als warnen wollen. Es gebe Situationen, in denen die Pflicht der Warnung alle anderen Bindungen zurücktreten lassen müsse. Block fragte:

> "Sollte Genosse Zeigner schweigen, wenn er sich zu solcher Warnung verpflichtet fühlte, schweigen, weil er Ministerpräsident ist? Das hieße, der Reaktion einen Freibrief geben, denn nur weil er Ministerpräsident ist, konnte Genosse Zeigner wahrscheinlich das erfahren, was ihn nach seiner Meinung zur Warnung verpflichtete."

Die falsche Beurteilung der sächsischen Frage entspringe der Abneigung, "mit der einflußreiche Kreise der Partei auf die Zusammenarbeit der sächsischen Sozialdemokraten mit den Kommunisten" blickten. Block vertrat die in der sächsischen VSPD weit verbreitete Ansicht, das sozialdemokratisch-kommunistische Zusammengehen in Sachsen sei der erste Schritt zum Einswerden der deutschen Arbeiterbewegung, mindestens ein Experiment im Interesse der Partei, "das bis zur Grenze des Möglichen" durchgeführt werden müsse. Die sächsische Sozialdemokratie erwarte, so betonte Block, Verständnis und Rücksicht von Außenstehenden, die

---

[1] Dr. Walter Zechlin: Finis Germaniae? In: "Die Glocke" 9. Jg. 14. Heft. 2. Juli 1923 S. 361 f.

zu sehr aus der Perspektive der Reichspolitik urteilten.[1]

Es gab in der Zeit vom April bis Juli 1923 fast ebensoviel Stimmen für wie gegen den Kurs der sächsischen VSPD, wie die zitierten Beiträge zeigen. Erst nach den Oktoberereignissen des Jahres 1923 sollte es in der Sozialdemokratie zu einer endgültigen Klärung in dieser Frage kommen.

6. Die Reaktion der Reichsregierung auf die sächsische Politik (Juni bis August) und der öffentliche Notenkrieg der sächsischen Regierung mit der Reichsregierung

Die Unruhen in Dresden und Leipzig Anfang Juni lenkten die Aufmerksamkeit des Reichsinnenministers Oeser wieder besonders auf Sachsen. Die sächsische Regierung war nach Oesers Meinung ungenügend vorgegangen. Er drohte der sächsischen Regierung deshalb mit der Entziehung des Reichszuschusses für die Polizei.[2]

Während der Unruhen in Sachsen erwog die Reichsregierung bereits die Verhängung des Ausnahmezustandes für Sachsen. Nach reiflichem Überlegen betrachtete man diese Maßnahme zu diesem Zeitpunkt jedoch nur als ultima ratio.
Vor dem Einsetzen der Reichswehr, zu dem es dann im Oktober kam, warnte Innenminister Oeser nachdrücklich aus politischen Erwägungen. Nur wenn sich die Situation bis zumÄußersten verschärfen würde, wollte man zu diesem Mittel greifen. Daß die Hundertschaften bewaffnet gewesen sein, wie weite Kreise damals annahmen, glaubte man

---

[1] Hans Block: Sachsen und die Reichseinheit. In: "Die Glocke". 9.Jg. 17.Heft! 23.Juli 1923 S. 450 ff.

[2] Reichsinnenminister Oeser teilte dies während der Besprechung mit sächsischen Industriellen am 19.Juni mit. Ergebnis der Besprechungen beim Herrn Reichsminister der Justiz am 19.Juni 1923, nachm. 5 Uhr , mit Vertretern des Vorstandes sächsischer Industrieller in Dresden über die Zustände in Sachsen. BA R 43 I/2307

im Reichswehrministerium, das naturgemäß darüber am besten informiert war, nicht, weil die sächsische Regierung immer über Mangel an Waffen für die Polizei geklagt hatte.[1]

Um einer weiteren Radikalisierung im Freistaate Sachsen vorzubeugen, versuchten einflußreiche sächsische Industrielle bereits Mitte Juni die Reichsregierung zu aktivem Vorgehen gegen Sachsen zu bewegen. So fand am 19.Juni, drei Tage nach der Niederplanitzer Rede Zeigners im Reichsjustizministerium eine Besprechung der Reichsminister Heinze und Oeser mit Vertretern der sächsischen Industrie statt. Unter den Industriellen befand sich der Fraktionsvorsitzende der DVP im Landtag Dr.Kaiser. An der Besprechung nahmen auch der Staatssekretär Wever von der Reichskanzlei und Major von Schleicher vom Reichswehrministerium teil. Die sächsischen Industriellen berichteten zunächst über die Zustände in Sachsen. Sie klagten über die proletarischen Hundertschaften, die bei Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oft einen scharfen Terror ausübten. Die Unternehmer wiesen darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Lage in Sachsen noch verschlechtern werde, weil die Arbeitslosigkeit immer weiter stiege. Sie führten das darauf zurück, daß vor allem ausländische Kreditgeber in der letzten Zeit sehr zurückhaltend geworden seien. Man hatte keine Aufträge mehr nach Sachsen gegeben, weil die politischen Zustände in diesem Lande zu unsicher geworden waren. Bitter beklagten sich die Unternehmer über die sächsische Beamtenpolitik. Nicht die Fähigkeiten der Beamten, sondern ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei sei maßgebend für ihre Ernennung und Beförderung. Der Reichsminister des Innern Oeser konnte sich während der Besprechung allerdings nur auf das Versprechen beschränken, alles zu tun, was seine Zuständigkeit erlaube. Er müßte die Grenzen seiner Zuständigkeit hervorheben und einräumen, daß die Zustände in Sachsen zum großen Teil die

---

[1] Ebenda

Folge der letzten Wahlen seien, die er als Reichsminister natürlich nicht korrigieren könne. Ebenfalls entzogen sich nach seinen Worten die "sächsischen Verwaltungsmaximen" dem Eingriff der Reichsregierung.[1]

In der Reichskanzlei erachtete man nach Zeigners Rede in Niederplanitz eine persönliche Aussprache des Kanzlers mit dem sächsischen Ministerpräsidenten für nötig. Diese Rede war in den Augen des Reichskanzlers weder durch Zeigners Berichtigung im "Vorwärts" und der "Sächsischen Staatszeitung", noch durch die nachfolgende Erklärung im sächsischen Landtag abgeschwächt worden. Dazu kam noch der erwähnte Aufsatz des inzwischen in den sächsischen Staatsdienst getretenen Dr.Schützinger in der "Glocke".Der Staatssekretär in der Reichskanzlei Hamm empfahl dem Reichskanzler, Dr.Zeigner zu einer Besprechung nach Berlin kommen zu lassen. An der Besprechung sollten auch der Reichsjustizminister und der Reichsinnenminister teilnehmen. Obwohl Zeigner und Schützinger scharfe Angriffe gegen die Reichswehr gerichtet hatten, hielt man es in der Reichskanzlei nicht für ratsam, einen Vertreter des Reichswehrministeriums an den Besprechungen zu beteiligen. Man wollte auf diese Weise vermittelnd zwischen zwischen Zeigner und der Reichswehrführung einzuwirken versuchen. Weiterhin sollten Abmachungen über die sächsischen Polizeiverhältnisse, für die man sich in Berlin wegen der letzten Unruhen besonders interssierte, getroffen werden. Man wollte genau festlegen, was im Falle von neuen Unruhen in Sachsen vorzunehmen sei.[2]

Am 10. Juli kam es zu der geplanten Besprechung. Anwesend waren neben Reichskanzler Dr. Cuno und Ministerpräsident Dr. Zeigner nur noch Reichsminister Oeser und der sächsische Gesandte bei der Reichsregierung Dr. Gradnauer,

---

[1] Ebenda

[2] Aufzeichnung für den Herrn Reichskanzler. Betreff: Sachsen. 5.Juli 1923. BA R 43 I/ 2308

der erste sächsische Ministerpräsident nach dem Umsturz von 1918. Der Reichskanzler beschränkte sich, ernst darauf hinzuweisen, daß durch die Haltung des sächsischen Ministerpräsidenten für die Außenpolitik der Reichsregierung eine Gefahr eintreten könne. Dr.Zeigner habe dem Landtagsabgeordneten Dr. Kaiser gegenüber, auf den sich der Kanzler berufen konnte, erklärt, daß er, Zeigner, im Landtag ohne Rücksicht auf "gewisse Interssen des Reiches" vorgehen müsse, auch auf die Gefahr hin, daß "außenpolitische Fensterscheiben" zerschlagen würden. Der Kanzler versuchte, Zeigner keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Reichsregierung aus einer solchen Haltung ganz klar die Konsequenz ziehen werde. Der Kanzler wies schließlich auch auf die strafrechtliche Seite der gefährlichen Politik Zeigners hin. Zeigner versuchte seinerseits abzuschwächen, wo es möglich war, und auf Nebensächlichkeiten abzulenken.[1] Sehr aufschlußreich für das Abhängigkeitsverhältnis Zeigners von der sächsischen KPD war seine Bemerkung während dieser Unterredung, die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtags habe ihm angekündigt, sie werde noch vor Beginn der Sommerpause der Landtagssitzungen eine Erklärung der Regierung darüber herausfordern, wie sie während der Sommerpause des Landtages die Geschäfte zu führen gedenke. Der Kanzler hoffe, wie er es am Schluß der Besprechung hervorhob, er dürfe nun bestimmt annehmen, daß der sächsische Ministerpräsident eine Rede der Art , wie sie diese Besprechung nötig gemacht hatte,nicht mehr halten werde.[1]

---

[1] So erwähnte er hinsichtlich des Verhältnisses der sächsischen Regierung zur Reichswehr die Äußerung eines Majors vom Wehrkreiskommando IV,Dresden, der gesagt haben sollte, die sächsische Regierung dürfe sagen, was sie wolle, die Reichswehr werde mit den Selbstschutzverbänden ihre Sache schon machen. Der Major leugnete das übrigens später.

auf derartige Versicherungen auf keinen Fall verlassen, hatte doch die Reichsregierung eben erst Böttchers Kampfaufruf vernommen, der alles andere als den Willen zum Ruhehalten ausdrückte. Die Hauptgefahr für das Deutsche Reich sah Stresemann darin, daß sich die Kreise, die in Sachsen bedroht waren, an Bayern mit der Bitte um Hilfe wenden könnten. Das aber hätte den Bürgerkrieg und den Beginn des Zerfalls des Reiches bedeutet.[1]

Nachdem am 17. Oktober im sächsischen Landtag ein Mißtrauensantrag der bürgerlichen Parteien gegen die Regierung Zeigner abgelehnt worden war,[2] kam es am 18. Oktober zum letzten großangelegten rhetorischen Auftritt Zeigners vor seinem Sturz. Zeigner gab vor dem Landtag eine Zusammenfassung seiner Angriffe gegen die Reichswehr im letzten Jahr. Auf diese Weise veröffentlichte er hemmungslos Einzelheiten, die während interner Besprechungen der sächsischen Regierung mit der Reichswehrführung und Reichsregierung zur Sprache gekommen waren.[3] Zeigner nahm keinerlei Rücksicht auf die außenpolitische Lage Deutschlands.

Unter dem offiziellen Schutz der sächsischen Regierung nahm die Tätigkeit der KPD offene revolutionäre Formen an. Trotz des Verbotes der proletarischen Hundertschaften fand am 19. Oktober in Plauen im Vogtland ein Kongreß dieser Organisationen statt. Man veröffentlichte ein Flugblatt, in dem die "Verteidigungsbereitschaft" des sächsischen Proletariats bekundet wurde. Es endete mit der

---

[1] Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts. 17.Okt.1923. BA R 43 I/2309

[2] Verhandl. d. Sächs. Landt. 1923. 2.Bd. S. 1652

[3] Ebenda. S. 1679 ff.

Parole: "Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der Regierung Stresemann!"[1]

Das Eingreifen der Staatsgewalt in Sachsen wurde jetzt von den Kommunisten erwartet. Die KPD versuchte den Betriebsrätekongreß in Chemnitz am 20. und 21. Oktober für ihre revolutionären Pläne zu mißbrauchen. Die Kommunisten vergaßen aber, daß neben Mitgliedern der KPD sich dort nicht nur leicht beeinflußbare Sozialdemokraten aus Sachsen, sondern Sozialdemokraten aus dem gesamten Reichsgebiet befanden. Die kommunistische Propaganda, die in Chemnitz von den sächsischen KPD-Ministern Böttcher und Heckert verfochten wurde, richtete sich wieder gegen die Regierung Stresemann und gegen General Müller. Die Vertreter der KPD erreichten, daß eine Kommission eingesetzt wurde, die den Generalstreik ausrufen sollte, wenn die Reichsgewalt gegen Sachsen eingreifen würde.[2] Als dies dann geschah, kam es jedoch nicht zum Generalstreik, weil die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission sich dem Aufruf zum Generalstreik widersetzten, um Blutvergießen zu vermeiden und die Situation nicht zu verschärfen.

4. Sachsen und Bayern

Wenn man die Belastung, die Sachsen in diesen Wochen für das Deutsche Reich bedeutete, und die politischen Motive für die Reichsexekution gegen Sachsen begreifen will, muß man besonders das Verhältnis Sachsen-Bayern betrachten. Die politische Konstellation Bayerns entsprach ebensowenig

---

[1] Flugblatt BA R 43 I/2309

[2] GK! 64. Bd. S. 200. Borkenau a.a.O. S. 48

"Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse einer ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt. Sie läßt es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen."[1]

Auf Grund dieser Sätze fühlte sich die sächsische Regierung zur Eröffnug eines öffentlichen Notenkrieges gegen die Reichsregierung veranlaßt. Die sächsische Regierung fragte am 25.Juli bei der Reichsregierung an, warum sie so besonderen Wert auf die Feststellung gelegt habe, daß sie bemüht sei, mit Sachsen und Thüringen ein Einvernehmen zu pflegen, und daß sie es in dieser Beziehung nicht an ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen werde. Die sächsische Regierung fragte:

> "Soll damit gesagt sein, daß die Sächsische Regierung ... einer besonderen Oberaufsicht bedürfe? Soll... behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse derartige Formen angenommen, daß von Sachsen aus ein Bürgerkrieg drohe?"[2]

Der Reichskanzler antwortete am 2. August, die Veröffentlichung der Reichsregierung vom 18.Juli habe sich dagegen wenden wollen, "daß mit einer gewissen Kaltblütigkeit in steigendem Maße öffentlich Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtert würden", besonders durch Schützingers Artikel in der "Glocke" und Zeigners Reden. Vor einer Fortsetzung solchen außen- und innenpolitisch schädlichen

---

[1] GK 64. Bd. S. 136

[2] Das Sächsische Gesamtministerium an die Reichsregierung. 25.Juli 1923. BA R 43 I/2308

Verfahrens habe die Reichsregierung warnen wollen. Der Ausdruck "pflichtmäßige ernste Aufmerksamkeit" sei deshalb gewählt worden, weil gerade aus Sachsen besorgniserregende Äußerungen zugegangen seien.[1]

Am 7. August richtete die sächsische Regierung erneut eine Note an die Reichsregierung. Diese habe in ihrem Schreiben vom 2. August den Sinn und Zweck des sächsischen Anliegens verkannt. Die sächsische Regierung hob hervor, sie habe immer darauf hingewiesen, die Reichsregierung müsse "im Intersse der inneren Ruhe in der eindeutigsten Weise einen Trennungsstrich gegenüber den bewaffneten rechtsradikalen Organisationen" ziehen. Die sächsische Regierung drohte damit, wirtschaftliche, steuerpolitische und andere Gebiete ins Spiel zu bringen und zahlreiche Dokumente zu veröffentlichen, wenn sie in eine Lage gebracht werde, die es ihr nicht erlaube zu schweigen.[2]

Alle Noten der sächsischen und Reichsregierung wurden in der Presse veröffentlicht. Mit dem Sturz der Regierung Cuno endete dieser Notenkrieg. Stresemann, der Nachfolger Cunos im Amte des Reichskanzlers, versuchte dann auf andere Weise, mit dem sächsischen Problem fertig zu werden.

Für Zeigner bot sich auf einer sozialdemokratischen Kundgebung in Leipzig am 7. August eine willkommenne Gelegenheit zu Angriffen auf die Reichswehr. Rechtsradikale Kreise, so führte er aus, würden durch Terrorakte die Arbeiter zum Aufruhr reizen, um der Reichswehr Gelegenheit zum Eingreifen zu bieten. Das Wehrkreiskommando IV, Dresden , forderte er heraus, indem er ihm vorwarf, es habe

---

[1] Der Reichskanzler an den sächsischen Ministerpräsidenten. 2.August 1923 BA R 43 I/ 2308

[2] Sächsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten: Verbalnote an die Reichsregierung.7. Aug. 1923 BA R 43 I/2308

sich durch einen Offizier in ein schwebendes Strafverfahren eingemischt. Generalleutnant Müller, der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV in Dresden, erhob am 9. August sofort Einspruch und bat um Unterlagen für die Vorwürfe Zeigners. Gleichzeitig lehnte Müller die Teilnahme seines Wehrkreiskommandos an der von der sächsischen Regierung veranstalteten Verfassungsfeier ab.[1] Vom Reichswehrminister Geßler wurde diese Haltung nachträglich gebilligt.[2] Damit wurden die offenen Gegensätze zwischen der sächsischen Regierung und dem Reichswehrministerium auch auf die Dresdener Dienststellen übertragen.

Die Regierung Cuno hat es während ihrer Amtszeit nicht verstanden, das Problem, das ihr die linksradikale Entwicklung Sachsens aufgab, zu lösen. Cuno hinterließ seinem Nachfolger Stresemann damit eine schwere Hypothek.

---

[1] Der Befehlshaber des Wehrkreises IV an den sächsischen Ministerpräsidenten. 9.Aug. 1923 BA R 43 I/2308

[2] Der Reichsminister (Heer) an den Reichskanzler. 22.Aug. 1923. BA R 43 I/2308

KAPITEL III
STRESEMANN UND DIE ENTWICKLUNG DER SÄCHSISCHEN FRAGE VOM 13. AUGUST BIS 10. OKTOBER

1. Vergebliche Versuche Stresemanns zum Ausgleich mit Sachsen

Mitte August wurde die Reichsregierung Cuno gestürzt, da ihr die Sozialdemokraten nicht mehr die parlamentarische Unterstützung geben konnten. Der Vorsitzende der DVP Dr.Stresemann, von Reichspräsident Ebert mit der Regierungsneubildung beauftragt, bildete eine Regierung der Großen Koalition mit Ministern aus der VSPD, dem Zentrum, der DDP und der DVP. Dr.Geßler (DDP), gegen den sich die Angriffe der sächsischen Regierung immer gerichtet hatten, blieb Reichswehrminister. Während der Verhandlungen um die Regierungsbildung war der sächsische Ministerpräsident allerdings in Berlin erschienen und hatte es sogar erreicht, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen eine Aufstellung Dr.Geßlers als Minister zu überreden. Am Tage der Regierungsbildung (13. August) erklärte dann auch der sozialdemokratische Fraktionsvorstand, daß sich die VSPD nicht an der Regierung der Großen Koalition beteiligen werde, wenn Geßler Reichswehrminister bliebe. Von dieser Forderung kam die Fraktion der VSPD jedoch ab, weil Stresemann hart blieb und darauf bestand, Geßler im Amte zu behalten.[1] Der Vorstoß Zeigners gegen Geßler war bemerkenswert.

Gleich nach seiner Amtsübernahme entwickelte Stresemann nicht zuletzt in der sächsischen Frage eine im Vergleich zu seinem Vorgänger Cuno stärkere Aktivität. Vor allem beschränkte sich Stresemann nicht auf Aussprachen

---

[1] Bernhard, Henry: Das Kabinett Stresemann. Berlin 1924. S 16

mit dem sächsischen Ministerpräsidenten. Er versuchte seine alten Beziehungen und Verbindungen zu sächsischen Industriellen - er war der Syndikus deren Verbandes gewesen - sowie zur Fraktion der DVP im sächsischen Landtag zu nutzen. Mit dem Fraktionsmitglied der DVP Dr.Schneider war er persönlich befreundet. Kurz nach seiner Wahl zum Reichskanzler forderte Stresemann Dr. Schneider auf, innerhalb der Landtagsfraktion für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nach Berliner Vorbild zu arbeiten. Das wäre der beste Weg dafür gewesen, den parlamentarischen Einfluß der KPD auf die sächsische Politik auszuschalten und die Gegensätze zwischen sächsischer und Reichsregierung zu beseitigen. Stresemann versprach Dr.Schneider, seinerseits über die sozialdemokratischen Kollegen im Reichskabinett und über den angesehenen sozialdemokratischen preußischen Innenminister Severing auf die sächsischen Sozialdemokraten einwirken zu wollen. Dr. Schneider schlug auf einer Sitzung der Landtagsfraktion seiner Partei die Einberufung des Zwischenausschusses des sächsischen Landtages vor, um dort den Plan der Bildung einer Großen Koalition vorzutragen. Er mußte aber erfahren, daß er innerhalb der sächsischen DVP mit seiner Meinung allein stand, obwohl er sich auf die gemeinsame Überzeugung mit dem Parteivorsitzenden Stresemann berufen konnte. Die Fraktion lehnte den Plan Dr. Schneiders ab, da sie glaubte, die Zeit sei noch nicht reif dafür. Sie fühlte sich in ihrer Mehrheit sogar brüskiert, weil Stresemann ausgerechnet mit einem der jüngsten Fraktionsmitglieder Verhandlungen geführt hatte.[1] Wie schon zu Beginn des Krisenjahres 1923 zeigte sich auch bei der DVP eine wenig einsichtsvolle Haltung. Mit dieser Feststellung soll aber

---

[1] Brief der Fraktion der DVP im sächsischen Landtag vom 24.August 1923 an Stresemann. AA Nachlaß Stresemann. Bd. 87

auf keinen Fall der verhängnisvolle Linkskurs der sächsischen Sozialdemokraten entschuldigt werden.

Einige Tage nach seiner Amtsübernahme lisß Reichskanzler Stresemann den sächsischen Ministerpräsidenten zu sich kommen, um mit ihm "eine Aussprache über die Verhältnisse in Sachsen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu führen", wie man es offiziell nannte. Dr.Zeigner wies auf die große Erregung der sächsischen Arbeiterbevölkerung sowie auf die allgemeine Notlage des durch die Inflation besonders hart betroffenen Industrielandes Sachsen hin. Diese Erregung könne mit politischen Mitteln allein nicht bekämpft werden, dazu seien vorbeugende Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Art notwendig. Der sächsische Ministerpräsident beteuerte den festen Willen seiner Regierung, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Wie das Protokoll vermerkte, wurden sich der Kanzler und der Ministerpräsident in ihrer Besprechung darüber einig, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Zustände vermieden werden müsse, die bisherigen Vorgänge zu politischen Zwecken in der Weise aufzubauschen, wie das in der Presse geschehen sei. Stresemann betonte, daß er die Grundlagen des Staates mit allen Mitteln schützen werde[1]: eine deutliche Warnung für Zeigner!

Die kommunistische sächsische Landtagsfraktion nahm an der nach dieser Besprechung veröffentlichten Regierungsmeldung Anstoß, in der betont wurde, daß der Reichskanzler und der sächsische Ministerpräsident zusammenzuwirken bereit seien, " die Grundlage der heutigen Staatsordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen".

---

[1] Protokoll der Besprechung des Reichskanzlers und Reichsinnenministers mit dem sächsischen Ministerpräsidenten vom 17.Aug. 1923. BA R 43 I/2308

Die Kommunisten fragten nun an, ob die sächsische Regierung unter dem "Zusammenwirken mit der Reichsregierung" das Einsetzen der Reichswehr Geßlers gegen Sachsen verstehe. Weiter fragte sie:

"Welche Vorgänge in Sachsen geben der sächsischen Regierung Veranlassung und das Recht, in Gemeinschaft mit dem Reichskanzler gegen die sächsische Arbeiterschaft die Drohung auszusprechen, 'mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln' die Grundlage der heutigen Staatsordnung zu schützen?"[1]

Die Kommunisten wollten mit ihrer Anfrage nichts anderes erreichen, als Zeigner wieder zu radikalen Tönen anzuspornen. Wie so oft zuvor, glückte es auch diesmal wieder.

Wenn Zeigner in Berlin mit der Reichsregierung verhandelte, gelang es ihm immer, einen sachlichen vernünftigen Eindruck zu hinterlassen, da er sich stets zur positiven Mitarbeit bereiterklärte.[2] In seinem Dresdener Ministerium oder auf Massenversammlungen schien er sich dann aber ins Gegenteil zu verwandeln wie auch jetzt nach seiner Besprechung mit Stresemann. Er nahm seine Angriffe auf Geßler wieder auf. Es handelte sich diesmal um das Verhältnis des Wehrkreiskommandos IV und dessen Leiters General Müller zur sächsischen Regierung.[3] Über

---

[1] Bertz und neun Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion: Anfrage 491, am 22. Aug. 1923. Landtags-Akten aus den Jahren 1958.ff

[2] Geßler , Otto : Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Stuttgart 1958. S. 241

[3] Es ging um die Frage, ob Geßler dem Dresdener Wehrkreiskommando jeden Verkehr mit der sächsischen Regierung untersagt habe oder nur den persönlichen. Geßler schreibt in seinen Erinnerungen, daß er jeden direkten Verkehr verboten habe, außer im Falle des öffentlichen Notstandes. Geßler S. 257

die Presse wurde ein Kampf zwischen Zeigner und Geßler geführt, den Geßler aber aus staatspolitischen Rücksichten abbrach. Zeigner ging soweit, daß er am 8.September im "Vorwärts" wiederum die Absetzung Geßlers forderte.[1] Zwei Tage darauf fragte dann Zeigner in provozierender Weise beim Reichskanzler an, ob das Reichskabinett und insbesondere der Reichskanzler sich den Auffassungen Geßlers angeschlossen hätten.[2]

2. Die widerstreitende Beurteilung der sächsischen Frage im Reichskabinett der Großen Koalition

Die Zusammensetzung des Reichskabinetts verhinderte eine einheitliche Beurteilung der sächsischen Politik unter Zeigner. Besonders ungehalten über Zeigners Politik war verständlicherweise Reichswehrminister Geßler. Er stellte deshalb beim Reichskanzler den Antrag, das Kabinett solle erwägen, ob nicht auf Grund der Rede Zeigners am 7.August in Leipzig, die nach Geßlers Meinung Merkmale des Landesverrates trug, die Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens notwendig geworden sei.[3] Ganz anders sahen es die sozialdemokratischen Reichsminister, die Parteigenossen Dr. Zeigners. Reichsjustizminister Dr.Radbruch (VSPD) stellte dem Kanzler gegenüber heraus, Zeigner habe in seinen Reden bestimmte schädliche Zustände aufdecken wollen. Es fehle

---

[1] "Vorwärts" Nr. 419 vom 8.Sept. 1923

[2] Der sächsische Ministerpräsident an den Reichskanzler. 10.Sept. 1923. BA R I/2309

[3] Aufzeichnung der Reichskanzlei für den Reichskanzler. Aug. 1923. BA R 43 I/2308

ihm demnach am "Willen und Bewußtsein", das Wohl des deutschen Volkes zu gefährden, und damit fehle der erforderliche Verdacht einer strafbaren Handlung.[1] Stresemann selbst neigte mehr zu der Überzeugung Geßlers. Doch spielten beim Kanzler in der Beurteilung dieser Dinge nicht juristische, sondern in erster Linie politische Gesichtspunkte eine Rolle. Seiner Meinung nach hätte eine gerichliches Verfahren gegen Zeigner, wie es von Geßler vorgeschlagen wurde, nur dann eröffnet werden können, wenn unbedingte Aussicht auf schnellen Erfolg gewährleistet gewesen sei.[2] Daß das aber nicht der Fall war, zeigten die Einwände des Reichsjustizministers. Den sozialdemokratischen Reichsinnenminister Sollmann bat Stresemann am 6. September zu erwägen, ob und in welcher Form gegebenenfalls die Reichsgewalt in Sachsen eingreifen könnte, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.[3] Das war ohne Zweifel ein erneuter Versuch Stresemanns, durch einen Druck auf die Sozialdemokraten die sächsischen Zustände zu beeinflussen. Stresemann ahnte wohl jetzt schon, wie schwierig es werden würde, seine sozialdemokratischen Ministerkollegen im Ernstfalle zur Mitarbeit für ein

---

[1] Der Reichsjustizminister an den Reichskanzler. 27.Aug. 1923. BA R 43 I/2308

[2] Aufzeichnung der Reichskanzlei. Aug. 1923 BA R 43 I/ 2308

[3] Der Reichskanzler an den Reichsminister des Innern. Geheim. 6.Sept. 1923 BA R 43 I/2309

Eingreifen der Reichsgewalt in Sachsen zu gewinnen. Nur so kanndie außerordentlich behutsame Behandlung der Frage durch Stresemann gedeutet werden.

3. Weitere Radikalisierung Sachsens und Zeigners revolutionäre Töne

Die Unruhe unter den sächsischen Arbeitern nahm im September und Anfang Oktober erneut zu. Die privaten Berichte darüber, die in der Reichskanzlei eingingen, beschrieben die Vorgänge allerdings nur einseitig aus der Perspektive der sächsischen Unternehmerschaft. Die Unternehmer waren bemüht, ihre Hilflosigkeit gegenüber den "Leuten von der Straße" herauszustellen. Sie versuchten in ihren Berichten an die Reichskanzlei nicht zu unterscheiden zwischen Verzweiflungsakten der Hungernden und betont klassenkämpferischen Maßnahmen der Hundertschaftsführer. Die Berichte gaben nur indirekt zu erkennen, daß weite Kreise der Arbeiterbevölkerung oft zur Notwehr griffen. Die zahlreichen Felddiebstähle in der Gegend von Döbeln[1] waren keine bewußten revolutionären Akte, sondern allein Ausdruck der materiellen Not. Ähnlich wie in Döbeln gingen die Arbeiter dort vor, wo sie erfahren hatten, daß Bauern Getreide zurückhielten. Die hungernden Arbeiter versuchten dann, sich auf gewaltsame Weise dieses Getreide zu verschaffen. Verhängnisvoll entwickelten sich die Aktionen allerdings dort, wo die proletarischen Selbstschutzorganisationen im Interesse der Arbeiter eingriffen, um

---

[1] Berichte von sächsischen Unternehmern an die Reichskanzlei. Sept. 1923. BA R 43 I/2309

sich auf diese Weise als Werkzeug der Arbeiterklasse herausstellen zu können.[1] In Auerbach, Oelsnitz, Chemnitz und Glauchau forderten die Arbeiter von den Unternehmern Lohnerhöhung. Die Hundertschaften nützten die gespannte Lage aus und gingen auf terroristische Weise vor, indem sie wie beispielsweise in Chemnitz in einer Fabrik Tür und Fenster einschlugen.[2] Auch das wurde der Reichskanzlei direkt mitgeteilt. Stresemann ließ sich auf diese Weise in seiner Politik Sachsen gegenüber nicht beeinflussen. Stresemann hatte zwar seine Verbindungen mit sächsischen Industriellen auszunutzen versucht, um Einfluß auf die innersächsische Politik zu gewinnen, doch lehnte man es in der Reichskanzlei strikt ab, sich in irgendeiner Weise von sächsischen Industriellen zu vorzeitigem Eingreifen bewegen zu lassen.[3] Die spätere Reichsexekution hatte in erster Linie politische Beweggründe und war keine Maßnahme zum Schutz der Unternehmer.

Den Äußerungen der erregten Arbeiterschichten in der geschilderten Form folgten scharfe Töne des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner in seiner bereits in ganz Deutschland wohlbekannten demagogischen Weise. Nach seiner

---

[1] Ebenda

[2] Ebenda

[3] In den Akten der Reichskanzlei befindet sich eine Anfrage des deutschen Industrie-und Handelstages vom 31.August darüber, welche Schritte die Reichsregierung gegen die Ausschreitungen der Arbeitnehmer in den sächsischen Industriegebieten beabsichtige. Diese Anfrage trägt den Vermerk eines Beamten der Reichskanzlei, von einer Antwort werde man in "Anbetracht der diktatorischen Art der Anfrage" absehen können; die einzuleitenden Schritte müßten dem Reichskanzler schon selbst überlassen bleiben. BA R 43 I/2309.

Auseinandersetzung mit Geßler in der Presse übertraf Zeigner am 7.September alle seine vorherigen Reden. Geßler bezeichnete er als "Exponenten derjenigen Kreise, die nicht Opfer bringen, die nicht Anteil nehmen wollen an der allgemeinen Not". Worauf sich dieser Angriff stützte, verschwieg Zeigner. Er beschränkte sich diesmal nicht wie bisher auf Angriffe gegen Geßler und die Reichswehr, sondern er ging soweit, daß er sich gegen die sozialdemokratischen Reichsminister, seine eigenen Parteigenossen, wandte. Er fragte sie in provozierendem Tone, mit wem sie sich solidarisch erklären würden, mit Geßler oder mit ihm. Sollmann, der sozialdemokratische Reichsinnenminister, habe einen hohen Beamten an dem Tage zum Staatssekretär ernennen wollen, an dem die sächsische Regierung ihn zu entlassen beabsichtigte. Zeigner hatte auch keinerlei Hemmungen, Einzelheiten aus der Reichsratssitzung der Öffentlichkeit preiszugeben. Am Schluß seiner Rede schlug Zeigner Töne an, die ihn fast als Mitglied der KPD erscheinen ließen. Seine Rede stand somit in schärfstem Widerspruch zur sozialdemokratischen Politik außerhalb Mitteldeutschlands.
In einem Volk von 80% Proletariern sei nur eine proletarische Republik möglich. Die VSPD müsse sich besinnen, welche Macht sie sei. Zeigner propagierte die "Diktatur des Proletariats", wenn er erklärte, dieser Staat müsse von der Partei unter so starken Druck genommen werden, daß er nie wieder wagen könne, eine andere Politik zu treiben. Die Partei solle endlich ultimativ werden. Sie müsse den Mut haben, "den Sprung ins Ungewisse zu wagen und die Erfassung der Substanz, der Vermögen, die Beteiligung des Staates an den großen Vermögensträgern durchzuführen". Schließlich forderte Zeigner, einige wenige

Personen müßten mit den diktatorischen Machtbefugnissen ausgestattet werden.[1]

Eine revolutionäre Geste anderer Art, an der sich der immer stärker werdende kommunistische Einfluß zeigte, wurde die "Heerschau" der proletarischen Hundertschaften am 9. September in Dresden. Zeigner wohnte ihr selbstverständlich bei. Der Dresdener Stadtbaurat Sierks führte als "Generalissimus" der Selbstschutzverbände das Kommando. In seiner Rede betonte er im kommunistischen Sinne,die Selbstschutzverbände seien dazu da, die "Diktatur von links" zu schützen.[2]

In Berlin drängte man Stresemann immer stärker, endlich gegen Sachsen einzugreifen. Doch Stresemann ließ sich von keiner Seite beeinflussen, auch nicht vom rechten Flügel seiner eigenen Partei. Als die Großindustriellen Leutheuser, Brüninghaus und Stinnes, alles Reichstagsabgeordnete der DVP, in einer Besprechung mit Stresemann vor der kommunistischen Gefahr in Sachsen warnten und auf die daraus entstehende Lage der sächsischen Industrie hinwiesen, meinte Stresemann, die Reichsexekution gegen ein Land müsse bis zum letzten Augenblick aufgespart werden.[3] Wie die Unternehmer Stresemann mitteilten, wurden weiterhin laufend auswärtige Aufträge an die sächsische Industrie zurückgezogen. Das bewirkte seinerseits ein Anwachsen der Arbeitslosenzahl in Sachsen.[4]

---

[1] Stresemann zugeschickte stenographische Notizen zweier Journalisten über die Rede des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner im "Weißen Adler", Dresden, am 7.Sept.1923. BA R 43 I/2309

[2] "Berliner Lokalanzeiger" vom 10.Sept.1923 BA R 43 I/2309

[3] Protokoll der Fraktionssitzung der DVP im Reichstag vom 12.Sept.1923 AA Nachlass Stresemann.Bd. 87

[4] Brüninghaus an Reichskanzler Stresemann, 22.Sept.1923 BA R 43 I/2309

Im September gelang es der Polizei noch, der heftigen Demonstrationen der Arbeitslosen Herr zu werden.[1]

4. Die Haltung Zeigners zum Reichsausnahmezustand

Neue Angriffspunkte im Streit der sächsischen mit der Reichsregierung, der nun bereits ein halbes Jahr anhielt, ergab sich aus der Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich am 26.September 1923. Der Ruhrkampf wurde abgebrochen und am gleichen Tage der Ausnahmezustand verhängt. Dies geschah in erster Linie aus Besorgnis vor der Reaktion der nationalistischen Kräfte in Bayern. Man fürchtete bei Abbruch des passiven Widerstandes Ausschreitungen in diesem Lande. Reichswehrminister Geßler wurde die vollziehende Gewalt für das gesamte Reich übertragen. Er übertrug sie seinerseits auf die Befehlshaber der einzelnen Wehrkreiskommandos, in Sachsen auf Generalleutnant Müller.[2]

Ministerpräsident Dr.Zeigner beeilte sich, der Reichsregierung mitzuteilen, daß die Verhängung des Reichsausnahmezustandes bei der sächsischen Regierung Überraschung hervorgerufen habe. Er ließ ebenfalls sofort melden, er wünsche, daß der sächsische Minister des Innern Liebmann zum Zivilkommisar für Sachsen ernannt werde. Wenn man andere Personen damit betraue, sähe das die sächsische Regie-

---

[1] Telegramm an den Reichskommisar für Überwachung der öffentlichen Ordnung von dessen Dresdener Beauftragten. Ende Sept.1923. BA R 43 I/2309

[2] GK 64 Bd. S. 177 f. Eyck,Erich: Geschichte der Weimarer Republik 1.Bd. Erlenbach - Zürich, Stuttgart 1962 S. 349

rung als "unfreundlichen Akt" an. Major von Schleicher vom Reichswehrministerium schlug dem Reichskanzler vor, für den sächsischen Wehrkreis überhaupt keinen Zivilkommissar zu ernennen, um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.[1] Vorläufig ernannte man auch keinen Zivilkommissar. Dagegen protestierte die sozialdemokratische Landtagsfraktion: Für Preußen war ein Zivilkommissar ernannt worden, für Sachsen dagegen nicht.[2]

Auf Grund der durch den Reichswehrminister erhaltenen Ermächtigung verlieh Generalleutnant Müller am 27.September den Offizieren seines Befehlsbereiches die Rechte von Polizeibeamten der Staatsanwaltschaft. Er verbot den Druck und Vertrieb von Flugblättern politischen Inhalts, ebenso Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel. Die Regierung und Behörden blieben jedoch in Wirksamkeit.[3] Durch diese Verordnung gelang es, für einige Zeit Ruhe und Ordnung zu halten.[4]

5. Zeigners Opposition gegen den Reichsvorstand der VSPD

Die Regierung Zeigner isolierte sich während des Monats September nicht nur durch ihre prinzipiell destruktive Frontstellung gegen die Reichsregierung immer mehr, sondern auch noch durch die sachlich ungerechtfertigten

---

[1] Aufzeichnung betreffend Gespräch mit der Sächsischen Gesandtschaft. Ende Sept. 1923. BA R 43 I/2309

[2] "Vorwärts" Nr. 457 vom 30.Sept.1923

[3] "Vorwärts" Nr. 454 vom 28.Sept. 1923

[4] Telegramm an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung von dessen Dresdener Beauftragten 2.Okt. 1923 BA R 43 I/2309

Angriffe Zeigners gegen die sozialdemokratische Führungsspitze. Nachdem Zeigner am 7.September die Angriffe eröffnet hatte, warf er auf dem Berliner Bezirkstag der VSPD am 24. September den leitenden Berliner Parteikreisen " moralische Korruption" vor. Einen Beweis dafür lehnte er ab.[1]

Die Entwicklung war sogar schon soweit gegangen, daß es im Reichstag die Kommunisten waren, die für Zeigner gegen die übrigen Sozialdemokratie eintraten. Ähnlich wie es Zeigner selbst getan hatte, fragte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Koenen am 28.September die Fraktion der VSPD, ob sie Geßler ermöglichen wolle, den Ministerpräsidenten ihrer Partei in Sachsen " zu erledigen ", ob sie sich im Kampf zwischen Geßler und Zeigner für die "Geßler-Diktatur" und gegen das Proletariat, für das Zeigner gesprochen habe,entscheiden wolle.[2]

Wie ein Artikel in der "Glocke" vom 1.Oktober zeigte, brachte man außerhalb der sächsischen Sozialdemokratie Zeigner kein Verständnis für seinen unerbittlichen Kampf gegen die Reichswehr mehr entgegen. Der Artikel betonte, die VSPD habe den Kampf zwischen Zeigner und der Reichswehr mit Interesse zugeschaut und ihm Hilfe geleistet. Aber dem Genossen Zeigner fehle, wie die letzten Wochen gezeigt hätten, das Gefühl für Maß und Zeit. Vor allem habe er Material vorgetragen, das ungenau und unzuverlässig gewesen sei. Man müsse das Material Zeigners als "Kulissenklatsch" bezeichnen. Zeigner könne eine "provin-

---

[1] "Vorwärts" Nr. 447 und 448 vom 25.Sept.1923. Ausführungen von Otto Wels auf dem Sozialdemokratischen Parteitag 1924. Protokoll. Berlin 1924 S. 73

[2] Verhandl. d. Reichstages. I. Wahlperiode. Bd. 361 S. 11921

zielle Begrenztheit" nicht verleugnen, die es ihm nicht gestattet habe, das politische Verständnis, das zum Abwägen einer politischen Aktion nötig sei, aufzubringen. Ebenso verübelte man Zeigner dessen, wie der Artikel es nannte, "demagogische Koketterie". Der Verfasser bezog sich dafür auf die Angewohnheit Zeigners, in Volksversammlungen die Massen als "Führer" zu bezeichnen. Dieser Intellektuelle habe nichts anderes aufzuweisen als einen "klangreichen Radikalismus" und die Empfehlung seines "Draufgängertums gegenüber der politischen Disziplin erfahrener Parteigenossen".[1]

Innerhalb des Parteivorstandes der VSPD befaßte man sich jetzt mehr mit dem Fall Zeigners, wie Innenminister Sollmann auf der Siztung des Reichskabinetts am 6.Oktober mitteilte (inzwischen das 2.Kabinett Stresemann). Sollmann unterschätzte offensichtlich die gefährliche Lage in Sachsen, wenn er die Stellung des sächsischen Ministerpräsidenten bereits für erschüttert hielt.[2]

Auf der Sitzung der Reichsregierung am 6.Oktober verlangte Geßler, dessen Rücktritt die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtags erneut gefordert hatte, man müsse den bevorstehenden Zusammentritt des sächsischen Landtags unbedingt zu verhindern suchen und mit der Reichsexekution nicht länger warten. Der besonnene Reichskanzler hielt es dagegen noch immer für richtig abzuwarten, was in den nächsten Tagen im sächsischen Landtag geschehen werde. Doch ließ auch er keinen Zweifel darüber

---

[1] Robert Breuer: Die Aufgabe der Sozialdemokratie. In: "Die Glocke". 2.Jg. 27. Heft. 1.Okt. 1923 S. 697 ff.

[2] Protokoll der Sitzung der Reichsregierung 6.Okt. 1923 BA R 43 I/2309

offen, daß er ebenfalls die schärfste Maßnahme, die Reichsexekution, erwäge.[1]

---

[1] Ebenda

KAPITEL IV
DIE PLANUNG DES "ROTEN OKTOBERS" DURCH DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE UND DIE REICHSEXEKUTION GEGEN SACHSEN

1. Die revolutionäre Situation

Die Entwicklung in Sachsen während der Monate April bis September, der Generalstreik in Berlin im August und die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der gesamten deutschen Bevölkerung hatten zur Folge, Daß man in der Moskauer Zenrale des Exekutivkomitees der Komintern eine revolutionäre Situation für Deutschland witterte. In Moskau waren es vor allem der Generalsekretär der Internationale Sinowjew und der Sowjetführer Trotzki, der eifrigste Verfechter des Gedankens von der permanenten Revolution, die die Entwicklung voranzutreiben suchten. Von Anfang September bis in die erste Oktoberwoche hinein fanden in Moskau Beratungen dieser beiden Führer des Weltkommunismus mit einer Delegation der KPD statt. Die Delegation der KPD wurde von Heinrich Brandler, dem damaligen Parteivorsitzenden und Vertreter des rechten Flügels der Partei, geleitet. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Frage des Zeitpunktes der geplanten Revolution. Daß die kommunistische Revolution in Deutschland durchzuführen sei, darüber gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Doch wollte Trotzki einen genauen Plan für die deutsche Revolution aufstellen. Der 7. oder 9. November sollte der Endpunkt der revolutionären Aktion werden. Dem " roten Oktober" 1917 in Rußland wollte Trotzki einen "roten Oktober" 1923 in Deutschland zur Seite stellen. Dabei überschätzte er die

Rolle der KPD für Deutschland gewaltig. Brandler dagegen kannte die deutschen Verhältnisse und schätzte die Möglichkeiten der KPD weit realistischer ein. Er wollte vorsichtiger vorgehen als Trotzki. Brandler verspürte keine Lust, sich an einen Terminkalender zu binden und Verpflichtungen einzugehen, deren Verwirklichung ihm zweifelhaft erschien. Sinowjew schlug schließlich einen Kompromiß vor. Danach wurde für den Revolutionsplan kein Datum festgelegt. Das Exekutivkomitee der Komintern und die KPD-Delegation einigten sich auf eine "Zwischenphase zur Orientierung", um dann später an Ort und Stelle den entscheidenden Augenblick zu bestimmen.

Der erste Schritt sollte aus dem Eintritt der KPD in die sächsische Regierung bestehen. Man konnte das deshalb beschließen, da die bisherige sächsische Regierung nur mit kommunistischer Unterstützung regiert hatte. Die in Sachsen bereits vorhandenen proletarischen Hundertschaften wollten die kommunistischen Führer zum Kern einer bewaffneten Macht ausbauen. Spezialisten der sowjetischen Roten Armee wie Nachrichtenfachleute und strategische Berater sollten dieser Streitmacht zugeteilt werden, um daraus eine einsatzbereite Armee zu bilden. Nach dem Plan der Komintern wäre es die Aufgabe der proletarischen Armee geworden, die zu bildende sächsische Arbeiterregierung zu verteitigen. Die Beteiligung der KPD an der Regierung sollte in erster linie dem Zweck dienen, Waffen für die deutsche Rote Armee zu beschaffen. Aus den Aufstandsversuchen von 1920 und 1921 in Mitteldeutschland hatte man gelernt, daß man bei der Vorbereitung des bolschewistischen Aufstandes zunächst weni-

ger radikale Methoden gebrauchen durfte.Nachdem die KPD ihre Machtpositionen in Mitteldeutschland ausgebaut hätte, sollten die mitteldeutschen Länder Sachsen und Thüringen die Basis für den bewaffneten Aufstand in ganz Deutschland werden.Die Komintern wollte Mitteldeutschland zu einem Wall ausbauen, um das "konterrevolutionäre" Bayern von Norddeutschland zu trennen. Anschließend sollte die KPD im ganzen Reich eingreifen und die Massen zu mobilisieren versuchen.[1]

Ende September glaubte man in Moskau soweit zu sein, in Deutschland die Aktion einleiten zu können. Am 1. Oktober schickte Sinowjew ein Telegramm an die Zentrale der KPD:

"Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment nicht später als in vier, fünf, sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Lage glauben wir, bei gegebener Lage muß man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch stellen. Unter der Bedingung, daß die Zeigner - Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern und die Faschisten zu verteitigen, müssen wir eintreten. Sofort Bewaffnung von 50. 000 bis 60.000 wirklich durchführen, dem General Müller igno-

---

[1] Thalheimer, August: 1923: Eine verpaßte Revolution? Berlin 1931. S. 24 f. Kochan, Lionel a.a.O. S. 86 ff. Borkenau, Franz: Der europäische Kommunismus. München 1952. S. 48. Wenzel a.a.O. S. 216 ff. Seton-Watson, Hugh: Von Lenin bis Malenkov. München 1955. S. 95

rieren. Dasselbe in Thüringen."[1]

Das Telegramm wurde abgeschickt, als die Delegation der KPD noch in Moskau war. Brandler hatte sich bis zuletzt dagegen gewehrt. Er hielt die Voraussetzungen in Deutschland noch nicht für eine Revolution gegeben. Doch mußte er sich dem Beschluß der Komintern fügen. Die deutsche Delegation verließ am 8. Oktober Moskau.[2]

2. Kommunisten in der sächsischen Regierung

Nachdem die Moskauer Beschlüsse der sächsischen Landtagsfraktion der KPD bekannt geworden waren, fanden Verhandlungen mit der VSPD statt. Die Kommunisten hatten es leicht, die Sozialdemokraten auf ein sogenanntes "Notprogramm" festzulegen, das die Grundlage für den Eintritt der KPD in die sächsische Regierung bilden sollte.[3] Die VSPD, deren linker Flügel schon lange die Beteiligung der KPD gefordert hatte, konnte sich jetzt dem kommunistischen Verlangen nicht entziehen. Das "Notprogramm" stellt ein getreues Abbild der Moskauer Beschlüsse dar. Vorgesehen wurden nach diesem Programm: Mobilisierung der Massen, Sicherung der sächsischen Grenze gegen Bayern durch die proletarischen Abwehrorganisationen, Bewaffnung und Ausbau dieser Organisationen, Vorbereitung des politischen

---

[1] Aus dem Bericht der Zentrale der KPD auf dem IX. Parteitag Frankfurt/M. 1924. Protokoll. Berlin 1924. S. 30.

[2] Kochan a.a.O. S. 88

[3] Dieses "Notprogramm" wurde später nach der erfolgten Reichsexekution von Böttcher im Landtag bekanntgegeben, als er versuchte, den Sozialdemokraten ihren "Verrat" vorzuwerfen. Vgl. Anlage II.

Massenstreiks und Bildung eines Abwehrblockes zwischen Sachsen und Thüringen gegen einen bayerisch- faschistischen Angriff. Außerdem wurde in diesem Programm der schärfste Kampf gegen die Große Koalition angesagt. Dieses Programm bedeutete den Höhepunkt der sozialdemokratischen Selbstverleugnung in Sachsen und die völlige Beherrschung der Politik des Landes durch die KPD.

Während der Beratungen über die Regierungsbildung hatte die KPD zunächst verlangt, ihr Parteivorsitzender Brandler sollte Ministerialdirektor im Ministerium des Innern werden. Dort wäre ihm die Polizei unterstellt gewesen. Er hätte eine Schlüsselstellung für die Bewaffnung der "Roten Armee" erhalten. Das wurde aber von den Sozialdemokraten abgelehnt.[1] Brandler wurde dafür Ministerialdirektor in der Staatskanzlei. Er hatte dort die Aufgabe, die Tätigkeit der Ministerien zu koordinieren und die Beziehungen Sachsens nach außen zu leiten.

Am 12. Oktober gab Ministerpräsident Dr. Zeigener vor dem Landtag die am 10.Oktober erfolgte Umbildung der Regierung bekannt. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Böttcher hatte das Finanzministerium und der Kommunist Heckert das Wirtschaftsministerium übernommen. Grotesk mußte es klingen, wenn Zeigner bekanntgab, daß die neuen Minister den Eid auf die Reichs- und Landesverfassung ge-

---

[1] Sozialdemokratische Landtagsfraktion (Hrsg.): Vier Jahre sächsische Politik. 1926 S. 22

leistet hätten, auf die Grundsätze, die sie bisher sabotiert hatten, wo sie nur konnten. Zeigner erklärte vor dem Landtag, die neugebildete Regierung sei eine "Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung". Er stellte Sachsen als Bollwerk gegen die Feinde der Republik, gegen Bayern also, heraus. Die Erklärung endete mit dem doppeldeutigen Bekenntnis: "Wir stehen zum Reich und werden bis zum äußersten kämpfen."[1]

Der neue kommunistische Finanzminister Böttcher trat sofort in das Licht der Öffentlichkeit. Er erklärte am 16. Oktober in einer Rede in Leipzig, es gäbe in Deutschland nur noch eine weiße und rote Diktatur, und forderte zum Kampf gegen die "kapitalistische" Reichsregierung auf. Das Proletariat müsse sofort bewaffnet werden, war seine Parole.[2] Mit diesem Kampfaufruf gegen die Reichsregierung gab er Stresemann das Hauptargument für die Rechtfertigung der Reichsexekution, die einige Tage später erfolgte.

Die Regierungstätigkeit Böttchers' als Finanzminister wurde von einem Ende 1923 eingesetzten Untersuchungsausschuß des Landtags als dilettantisch bezeichnet. Böttcher konnte zum Glück wegen seiner kurzen Amtszeit nicht allzu viel Schaden anrichten. Die meisten Reichsgelder, die ihm zur Verfügung standen, verwandte er zweckwidrig und ungesetzlich. Wichtiger war ihm aber die Beamtenpolitik. Er stellte Beamte nur aus parteipolitischen Erwägungen ein, um sein Ministerium kommunistisch zu durchsetzen. So konnte von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß nachgewiesen werden, daß Böttcher einen Angestellten zum

---

[1] Verhandl. d. Sächs.Landt. 1923. 2. Bd. S. 1578

[2] Stresemann: Vermächtnis I.Berlin 1932. S. 167

persönlichen Vertrauensmann ernannt hatte, ohne daß dieser besondere Fachqualitäten aufzuzeigen hatte.[1] Ebenso gefährlich wie Böttchers Beamtenpolitik war seine Forderung an die Großbanken in Sachsen, von denen er 150 Mill. Goldmark verlangte. Die Banken wollten dem Staate auch Geld zur Verfügung stellen, aber nur General Müller als dem Vertreter der vollziehenden Gewalt.[2]

Die Moskauer Führer der Komintern hatten die Lage in Sachsen wohl in zwei Punkten überschätzt, als sie den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung angeordnet hatten, um eine Basis für die Revolution in Deutschland zu schaffen. Einmal wußten sie nicht, wieviel Waffen man in Sachsen beschaffen konnte, zum anderen schätzten sie die Mentalität der sächsischen Arbeiterbevölkerung vollständig falsch ein. Trotz zahlreicher Übergriffe der proletarischen Hundertschaften darf man die Gefahr, die sie im Oktober bildeten, nicht überbewerten. Sie waren zu diesem Zeitpunkt nur für Sachsen eine Gefahr. Weil sie bis dahin noch unbewaffnet waren, hätten sie dem Reiche im Oktober keinen militärischen Schaden zufügen können. Was erreicht worden wäre, wenn Stresemann der kommunistischen Unterwanderung des sächsischen Staatsapparates durch die Reichsexekution nicht Einhalt geboten hätte, ist nicht abzusehen. Geßler fürchtete die proletarischen Hundertschaften

---

[1] Bericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der vom Minister Böttcher während seiner Tätigkeit vorgenommenen Beamtenanstellungen und der von ihm über Staatsmittel getroffenen Verfügungen. Eingegangen am 3. Juli 1925. Mehrheitsbericht. Landtagsakten aus dem Jahre 1925. Bericht Nr. 1484

[2] Aus dem Protokoll der Sitzung des Reichskabinettes. 17. Oktober 1923. BA R 43 I/ 2309

damals nicht, denn er wußte, daß wenig Waffen vorhanden waren. Auch hielt er die sächsische Arbeiterbevölkerung für völlig unkriegerisch.[1] Sächsische Industrielle gaben später ebenfalls zu, daß die meisten der gelernten Arbeiter Sachsens ruhige, ordentliche Leute seien. Das Hauptproblem für sie lag in diesen Tagen in der Arbeitslosigkeit und dem Mangel an Lebensmitteln.[2]

Aus diesem Grunde empfahl der Reichskommisar für Zivilgefangene und Flüchtlinge dem Reichskanzler, sofort dafür zu sorgen, daß in besonders hart betroffene Gebiete Sachsens Brot und Kartoffeln geliefert würden.[3] Stresemann bat den Reichsernährungsminister, dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken, um einer weiteren Radikalisierung Sachsens vorzubeugen.[4]

3. Vor dem Eingreifen der Reichsgewalt

In Sachsen gelang es General Müller als Vertreter der Staatsgewalt, die politische Initiative auf seine Seite zu bringen. Durch zwei Maßnahmen entzog er unmittelbar nach dem Eintritt der Kommunisten in die Regierung dem kommunistischen Umsturzplan die materielle Grundlage. Am 13. Oktober löste er alle proletarischen Hundertschaften auf. Noch wirksamer aber wurde die Unterstellung der gesamten Landespolizei unter den Befehl des Wehrkreiskommandos IV, dessen Befehlshaber Müller war. Wegen der Rede Böttchers in Leipzig fühlte sich Müller veranlaßt, bei der sächsi-

---

[1] Geßler a.a.O. S. 262

[2] Schneider, Rudolf: Sachsen und das Reich. In: "Deutsche Stimmen". 1923. Nr. 22 S. 366.

[3] Der Reichskommissar für Zivilgefangene und Flüchtlinge an den Reichskanzler. 16.Okt. 1923. BA R 43 I/2309

[4] Notiz der Reichskanzlei. Mitte Okt. 1923. BA R 43 I/2309

schen Regierung zu protestieren,Er forderte die Regierung auf ihm bis zum 18. Oktober über den Inhalt der Rede Rechenschaft abzulegen.[1] Daraufhin richtete die sächsische Regierung am 17.Oktober ein Schreiben an die Reichsregierung, in dem sie gegen das diktatorische Vorgehen General Müllers protestierte. Der Schriftverkehr des Generals mit der sächsischen Regierung trage nur noch "ultimativen Charakter". Die Reichsbefehle seien im militärischen Tone gehalten, ohne Rücksicht darauf, daß es Müller mit einer Landesregierung zu tun habe. General Müller habe bereits seine Absicht verwirklicht, die sächsische Regierung auszuschalten. Es könne jedoch nie der Sinn des Ausnahmezustandes sein, daß sich republikanisch gesinnte Bevölkerungskreise so in ihrem Recht verletzt fühlten wie zur Zeit in Sachsen. Am Schluß ihres Protestschreibens bezeichnete die sächsische Regierung General Müller als "Schrittmacher der Feinde der Republik" und beteuerte die im Gegensatz zu Bayern unerschütterliche Stellung der sächsischen Bevölkerung zum Deutschen Reich.[2]

Das Schreiben General Müllers an die sächsische Regierung gab Anlaß für ernste Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichsregierung. Es ging dabei um die Form des Vorgehens Müllers. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister Sollmann hob in der Sitzung des Reichskabinetts am 17. Oktober hervor, der Brief Müllers an Zeigner sei für ihn als Mitglied der VSPD nicht tragbar und bedeute eine provokation der Sozialdemokratischen Partei. Stresemann konnte

---

[1]Stresemann:Vermächtnis I. S. 167

[2]Die sächsische Regierung an die Reichsregierung. 17.Oktober 1923. BA R 43 I/2309

sich gegenüber Sollmann auf Reichspräsident Ebert berufen, mit dem er sich eingehend besprochen und der die eingeleiteten Maßnahmen gebilligt hatte. Der eben erst ernannte Zivilkommissar für Sachsen Mayer (VSPD), der fast nicht in Erscheinung trat, hatte den Maßnahmen ebenfalls zugestimmt. Das Auftreten des sächsischen kommunistischen Ministers Böttcher, der in offener Versammlung zum Kampf gegen die Reichsregierung aufgefordert hatte, mußte vom Reichskanzler deshalb so ernst genommen werden, da es sich um einen offiziellen Vertreter der sächsischen Regierung handelte. Stresemann erwähnte in der Sitzung des Reichskabinettes den Aufruf Böttchers an die sächsische Arbeiterbevölkerung, Kampforganisationen zu bilden, um die "kapitalistische Reichsregierung" zu stürzen, sowie das Verlangen des Dresdener Polizeipräsidenten Menke, die Polizei, die auf Grund des Ausnahmezustandes der Reichswehr unterstellt worden war, solle lediglich der sächsischen Regierung gehorchen. Der Kanzler forderte, angesichts des Versagens der sächsischen Regierung und der Machtlosigkeit der sächsischen Polizei müsse die Macht des Generals Müller erweitert werden. Der Brief Müllers sei viel zu zurückhaltend gewesen. Er-Stresemann, hätte noch ganz anders geschrieben. Stresemann verwies auch auf die gefährdete Lage der Industriellen in Plauen und Aue sowie der Großbanken, von denen Böttcher 150 Mill. Goldmark verlangt hatte. Reichsinnenminister Sollmann warf dem Kanzler daraufhin vor, er berufe sich zu sehr auf einseitig gefärbte Berichte. Der sächsische Innenminister Liebmann, der von Sollmann als "ernstzunehmender" Mensch charakterisiert wurde, habe ihm versichert, die kommunistischen Minister seien gewillt, absolute Ruhe zu halten. Natürlich konnte sich Stresemann

Wie wenig Erfolg diese Ermahnung hatte, bewies die von den Kommunisten geforderte Erklärung Zeigners vor dem Landtag am 12. Juli. Zeigner wurde nicht müde, die Reichswehr anzugreifen. Das Vertrauen der republikanischen Kreise zur Reichswehr sei erschüttert. Er forderte die Reichswehr auf, revolutionären Bestrebungen in Bayern entgegenzutreten,gestützt auf Polizei und republikanisch gesinnte Bevölkerung, und von diesem Land abzurücken, das mit Gewalt und Mord drohe.[2]

Zwei Tage nach dieser provozierenden Rede richtete das Reichswehrministerium ein Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten und bat um die Übersendung der Unterlagen, die ihn zu einer solchen scharfen Stellungnahme veranlaßt hätten.[3] Wie fragwürdig die Angriffe Zeigners waren, bewies die Tatsache, daß das Material, das er erst im August übersandte, bereits aus dem Jahre 1922 stammte und deshalb nicht überzeugen konnte.[4]

Der sächsische Industriellenverband ließ indessen nicht davon ab, seinen Einfluß auf die Reichsregierung geltend zu machen. Am 19. Juli schrieb der Verband sächsischer Industrieller an Reichskanzler Cuno und bat wiederum um das Eingreifen der Reichsregierung in die sächsischen Verhältnisse. Man fürchtete die mit den proleta-

---

[1] Protokoll der Besprechung des Reichskanzlers mit Ministerpräsident Dr. Zeigner am 10. Juli 1923. BA R 43 I/ 2308.

[2] Verhandl. d, Sächs. Landt. 1923.2.Bd. S. 1550

[3] Major von Schleicher i.A. des Reichswehrministers an den Sächsischen Ministerpräsidenten am 14. Juli 1923 BA R 43 I/2308

[4] Zusammenstellung über die Beziehungen zwischen Ministerpräsident Zeigner und der Reichswehr. BA Nachlaß Geßler Bd. 57

rischen Hundertschaften sich immer mehr verschärftende Bürgerkriegsgefahr.[1] Einige Tage später, am 23. Juli, richtete der gleiche Verband an die Reichsregierung erneut ein Schreiben und wies darauf hin, daß ausländische Aufträge wegen der Unruhen in Sachsen zurückgezogen würden.[2] Dem Reichsjustizminister Dr. Heinze, der besonders gut mit den sächsischen Verhältnissen vertraut war, berichtete der Verband, daß man in Aue, Zwickau und Plauen schwere Unruhen befürchte. Man bat, Reichshilfe erwägen zu wollen, denn man komme sich "vollkommen verlassen und vogelfrei vor". Nur ein starkes Polizeiaufgebot könne helfen.[3]

Veranlaßt durch die neuen Angriffe Zeigners und durch die Berichte aus Sachsen veröffentlichte die Reichsregierung in der Presse eine Erklärung, die in erster Linie an die Adresse der Landesregierungen von Sachsen und Thüringen, wo inzwischen ähnliche Verhältnisse eingetreten waren wie in Sachsen, gerichtet war. Man wählte diese Form, um die öffentliche Meinung Deutschlands gegen die Regierungen dieser beiden Länder zu aktivieren. Denn mit den bisherigen Mitteln hatte die Reichsregierung nichts erreicht. In der Erklärung nahm der Reichskanzler zu den Möglichkeiten und Folgen eines Bürgerkrieges Stellung. Am Schluß hieß es:

---

[1] Verband sächsischer Industrieller, Sitz Dresden, an Reichskanzler Cuno und Reichsminister des Innern Oeser. 19.Juli 1923. BA R I/2308

[2] Derselbe Verband an Reichskanzler Cuno und Reichsminister des Innern Oeser. 23. Juli 1923. BA R 43I/ 2308.

[3] Derselbe Verband an Reichsminister der Justiz Dr. Heinze. 24.Juli 1923. BA R 43 I/2308

der des Reiches wie die Sachsens, mit dem Unterschied, daß Bayern als der Sammelpunkt der Rechtskräfte anzusehen war. Das Land Bayern war 1923 der Repräsentant der nationalistischen Kräfte Deutschlands und damit zwangsläufig der Hauptwidersacher der linksradikalen sächsischen Politik. Der Gegensatz zwischen Bayern und Sachsen drohte das Reich aufzulösen. Wenn der verantwortliche Reichskanzler sich mit einer Seite befaßte, so mußte er in jedem Moment die Gegenposition ins Auge fassen und zu einer Gesamtschau der politischen Kräfte zu kommen suchen, um die Wirkung seines Vorgehens berechnen zu können.[1]

Daß man innerhalb der Regierung Bayerns die Vorgänge in Sachsen und die offenen Differenzen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung mit großem Interesse verfolgte, war der Reichsregierung selbstverständlich bewußt. Wie der Vertreter der Reichsregierung in München von Haniel beobachtete, machte die bayerische Regierung die Beurteilung der Innenpolitik der Reichsregierung in erster Linie von der Art der Behandlung des sächsischen Problems abhängig. Den radikalen Rechtskräften war an einer Verschärfung der Gegensätze zwischen dem Reich und Sachsen sehr gelegen. Sie waren genauso wie die Kommuni-

---

[1] Hier ist natürlich nicht der Ort, die Entwicklung der politischen Kräfte aufzuzeigen, die zum Hitler-Putsch am 9. November 1923 führte. (Vgl. dazu die zusammenfassende Darstellung Hans Hubert Hofmanns: Der Hitlerputsch. München 1961) Hier soll nur der Versuch unternommen werden, anhand des benutzten Quellenmaterials zu rekapitulieren, wie Stresemann die Lage einzuschätzen hatte und welche Konsequenzen er für seine Entschlüsse gegen Sachsen zu ziehen hatte.

sten daran interessiert, revolutionäre Situationen heraufbeschwören zu können, um dadurch eine Möglichkeit zum Eingreifen zu gewinnen. Die äußerste Rechte hatte bereits Pläne zur Abriegelung Bayerns mit nachfolgender Offensive gegen Sachsen bereit.[1] Aus Antipathie gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner war man in München "wohlwollend berührt", daß Reichswehrminister Geßler, der Gegenspieler Zeigners, bei Ausrufung des Reichsausnahmezustandes zum Träger der vollziehenden Gewalt ernannt wurde.[2]

Zahlreiche private Berichte von Personen aus dem bayerischen Bürgertum, die Stresemann zugingen, gaben ihm ein Bild davon, wie man dort über seine Politik dachte und was man von ihr erwartete. In den national oder monarchisch-partikularistisch denkenden bürgerlichen Kreisen Bayerns konnte man die Vorstöße Kahrs gegen die Reichsregierung nie mit der Politik Zeigners auf eine Stufe stellen. Man versuchte die fragwürdige Rolle, die Kahr spielte, zu verharmlosen.[3] In Bezug auf die einzuschlagende Politik Sachsens

---

[1] Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München. 11. Sept. 1923. BA R I/2233.

[2] Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München. 28. Sept. 1923. AA Ref. D. Bayern. Bd. 7

[3] So hieß beispielsweise in einem Brief, man solle die "kleinen Vorstöße" gegen die Reichsregierung Herrn v.Kahrs nicht so ansehen, "als ob man die Gegensätze vertiefen... und es zu einem Bruch kommen lassen müßte... Sogar das Aufheben der Ausführungsbestimmungen des Gestzes zum Schutz der Republik sollte man nicht all zu tragisch nehmen, da de facto dieses Gesetz heute Herr Kahr nicht durchzuführen in der Lage wäre. " Brief an Stresemann. 1. Okt. 1923. AA Nachlaß Stresemann Bd. 2

gegenüber aber hatten diese Kreise folgende Vorstellungen: Ein gemeinsames Einschreiten von Süd und Nord in Sachsen und Thüringen hielten sie in diesen kritischen Tagen als das beste "Ferment" für das Reich. Reichskanzler Stresemann sollte nach und nach von der Sozialdemokratie abrücken,[1] denn eine Verschiebung der Zusammensetzung der Reichsregierung nach rechts würde die Verhältnisse in Süddeutschland, speziell in Bayern, sehr verbessern. Die Stimmung in Bayern verlangte nach Meinung eines Briefschreibers diktatorisches Handeln der Reichsregierung.[2] Das gemäßigt gesinnte bayerische Bürgertum erwartete energisches Vorgehen gegen das "rote Sachsen", weil ein längeres Gehenlassen die extrem rechts gerichteten Kreise hätte erstarken lassen. In München war die Erinnerung an die Rätezeit im Jahr 1919 noch ziemlich wach und unterstützte die rechtsradikale Propaganda.[3]

Die Bildung des zweiten Kabinetts Stresemann am 6. Oktober wurde von der bürgerlichen bayerischen Presse mit der Aufforderung begleitet, die Reichsregierung müsse die Probe auf ihre Standhaftigkeit nunmehr Sachsen und Thüringen gegenüber bestehen, " den beiden Ländern, die eine förmliche Allianz gegen Bayern unter sozialistisch-kommunistischer Flagge geschlossen hätten."[4]

Ein äußeres Zeichen der schroffen Gegensätze in der Politik der Länder Sachsen und Bayern war der Abbruch der diplomati-

---

[1] Ebenda

[2] Brief an Stresemann 4. Okt. 1923. AA Nachlaß Stresemann Bd. 2.

[3] Aufzeichnung der Reichskanzlei: Zur Lage und Stimmung in Bayern. Okt. 1923. BA R I/2218.

[4] Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München: Die bayerische Presse zur Kabinettbildung. 8.Okt. 1923. BA R 43 I/2233.

schen Beziehungen am 18. Oktober.[1] Dem Abbruch der Beziehungen war das Entlassungsgesuch des sächsischen Geschäftsträgers in München von Dziembowski vorausgegangen. Er hatte erklärt, "er könne seine Dienste nicht einer Regierung zur Verfügung stellen, an der die Kommunisten beteiligt seien, die den Staatsgedanken und den Reichsgedanken verneinten und bekämpften".[2] Die sächsische Regierung teilte daraufhin der bayerischen mit, sie werde einen Nachfolger ernennen. Der bayerische Ministerpräsident Knilling erwiderte jedoch, er lege keinen Wert darauf, solange diese Regierung in Sachsen bestehe. Er habe den bayerischen Gesandten für Sachsen bereits von dieser Aufgabe entbunden.[3]

Die Gruppierung der politischen Rechtskräfte innerhalb Bayerns ergab in der Berliner Reichskanzlei etwa folgendes Bild: Es mußten drei Bewegungen unterschieden werden, die Nationalsozialistische Partei unter Hitler, die separatistische Bewegung und die nationalen Verbände unter Kahr. Ihnen allen war gemeinsam die Stellung gegen die Revolution von 1918 und deren Folgeerscheinungen, wie sie sich in Sachsen zeigten. Die drei Bewegungen waren allerdings getrennt in ihren Mitteln und Zielen.[4] Im Hinblick darauf mußte es die Aufgabe des Reichskanzlers sein, das Gemeinsame der drei Bewegungen, die Gegnerschaft zum Linksradikalismus in Sachsen, zu beseitigen versuchen, da es in der damaligen Situation praktisch unmöglich war, gegen

---

[1] GK! 64. Bd. S. 197

[2] Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München 9. Okt. 1923. BA R I/2233.

[3] Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München. 18. Okt. 1923. AA Ref. D. Bayern. Bd. 8

[4] Bericht: Zur Lage in Bayern. 25. Okt. 1923. Nachlaß Stresemann Bd. 3

die bayerischen Bewegungen selbst vorzugehen.

5. Der Einmarsch der Reichswehr in sächsische Städte und seine Wirkung

Der Einmarsch der Reichswehrtruppen in sächsische Städte am 21. und 22. Oktober scheint eher auf eine Initiative Geßlers als auf eine Anordnung des noch immer abwartenden und abwägenden Reichskanzlers zurückzuführen zu sein. Dieser Tatsache ist nicht allzu viel Bedeutung zuzumessen, da die Hauptaktion gegen Sachsen erst in der Absetzung der sächsischen Regierung bestand, für die Stresemann selbst verantwortlich war. Geßler überschritt auf keinen Fall seine Kompetenzen,wenn er Truppen in die erregten sächsischen Industriestädte schickte. Schließlich war er auf Grund des Ausnahmezustandes über das ganze Reich dazu ermächtigt.

Kurz vor dem geplanten Einmarsch der Truppen war Geßler noch in Dresden gewesen. Er hatte mit General Müller die Einzelheiten des Vorgehens besprochen. Das Besetzen von Dienstgebäuden, das eventuell notwendig sein sollte, wurde einer Elidetruppe übertragen, um jede Racheaktion des Militärs auszuschließen.[1]

Am 21. Oktober teilte General Müller dem sächsischen Ministerpräsidenten mit, er sei vom Reichspräsidenten damit beauftragt, die Ordnung aufrecht zu erhalten, und forderte die Einstellung der verfassungswidrigen Bestrebungen der sächsischen Minister. Am gleichen und nächsten Tag rückten

---

[1] Geßler a.a.O., S. 270

Truppen der Reichswehr in Leipzig, Dresden, Meißen, Pirna und Freiberg ein. In Pirna und Meißen wurde während des Einmarsches auf die Truppen geschossen. Am 27.Oktober kam es in der Industriestadt Freiberg zu einem kommunistischen Angriff auf die Truppen. 23 Personen fanden dabei den Tod.[1]

Wie deutlich zu bemerken war, wirkte das Einrücken von Reichswehrtruppen in sächsische Städte auf den labilen, leicht beeinflußbaren Ministerpräsidenten Dr.Zeigner zunächst mäßigend. Obwohl er gegen diese Maßnahme der Reichsgewalt scharf protestierte, richtete er doch am 23. Oktober im Landtag im Namen der sächsischen Regierung an die Bevölkerung Sachsens die Mahnung, das "Leiden des Landes" nicht durch Unbesonnenheiten zu vermehren. Sachsen möge im Gefühl seines Rechts selbst für Ordnung sorgen, um der Reichswehr keinen Anlaß zu weiterem Einschreiten zu geben, oder, wie die Reichswehr sich ausdrücke, "verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse herzustellen."[2]

Den Kommunisten kam eine solche Erklärung nicht gelegen, im Gegenteil. War es doch das erste mal, seit Zeigner Ministerpräsident war, daß er sich der KPD angesichts der stark auftretenden Reichsgewalt und der sich immer mehr bemerkbar machenden Opposition innerhalb der Landtagsfraktion der VSPD nicht willfährig zeigte. Die kommunistische Fraktion fragte deshalb unmittelbar nach der Aufforderung Zeigners zu Aufrechterhaltung vom Ruhe und Ordnung, ob nicht im Hinblick auf das Verhalten der Reichswehr in Sachsen und Bayern die sächsische Bevölkerung alle Veranlassung habe, diese Mahnung der sächsischen Regierung zu überprüfen

---

[1] GK 64. Bd. S. 206. Horkenbach, Cuno: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1931. S. 179

[2] Verhandl. d. Sächs.Landt. 1923. 2. Bd. S. 1761.

und zu erwägen, ob jetzt nicht doch der Zeitpunkt gekommen sei, "wo die Arbeiterschaft, die zur Alarmbereitschaft aufgefordert worden ist," sich zu mobilisieren und zur Wehr setzen solle gegen die Verfassung, die jetzt in Sachsen durchgeführt werde.[1] Öffentlich erklärten derLandesvorstand und die Landtagsfraktion der KPD in einem Aufruf:

> "Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General. Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden.
>
> Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Faschismus und Aushungerung zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren,"[2]

6. Das Ultimatum Stresemanns und die Ernennung Dr.Heinzes zum Reichskommissar

Das lange Zögern des Reichskanzlers, unmittelbar gegen die sächsische Regierung vorzugehen, ließ erkennen, daß bis zum Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung an 10.Oktober und bis zum offenen Umsturzaufruf der sächsischen kommunistischen Minister noch starke staatsrechtliche Bedenken vorlagen, die Reichsexekution gegen Sachsen anzuwenden. Auch politisch erschien ein Eingreifen

---

[1] Abg. Lieberasch(KPD) am 25.Okt.1923. Ebenda.S. 1834

[2] Sozialdemokratische Pressekorrespondenz für die Jahre 1923 bis 1928. Ergänzungsband, Berlin 1930.S. 86

noch nicht gerechtfertigt. Die nie abbrechenden Angriffe Dr.Zeigners auf die Reichswehrführung und Reichsregierung hatten noch keine feste Handhabe für die Reichsexekution geboten. Zeigner war immer noch so zurückhaltend gewesen, im Gegensatz zu Böttcher nur die Politik der Reichsregierung und die Zusammensetzung sowie die politischen Verbindungen der Reichswehr anzugreifen. Er wurde zwar in ganz Deutschland als Vorkämpfer des linken Lagers in einer führenden politischen Position angesehen, doch wenn er zur Änderung der politischen Verhältnisse aufrief, so ging er nie soweit wie die Kommunisten, daß er zum gewaltsamen Umsturz aufhetzte. Das Auftreten der kommunistischen Minister seit 10.Oktober erleichterte das Vorgehen des Reichskanzlers. Jetzt hatte er Argumente, die ihm früher gefehlt hatten, obwohl die Belastung des Reiches durch die sächsische Politik im September und Anfang Oktober schon stark genug war.

Auf Vorschlag der sozialdemokratischen Reichsminister forderte Reichskanzler Stresemann zunächst am 27. Oktober den sächsischen Ministerpräsidenten zum Rücktritt bis zum 28.Oktober auf. Stresemann konnte in dem Ultimatum, das die Rücktrittsforderung enthielt, auf Grund des Aufrufs der kommunistischen Minister erklären, daß die sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkannt werde.[1]

Zeigner antwortete am 28.Oktober und lehnte es ab zurückzutreten. Ein politischer Anlaß für die Forderung der Reichsregierung läge nicht vor, und rechtlich sei das Ver-

---

[1] Aufzeichnung der Reichskanzlei vom 27.Okt.1923 und Ultimatum an Ministerpräsidenten Dr.Zeigner. 27.Okt.1923. BA R 43 I/2309

langen der Reichsregierung unzulässig. Nach Ansicht der sächsischen Regierung sei nur der Landtag legitimiert, die Regierung abzuberufen. Die sächsische Regierung wolle umgehend im Landtag die Vertrauensfrage stellen.[1]

Die Reichsregierung hatte schon am 27.Oktober damit gerechnet, daß die sächsische Regierung die Rücktrittsforderung ablehnen werde. Reichswehrminister Geßler war es wieder, der darauf drang, daß sobald wie möglich eingegriffen werden sollte. Er hob hervor, er halte die Lage der Reichswehr in Sachsen für sehr ungünstig, wenn nicht eingegriffen würde. Der Zwischenfall in Freiberg, der 27 Tote gefordert hatte, konnte ihm als warnendes Beispiel dienen. Geßler schlug den früheren Chef der sächsischen Staatskanzlei Ministrialrat Schulze zum Reichskommissar für Sachsen vor. Ihm sollte die Regierungsgewalt bis zur Bildung einer neuen Regierung ohne Kommunisten übertragen werden. Von einem parteilosen Beamten ließ sich nach Ansicht Geßlers ein unparteiisches Vorgehen erhoffen. Die sozialdemokratischen Reichsminister erhoben gegen diesen Vorschlag Einspruch. Vizekanzler Schmidt (VSPD) wies darauf hin, daß die sächsische Regierung verfassungsmäßig gebildet worden sei und sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Ein Vorgehen, wie es von Geßler vorgeschlagen wurde, hielten die Sozialdemokraten für untragbar. Stresemann stimmte Geßler zu. Beide konnten eine Regierung mit kommunistischen Ministern nicht anerkennen.[2]

Für den Kanzler war jetzt der Zeitpunkt gekommen, die

---

[1] Ministerpräsident Dr.Zeigner an den Reichskanzler.28. Okt. 1923. BA R 43 I/2309

[2] Stresemann: Vermächtnis I. S. 184 f.

Stellung der Reichsgewalt auch Bayern gegenüber zu verstärken, um einen offenen Ausbruch der Gegensätze zwischen dem rechtsgerichteten Bayern und dem linken Sachsen zu vermeiden. Die Folge wäre der Bürgerkrieg gewesen. Da sich die Reichsgewalt zur Zeit Sachsen gegenüber eher gewachsen fühlte, mußte erst dieser Unruheherd ausgeschaltet werden.

Der Vorstand der VSPD und die sozialdemokratischen Reichsminister waren dafür eingetreten, daß sich die Reichsregierung zunächst auf das Ultimatum an die sächsische Regierung beschränken sollte. Die einflußreichen Sozialdemokraten Dittmann, Hilferding, Radbruch und Gradnauer reisten sofort nach Dresden, um zusammen mit der einsichtsvollen Mehrheit des sächsischen Landesarbeitsausschusses der VSPD den Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung zu erwirken. Zeigner erklärte sich zweimal bereit, diesen Vorschlag anzunehmen, blieb aber nicht bei diesem Entschluß, weil die übrigen Mitglieder des Kabinetts und einige Mitglieder der sächsischen Parteileitung dieses Verlangen ablehnten.[1] Es war für die radikalen Kräfte in der VSPD Sachsens wiederum leicht, Einfluß auf Zeigner auszuüben. Das waren die Leute, denen es in der gespannten Situation immer wieder auf die "revolutionäre Geste" ankam.[2]

Am 29 Oktober ermächtigte Reichspräsident Ebert auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung den Reichskanzler, Mitglieder der sächsischen Behörden ihrer Stellung zu entheben, und andere Personen für die Dienstgeschäfte zu ernennen, um wieder verfassungsmäßige Zustände herzu-

---

[1] Radbruch, Gustav: Der innere Weg. Stuttgart 1951. S. 171
Lipinski a.a.O. S. 71

[2] Der VSPD-Abg. Bethke auf dem Sozialdemokratischen Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll. Berlin 1925. S. 123

stellen.[1] Am gleichen Tag ernannte Stresemann den früheren sächsischen Ministerpräsidenten und Reichsminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen. Dr.Heinze war Reichstagsabgeordneter der DVP. Stresemann entschied sich deshalb für Heinze, weil er in Dresden wohnte und mit den sächsischen Verhältnissen besonders gut vertraut war. Der Verordnung des Reichspräsidenten entsprechend erhielt Dr. Heinze von Stresemann die Aufgabe, so schnell wie möglich die Bildung einer neuen Regierung ohne Kommunisten und ohne Ministerpräsident Zeigner herbeizuführen.[2] Dr. Heinze richtete noch am 29. Oktober ein Schreiben an die sächsische Regierung, in dem er seine Ernennung zum Reichskommissar bekanntgab und die Minister ihrer Ämter enthob.[3] Gleichzeitig bildete Heinze ein Reichskommissariat aus hohen sächsischen Ministerialbeamten.[4] Da es nur zwei Tage im Amt war, brauchte es nicht in Aktion zu treten.

Der sozialdemokratische Parteivorstand in Berlin war durch das von Stresemann veranlaßte Vorgehen Heinzes in eine äußerst peinliche Situation geraten: Die Reichsregierung, an deren Bildung die VSPD beteiligt war, setzte die sächsische Regierung, die aus sozialdemokratischen Ministern - die beiden Kommunisten ausgenommen - bestand, ab, während gegen Bayern, das mindestens ebenso gefährlich

---

[1] Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Okt. 1923. Anlage III

[2] Stresemann: Vermächtnis I. S. 190 f.

[3] Der Reichskommissar für Sachsen Dr.Heinze an die sächsische Regierung. 29.Okt. 1923 BA R 43 I/2309

[4] Reichelt,Erich: Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1.November 1920. Leipzig 1928. S. 74 f.

für das Reich war, nichts unternommen wurde. Der Sozialdemokrat Müller beklagte sich bitter auf der Parteiführerbesprechung am 29.Oktober bei Stresemann, daß gegen Bayern nichts, gegen Sachsen aber die schärfsten Maßnahmen durchgeführt worden seien. Die Republik fühle sich verlassen. Die Sozialdemokraten waren auch deshalb ungehalten, weil Stresemann gerade Dr.Heinze zum Reichskommissar ernannt hatte, den letzten Ministerpräsidenten Sachsens vor der Revolution von 1918. Daß nach der Ernennung Heinzes noch etwas durch Verhandlungen erreicht werden könnte, glaubten die führenden Sozialdemokraten nicht.
Der Kanzler mußte auf der Parteiführerbesprechung seine Konzeption erläutern. Stresemann sagte, daß für Bayern der Stein des Anstoßes Sachsen hieße und zuerst weggeräumt werden müßte. Man dürfe es auf keinen Fall zu einem Rechtsputsch kommen lassen. In Bayern könne erst dann eine Entspannung eintreten, wenn in Sachsen Ruhe und Ordnung hergestellt sei. Stresemann sah die Bereinigung der Verhältnisse in Sachsen als Voraussetzung des Sieges der Reichsregierung über Bayern an.[1]

7. Stresemanns Urteil über die Reichswehr

Noch eine andere Gefahr bereitete Stresemann Sorge. Solange Kommunisten in der sächsischen Regierung saßen, fürchtete er, daß die Reichswehr außerhalb Bayerns zu Bayern übergehen könnte.[2] Das war ein Eingeständnis da-

---

[1] Protokoll der Parteiführerbesprechung am 29.Okt. 1923 vormittags 11 Uhr. BA R 43 I/ 2309

[2] Ebenda

für, daß er nicht unbedingt sicher war, ob die gesamte Reichswehr hinter der Republik stand. Er sah in der Reichswehr einen Unsicherheitsfaktor. Im Gegensatz zu Geßler zeigte er sich skeptisch besonders in der psychologischen Beurteilung der Reichswehr.[1] In der engen Verbindung zwischen rechtsgerichteten Organisationen und der Reichswehr lag für Stresemann ein Faktum, das große Vorsicht gebot. Ein Brief an den deutschen Kronprinzen vom August 1923 zeigt, wie Stresemann die tiefe Kluft zwischen links und rechts in Deutschland sowie die Stellung der Reichswehr beurteilte:

> "Den Kommunisten wäre ein rechtsradikaler Putsch etwas sehr Genehmes. Die Rechtsradikalen wiederum warten darauf, daß irgendwo in Mitteldeutschland die Kommunisten sich erheben, damit sie einen Grund haben sich dagegen zu wenden. Beide Teile sind gut gerüstet. Die Kommunisten sind zwar in Berlin schwach, aber in Mitteldeutschland die Herrschenden... Die Reichswehr soll zum Teil mit den Rechtsradikalen gehen wollen, Geßlers Auffassung über die unbedingte Zuverlässigkeit der Reichswehr gegenüber dem heutigen Staat erscheint mir als ein unberechtigter Optimismus, angesichts der Stimmung der Reichswehroffiziere und ihrer Mannschaft....

---

[1] Vgl. Wheeler-Bennet: Die Nemesis der Macht. Düsseldorf 1957. S. 127. Dagegen Gorden, Harald: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926. Frankfurt 1959. S. 253 ff. Gordon beschreibt die Reichswehr im Jahre 1923 im Ganzen als zuverlässig.

Das Ganze ist der unerfreulichste Zustand, den man sich nur denken kann."[1]

Seine Ansicht über die politische Überzeugeung der Mehrzahl der Reichswehroffiziere und - soldaten fand Stresemann von anderer Seite bestätigt. Der äußerst kritisch beobachtende Kulturphilosoph Oswald Spengler, der Stresemann mehrfach seine politischen Ansichten mitgeteilt hat, schrieb am 20. Oktober 1923 an den Kanzler, er habe in den Städten Mitteldeutschlands unter den Soldaten Auffassungen gefunden, "die einen möglichen Konflikt zwischen einer halbsozialistischen Regierung und der nationalen Bewegung im Sinne der Letzteren gelöst wissen wollen." Auf die Stimmung der bayerischen Reichswehr sei nur mangelnd Rücksicht genommen worden, so daß sie ein selbständiger Körper geworden sei. Dies könne auch im Norden Deutschlands so werden. Spengler wies darauf hin, man dürfe nicht vergessen, "daß Freiwillige anders denken als Ausgehobene, zumal mitten in einer Revolution, und daß die politische Überzeugung in sehr vielen Fällen der Grund ihres Eintritts war."[2]

In der Situation dieser Wochen mußte dem Unsicherheitsfaktor, den die Reichswehr bildete, Rechnung getragen werden, ohne Rücksicht auf Mißverständnisse und Mißdeutungen. Die Reichswehr war das einzige Machtmittel, mit dessen Hilfe die Regierung das Reich zusammenhalten konnte. So durfte Stresemann nicht zögern, der Reichswehr

---

[1] Entwurf eines Briefes an Kaiserliche Hoheit. Aug. 1923. AA Nachlaß Stresemann. Bd 262

[2] Dr. Oswald Spengler an Stresemann. 20. Okt. 1923. AA Nachlaß Stresemann Bd. 3

einen Angriffspunkt zu nehmen,um sie in Händen behalten zu können.

8. Die Absetzung Zeigners und die Bildung einer neuen Regierung

Das umzubildende sächsische Kabinett durfte unter keinen Umständen wieder unter dem Vorsitz Dr.Zeigners stehen. Da der sächsische Landtag für den 30.Oktober einberufen worden war, mußte es nach Ansicht Stresemanns die Aufgabe des Reichskommissars Dr.Heinze sein, noch vor Zusammentritt des Landtages eine neue Regierung zu bilden.[1] Das gelang bis zum 30.Oktober noch nicht. Der Offizier, der am 29. Oktober 12.30 Uhr den sächsischen Ministern das oben genannte Schreiben Dr.Heinzes mit der Rücktrittsforderung überreichte, hatte auch den Auftrag, Dr.Zeigner das Ersuchen des Reichskommissars zu übermitteln, bis 14 Uhr ihre Geschäftszimmer für die Amtsnachfolger zu räumen. Dr. Zeigner sagte zu, es allen Ministern bekanntzugeben. Nachmittags gegen 14.15 Uhr entsandte das beauftragte Bataillon die eingeteilten Wachen in das Ministergebäude. Alle Minister bis auf den Kommunisten Heckert waren noch anwesend. Als Dr. Zeigner ersucht wurde, das Gebäude zu verlassen, kam er der Aufforderung nach. Er erklärte, daß er schon seit einer halben Stunde den Nachfolger erwartet habe. Dieser war allerdings noch nicht ernannt. Innenminister Liebmann betonte beim Verlassen des Dienstgebäudes, daß die Reichs-

---

[1] Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts vom 29. Okt. 1923 mittags 1 Uhr. BA R 43 I/2309

wehr einen Verfassungsbruch begehe, jedoch auf Befehl der Vorgesetzten so handeln müsse. Der Kommunist Böttcher erklärte, er müsse Protest erheben, er weich aber der Gewalt. Im Reichswehrministerium war man davon überzeugt, daß bei diesen Vorgängen von Seiten der beauftragten Offiziere die nötige Form bewahrt worden sei.[1] Die sozialdemokratischen Reichsminister glaubten dagegen, daß die Reichswehr in kritischer Weise provoziert habe. Anstoß erregte zum Beispiel das Marschieren der Reichswehr zum Dresdener Ministerialgebäude mit Musik. Im Reichswehrministerium rechtfertigte man diese Marschmusik als massenpsychologisches Mittel,eine größere Erregung zu vermeiden, die wiederum zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung hätte führen können. In der Sitzung der Reichsregierung am Abend des 29. Oktobers, auf der diese Dinge besprochen wurden, erklärte Innenminister Sollmann, daß die sozialdemokratischen Reichsminister nach diesen Ereignissen keine andere Möglichkeit hätten, als aus der Regierung auszuscheiden. Der Kanzler warnte sie vor übereilten Schritten.[2]

Innerhalb der Parteileitung der DVP in Berlin hielt man bereits am 30. Oktober die Bildung einer Regierung der Großen Koalition in Sachsen für notwendig, da man meinte, daß die Bildung eines rein sozialistischen Kabinetts eine Unterstreichung der Position Kahrs in Bayern bedeuten würde. Man sprach über diese Frage mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Landsberg und schlug Dr. Heinze

---

[1] Telephonischer Bericht des Reichswehrministeriums an die Reichskanzlei. 29. Okt. 1923 . 10.30 Uhr abends. BA R 43 I/ 2309

[2] Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts vom 29.Oktober 1923 21 Uhr. BA R 43 I/2309

zum Ministerpräsidenten vor. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch für die Sozialdemokraten in Sachsen ein Zusammengehen mit der DVP und insbesondere mit Dr. Heinze untragbar.[1]

Dr. Heinze arbeitete am 30. Oktober innerhalb der sächsischen Landtagsfraktion der DVP auf die Bildung der Großen Koalition hin, zumindest auf eine Schwächung der Position der VSPD. Heinze wollte offenbar weitergehen als Stresemann, dem es lediglich darauf ankam, so schnell wie möglich vom Landtag eine neue Regierung ohne Zeigner und Kommunisten bilden zu lassen. Heinze sagte einige Tage nach der Reichsexekution in einer Sitzung der Reichstagsfraktion der DVP, er habe den Eindruck, "daß die Aktion in Sachsen schief gegangen"sei, weil die Reichsleitung der DVP unter scharfem Druck der "Demokratie" gestanden habe. Stresemann warf er unberechtigterweise vor, keinen Kontakt mit der Fraktion der DVP im sächsischen Landtag gesucht zu haben. Stresemann sei ihm, Heinze, in den Rücken gefallen, indem er am 29. Oktober verlangt habe, es müsse auf demokratische Weise eine neue Regierung gebildet werden.[2] Es kam zu harten Auseinandersetzungen innerhalb der Reichstagsfraktion der DVP, und es wurden Zweifel an der Loyalität Heinzes laut. Heinze seinerseits glaubte seine Vorwürfe immer wieder wiederholen zu müssen.[3]

Innerhalb der Landtagsfraktion der VSPD, die ebenso wie

---

[1] Aufzeichnung über eine Unterredung mit Dr. Landsberg. AA Nachlaß Stresemann Bd. 263

[2] Protokoll der Fraktionssitzung der DVP im Reichstag. 6. Nov. 1923. AA Nachlaß Stresemann Bd, 87

[3] Protokoll der Fraktionssitzung der DVP im Reichstag. 9. Nov. 1923. AA Nachlaß Stresemann. Bd. 87

die der DVP am 30. Oktober tagte, setzte sich eine Abordnung des sozialdemokratischen Parteivorstandes unter Otto Wels, die aus Berlin gekommen war, dafür ein, möglichst schnell eine Regierung mit Hilfe der DVP zustande zu bringen. Wels berichtete auf dem Parteitag 1924 darüber:

> "Gegen den Willen der Mehrheit der Organisation in Sachsen, durch starken Druck auf die Landtagsfraktion traten wir im Parteivorstand für die Bildung einer Regierung im Zusammengehen mit den Demokraten in irgendeiner Form ein, um Heinze durch dieses Mittel aus Sachsen hinauszubringen. Trotz aller Schmähungen zähle ich diese Arbeit zu den wertvollsten und für die Partei wichtigsten und bin stolz darauf, sie mit geteilt zu haben, und stolz auf unseren Erfolg. Vierundzwanzig Stunden Arbeit hatten genügt um Heinze zu entfernen."[1]

Am 30. Oktober trat die Regierung Dr. Zeigner offiziell zurück. Nachdem das Eingreifen des Parteivorstandes wirksam geworden war, erklärte der Vorsitzende der VSPD-Fraktion im Landtag Wirth, es sei notwendig, einen neuen Kurs in der sächsischen Politik der Sozialdemokraten einzuschlagen. Es sei nicht zu verantworten, durch einen radikalen Kurs ein Blutbad herbeizuführen.[2]

Die Kommunisten sprachen nach dem erzwungenen Rücktritt Dr.Zeigners vom Verrat der Sozialdemokraten an der Ar-

---

[1] Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll. Berlin 1924. S. 73

[2] Verhandl. D. Sächs. Landt. 1923 2.Bd. S. 1847

beiterschaft. Zeigner sei unwürdig von seinem Platz geschieden, er habe "kampflos kapituliert vor der Diktatur, vor den Berliner Parteischiebern."[1]

Noch am 31. Oktober gelang es, den früheren sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Fellisch zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Die Demokraten hatten sich bereit erklärt, ein rein sozialistisches Kabinett zu unterstützen, da die Widerstände gegen eine Große Koalition noch zu stark waren. Von 64 anwesenden Landtagsabgeordneten stimmten die 46 Vertreter der VSPD und DDP für Fellisch. Die Fraktion der DVP stimmte für ihren Vorsitzenden Dr. Kaiser. Die Kommunisten und Deutschnationalen blieben demonstrativ der Wahl fern.[2]

Nachdem Fellisch der Reichsregierung seine Wahl mitgeteilt hatte,[3] konnte am 1. November die Verordnung des Reichspräsidenten, Sachsen betreffend, wieder aufgehoben werden.[4] Die Reichsexekution gegen Sachsen war damit abgeschlossen.

9. Der mißglückte Proteststreik

Auf dem Chemnitzer Betriebsrätekongreß hatten die Kommunisten gefordert, daß im Falle des Vorgehens der Reichswehr gegen die "Arbeiterregierung" in Sachsen der Generalstreik ausgerufen werden sollte. Als die Reichswehr in sächsische Städte einrückte, kam es in Sachsen nicht zum Streik, weil sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftler der kommunistischen Forderung wiedersetzten. Wie sah es

---

[1] Ebenda. 31. Okt. 1923 S. 1846

[2] Ebenda. S. 1848

[3] Notiz der Reichskanzlei vom 31.Okt.1923 BA R 43 I/2309

[4] Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, Sachsen betreffend. 1.Nov. 1923 BA R 43 I/2309

aber nun nach dem Vorgehen Heinzes gegen die "Arbeiterregierung" aus?

Am 29. Oktober hatte die Regierung Zeigner an die Bevölkerung Sachsens einen Aufruf gerichtet, in dem das Vorgehen des Reichskommissars Heinze als "Staatsstreich" bezeichnet und sowohl dem Reichspräsidenten als auch der Reichsregierung das Recht, "eine verfassungsmäßige Landesregierung in der Ausübung ihres Amtes zu behindern", abgesprochen wurde.[1]

Geschickt gingen die Spitzen der KPD und der linken Sozialdemokratie vor, als es ihnen gelang, im Anschluß an diesen Aufruf zu einem dreitägigen Proteststreik aufzufordern.[2] Die Aufforderung blieb ohne Erfolg. Die KPD hatte sich getäuscht, wenn sie geglaubt hatte, die sächsische Arbeiterbevölkerung sei revolutionär eingestellt gewesen. Nicht einmal 10% der Arbeiter des "roten Sachsens" befanden sich auf der Straße. Nach Ansicht eines sächsischen Sozialdemokraten war noch nie ein Streik so "erbarmungswürdig zusammengebrochen" wie dieser.[3]

Die KPD zog sich lautlos zurück, nachdem der Parteivorsitzende Brandler schon einige Tage vorher seine Stellung aufgegeben und das Weite gesucht hatte. Die Kommunisten hatten nicht genug Zeit bekommen, durch ihre Regierungsposition in Sachsen eine Basis für die deutsche kommunistische Revolution zu schaffen. General Müller und Reichskanzler Stresemann hatten ihnen die Macht entzogen. Brandler und mit ihm der rechte Flügel der KPD waren klug

---

[1] Anlage IV

[2] Anlage V

[3] Bethke auf dem Parteitag in Heidelberg a.a.O.S. 123

genug,das sächsische Unternehmen ohne Kämpfe abzublasen.

10. Exkurs: Die staatsrechtliche Seite der Reichsexekution gegen Sachsen

Wie Vorgeschichte und Geschichte der Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923 gezeigt haben, handelt es sich beim Vorgehen der Reichsgewalt gegen Sachsen um eine Maßnahme des Reiches gegenüber einem Teilstaat, durch die das Interesse des Reiches wahrgenommen wurde. Das Recht der Reichsexekution entspringt dem föderalistischen Staatsgedanken. Es ist ein Ausnahmerecht, das bestimmte bundesstaatliche Rechte voraussetzt und sie in der Ausnahmesituation ausschaltet. Die Überordnung des Gesamtstaates über seine Glieder kommt zum Ausdruck.[1]

Ein dauerndes ernsthaftes Problem zwischen Sachsen und dem Reich hat es vor und nach 1923 nie gegeben, so wie es ein Problem Bayern - Reich gegeben hat. Sachsen hatte dazu nicht die nötige Machtstellung innerhalb des Deutschen Reiches. Es beanspruchte seit 1871 nie die Stellung, wie es das größere Bayern getan hat. Obwohl es sich im Jahre 1923 um einen Konflikt zwischen Sachsen und dem Reich handelte, darf man ihn nicht allein aus dem Gegensatz von Unitarismus und Föderalismus betrachten.[2] Die Ereignisse haben gezeigt, daß es sich um parteipolitische Gegensätze

---

[1] Apelt,Willibalt: Geschichte der Weimarer Verfassung. München 1946. S. 163 ff.

[2] Reichelt a.a.O. S. 76. Poetzsch,Fritz: Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung (vom 1.Januar 1920 bis 31. Dezember 1924). In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Bd XIII. 1925. S. 69

handelte, die sich auf das Verhältnis der Regierungen übertragen hatten. Die bundesstaatliche Ordnung des Deutschen Reiches war von der auf den Umsturz hinarbeitenden KPD, hinter der die Komintern stand, ausgenutzt worden.

Der Terminus "Reichsexekution" stammt aus dem Mittelalter. Man nannte im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation die Machtentfaltung des Kaisers "Reichsexekution", die ihm zur Verfügnug stand, um von den Reichsgliedern die Pflichterfüllung zu erzwingen.[1] Seit Gründung des Norddeutschen Bundes kam in dem Recht der Reichsexekution die Aufgabe der Reichsaufsicht zum Ausdruck, "darüber zu wachen, daß die Länder die Pflichten erfüllen, die ihnen dem Reiche gegenüber obliegen". Die Reichsexekution bedeutete den Erfüllungszwang.[2] Die norddeutsche Bundesverfassung bestimmte in Artikel 19: "Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, so können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden."[3] Ebenso war es in der Reichsverfassung von 1871 geregelt. Die Exekution mußte vom Bundesrat beschlossen werden und war vom Kaiser zu vollziehen.[4] Im Recht der Reichsexekution war der Reichspräsident der Weimarer Republik der Kompetenzerbe des Kaisers. Der Reichspräsident als Träger des allgemeinen Ausnahmerechts und Oberbefehlshaber der Wehrmacht wurde zwangs-

---

[1] Nawiasky, Hans: Grundprobleme der Reichsverfassung. I. Teil München 1928. S. 66

[2] Anschütz, Gerhard: Die Reichsexekution. In: Handbuch des Deutschen Staatsrechts. I. Bd. Tübingen 1930 S. 377.

[3] Ebenda. S. 377

[4] Ebenda. S. 378

läufig zum Träger des speziellen Ausnahmerechts, wie es das Recht der Reichsexekution darstellte. So war in der Weimarer Verfassung dieses Recht ein Teil des vieldiskutierten Artikels 48.[1] Notverordnung und Reichsexekution waren in einem Artikel gekoppelt, in Absatz 1 und 2 des Artikels 48:

> "1. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.
> 2. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124, und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen."[2]

Hugo Preuß, der maßgebend an der Schöpfung der Weimarer Verfassung beteiligt gewesen war, sprach sich kritisch darüber aus, daß beide Befugnisse von der Nationalversammlung in einem Artikel niedergelegt worden waren. Preuß berichtete, der Entwurf des Verfassungsausschusses habe ursprünglich diese beiden Befugnisse in einem Artikel niedergelegt. Erst in der dritten Lesung im Plenum der Nationalversammlung seien sie zusammengezogen

---

[1] Fromme, Friedrich Karl: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Tübingen 1960. S. 140 f.

[2] Nach Anschütz, Gerhard. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein Kommentar. Berlin 1926. S. 165 f.

worden. Sie seien aber trotzdem wesentlich verschieden:

> "Die Reichsexekution nach Abs. 1 richtet sich nur gegen ein Land als solches und setzt voraus, daß das Land, 'die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt'. Die außerordentlichen Maßregeln nach Abs. 2 kann der Reichspräsident gegen jewede erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu deren Wiederherstellung verfügen."[1]

Preuß kritisierte das Vorgehen gegen Sachsen im Jahre 1923, weil er die rechtliche Klarheit des Vorgangs vermißte.[2] In der Tat hatte Reichspräsident Ebert am 29.Oktober den Reichskanzler auf Grund des Absatzes 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung zu den nötigen Maßnahmen ermächtigt.[3] Dagegen stützte sich Reichskommissar Dr. Heinze bei seinem Vorgehen auf Absatz 1, also:Reichsexekution. Auf Grund des Absatzes 2 hätte er nie die sächsische Regierung absetzen können, denn nur Absatz 1 ermächtigte zum Einschreiten gegen ein Land. Dr.Heinze war aber am 29. Oktober von Stresemann telephonisch mit dem Auftrage, die sächsische Regierung abzusetzen und die Bildung einer neuen zu erwirken, zum Reichskommissar ernannt worden. Dr. Heinze mußte auf Grund der Instruktionen angenommen haben, daß sich das Vorgehen auf den Absatz 1 stützen sollte.

---

[1] Preuß,Hugo: Um die Reichsverfassung von Weimar. Berlin 1924. S. 38

[2] Ebenda. S. 39

[3] Siehe Anlage III

Das Versehen, das in der Ungenauigkeit des Rechtstitels bestand, ist deshalb bei Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Stresemann zu suchen. Auf diesen Fehler spielten die Kritiker der Reichsexekution gegen Sachsen aber überhaupt nicht an, weil sie ihn offenbar gar nicht bemerkt hatten. Dagegen hegten sie grundsätzlich Zweifel, ob der eingesetzte Reichskommissar überhaupt verfassungsmäßig berechtigt war, eine Landesregierung abzusetzen. Der Staatsrechtler Gerhard Anschütz schrieb in seinem Kommentar der Weimarer Verfassung:

> "Den ausdrücklich statuierten Pflichten der Länder stehen diejenigen gleich, die sich, wenn nicht aus dem Wortlaut, so doch aus dem Sinn der Reichsverfassung und des Reichsgedankens herleiten lassen: so die Treupflicht, die es den Ländern verbietet, die auswärtige Politik des Reichs in verräterischer oder auch nur objektiv schädlicher Weise zu durchkreuzen oder erklärte Feinde des Reichs und seiner Verfassung in die Landesregierung aufzunehmen."[1]

Wem das einleuchtete, der konnte auch die Berechtigung der Reichsexekution nicht anzweifeln. Denn daß die Kommunisten in der sächsischen Regierung mit Worten und Taten dem Geist der Verfassung spotteten, haben die Ereignisse gezeigt.

Viel Kritik wäre Stresemann und Heinze erspart geblieben, hätte der Artikel 48 eine Ausführungsbestimmung gehabt. Der Absatz 5 des Artikels lautet: "Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz".[2] Das Fehlen dieses Gesetzes wurde von zahlreichen Juristen bemängelt. Der Juristen-

---

[1] Anschütz: Kommentar. S. 168

[2] Ebenda. S. 166

tag 1924 befaßte sich damit und bezeichnete den baldigen Erlaß des Ausführungsgesetzes als dringend notwendig.[1] Es kam aber nie dazu, solange die Weimarer Republik bestand.

Da es kein entsprechendes Gesetz gab, mußte beim Vorgehen in Sachsen bis zu einem gewissen Grade improvisiert werden, aber auch die Kritik an den Handlungen Dr.Heinzes entbehrte jeder rechtlichen Grundlage. Für Staatsmänner mit lauteren Absichten wie Stresemann und Ebert, der die Politik Stresemanns gegenüber Sachsen voll und ganz unterstützte, lag im Fehlen der Ausführungsbestimmung zweifellos eine Chance für schnelles Handeln. Diese Chance wurde 1923 genutzt.

---

[1] Verhandl. Der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer... In: Veröffentl. der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer. Heft 1. 1924. S. 137

KAPITEL V
DIE AUSWIRKUNGEN DER REICHSEXEKUTION GEGEN SACHSEN

1. Das Ende der Großen Koalition im Reich

Das Vorgehen des Reichskommissars Dr.Heinze am 29. und 30. Oktober wurde in Berlin schnell allgemein bekannt und rief sofort eine heftige Erregung innerhalb der Sozialdemokratie hervor. Nachdem die sozilaldemokratischen Reichsminister bereits am 29. Oktober gegen die Ernennung Dr. Heinzes protestiert und mit ihrem Rücktritt gedroht hatten, konnte diese Erregung nicht verwundern. Die Reichstagsfraktion der VSPD stellte für das Verbleiben der Minister ihrer Partei in der Regierung der Großen Koalition folgende Bedingungen:

"1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Machthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingestellte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen."[1]

---

[1] Stresemann: Vermächtnis I. S. 191 f.

Stresemann konnte diese Forderungen nicht annehmen. Gegen Bayern vorzugehen, war unmöglich. Ebenso war der Zeitpunkt für die Aufhebung des Reichsausnahmezustandes noch lange nicht gekommen.

Die drei sozialdemokratischen Reichsminister Schmidt, Dr. Radbruch und Sollmann standen so unter dem Druck ihrer Fraktion, daß sie am 2. November zurücktraten.[1] Sie veröffentlichten eine Erklärung, in der sie ihren Rücktritt rechtfertigten. Vom ersten Tag der Regierung Stresemann an seien der Reichskanzler und der Reichsinnenminister mit Telegrammen sächsischer Industrieller überschüttet und von Abordnungen aufgesucht worden, die um Schutz nachgesucht hätten. Die Sozialdemokraten hätten darin eine einseitige Beeinflussung der Reichsregierung gesehen, die zu dem Vorgehen gegen Sachsen geführt habe. Die drei Reichsminister seien zurückgetreten wegen des vorschnellen Vorgehens Dr.Heinzes in Dresden. Gegen Bayern sei dagegen nichts geschehen. Die Länder dürften aber nach gleichem Recht gemessen werden.[2]

Es ist nicht festzustellen, ob am 29. Oktober die sozialdemokratischen Reichsminister vom Reichskanzler darüber informiert worden waren, was er durch Heinze durchzuführen beabsichtigte. Doch hatte Stresemann seit September keinen Zweifel darüber gelassen, daß er für den Ernstfall die Reichsexekution erwäge. Die Drei Minister mußten in erster Linie aus parteipolitischen Rücksichten zurücktreten. Es durfte auf keinen Fall der Eindruck nach außen hin erweckt werden, daß sie vielleicht doch an dem Entschluß beteiligt gewesen sein könnten. Ihr Rücktritt

---

[1] Ebenda. S. 193

[2] Sozialdemokratische Parteikorrespondenz. S. 87

sollte dokumentieren, daß sie für das Vorgehen der Reichsregierung gegen ihre eigenen Parteigenossen nicht verantwortlich zu machen seien. Das Vorgehen gegen Sachsen war aber doch durch den Umstand erleichtert worden, daß eine Große Koalition die Reichsregierung bildete.[1] Indem sich der Parteivorstand der VSPD und damit die Reichsminister, die der VSPD angehörten, in den Wochen vor der Reichsexekution von der Politik Zeigners distanziert hatten, bereiteten sie ungewollt den Boden für das Eingreifen der Reichsgewalt mit vor. Die Reichsexekution kam somit nicht unerwartet.

Stresemann erkannte nicht an, daß die Art des Vorgehens in Sachsen ein Motiv für den Rücktritt der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung war. Er hob am 22. November im Reichstag hervor, daß die Entsendung der Reichswehr und die Einsetzung Dr.Heinzes nicht erfolgt wäre, "wenn man nicht in allen Parteien der Meinung gewesen wäre, daß dort eben Verhältnisse waren, die unbedingt Remedur verlangten."[2] Stresemann, der sich von seiner Partei, vor allem von deren einflußreichen rechten Flügel unabhängig hielt, konnte kleinliche parteipolitische Bindungen nicht akzeptieren. Stresemann stellte der Bürgerkriegssituation eine politische Konzeption entgegen. Er mußte gegen Sachsen einschreiten, um einen Unruheherd auszuschalten und die Reichseinheit zu

---

[1] Diese Meinung vertritt auch Thimme,Roland: Stresemann und die DVP 1923-1925. Lübeck 1962. S. 27

[2] Verhandl. d. Reichst. Bd. 361 S. 12290. Diese vorsichtige Formulierung Stresemanns läßt die Vermutung zu, daß er die Instruktionen für Dr.Heinze seinen Ministerkollegen nicht mitgeteilt hatte. Auch die entsprechenden Protokolle geben keinen Hinweis auf eine Information der Reichsminister.

erhalten.

Nachdem am 22. November die Reichstagsfraktion der VSPD einen Mißtrauensantrag gegen das Rumpfkabimett Stresemann gestellt hatte, war die 100 tägige Kanzlerschaft dieses Politikers beendet.[1]

2. Die sächsiscnen Sozialdemokraten auf dem Wege zur Großen Koalition

Die Reichsexekution gegen Sachsen setzte der Ära Zeigner ein Ende. Trotz der nur siebenmonatigen Dauer dieser Ära hat sie der Sozialdemokratie und der Republik erheblichen Schaden zugefügt.[2] Die Gegner der Republik auf der rechten Seite konnten nach dem Sturze Zeigners und angesichts der Folgen seiner Regierungstätigkeit triumphieren. Beutler, der Fraktionsvorsitzende der DNVP im sächsischen Landtag, erklärte mit Recht:

> "Sachsen und Herr Zeigner haben sich mit dieser Regierung vor der ganzen Welt, soweit es möglich war, blamiert. Aber blamiert hat sich nach unserer Überzeugung die gesamte sozialistische Partei; denn wie die Herren Führer der Sozialdemokraten, die lange Jahre im politischen Kampfe gestanden haben, jahrzehntelange, einem Herrn Zeigner, einem Dilettanten vom reinsten Wasser, die politische Führung überlassen konnten, das wird man nie begreifen, und man wird nie begreifen, wie man einem Herrn Böttcher, dessen Reden wir ja nun jahrelang mit Erstaunen im Landtag hören, zum sächsischen Finanzminister machen

---

[1] Ebenda. S. 12294

[2] Müller-Franken auf dem Parteitag 1924. Protokoll S. 86

konnte."[1]

Nachdem sich die Erregung innerhalb der VSPD über die Reichsexekution gelegt hatte, kamen dann mehr und mehr kritische Stimmen zu Wort. Otto Wels zeigte auf dem Parteitag im Jahre 1924 zahlreiche Fehler der sächsischen Parteigenossen auf. Er richtete die Aufmerksamkeit auf Ausführungen Brandlers in Moskau, an denen man sehen konnte, daß es der KPD und damit der Komintern nicht auf die Beteiligung an einer demokratisch gebildeten Regierung angekommen war, wie noch viele Sozialdemokraten in Sachsen glaubten, sondern auf die Beschaffung von Waffen für die Durchführung der bolschewistischen Revolution in Deutschland. Wels sagte auch offen, daß es nicht die Sozialistenfeindschaft bestimmter Berliner Kreise war, die Heinze nach Dresden geführt und das Eingreifen des Vorstandes derVSPD notwendig gemacht hatte, sondern das Vorgehen der kommunistischen Minister.[2] Müller-Franken wies darauf hin, daß aus dem Zusammengehen der sächsischen Sozialdemokraten mit den Kommunisten die bayerische Reaktion Nutzen ziehen konnte. Durch die Entwicklung in Sachsen sei das Bürgertum so zusammengeschweißt worden, wie es sonst nicht hätte geschehen können.[3]

Ernsthaft mußte sich die Sozialdemokratie mit dem Fall Zeigner auseinandersetzen.[4] Viele Sozialdemokraten wunderten sich, daß in diesen krisenhaften Zeiten ein politischer Neuling, der sich erst nach 1918 der Sozialdemokratie angeschlossen hatte, in kurzer Zeit eines der höch-

---

[1] 6.Nov. 1923. Verhandl.d.Sächs.Landt. 1923. 2.Bd. S. 1857

[2] Wels auf dem Parteitag 1924. Protokoll. S. 73

[3] Ebenda. S. 86

[4] Vgl. etwa Breuer,Robert: Der Fall Zeigner. Ein Beitrag zum Führerproblem. In: "Die Glocke". 9.Jg.33./35. Heft. 26.Nov. 1923. S. 864 ff.

sten Staatsämter erhalten konnte. Stampfer deutete es damit, daß der Kräfteverbrauch damals so hoch war, daß kein "Mann der alten Garde" für das höchste Amt in Sachsen zur Verfügung stand.[1] Doch war Zeigner vom linken Flügel der sächsischen Partei emporgehoben worden, und erfahrene Politiker wie Buck und Lipinski mußten unter dem Druck dieses Flügels abtreten.

Radbruch charakterisierte Zeigner als Mensch von sensibler Natur, doch als denkbar unglücklichste Figur auf dem Posten eines Ministerpräsidenten.[2] Wie beeinflußbar er war, bewies der Druck, den die Kommunisten während seiner gesamten Regierungstätigkeit als Ministerpräsident ausüben konnten. Diese Eigenschaft kannten die Kommunisten offenbar schon vorher und haben deswegen gerade ihn unterstützt. Er folgte von April bis Oktober 1923 allen ihren Winken und Hinweisen; er ließ sich von ihnen immer mehr und mehr zum Radikalismus treiben. Durch seine hemmungslose Demagogie und seine Kämpfe gegen die Reichsregierung half er mit, daß es im Herbst 1923 zur Staatskrise kommen konnte, zum unversöhnlichen Gegensatz zwischen rechts und links, an den Rand des Bürgerkrieges. Seine Politik war nur für die äußerste Rechte und Linke von Nutzen. Der von Moskau angeordnete Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung konnte nur erfolgen, weil Zeigner den Boden dazu vorbereitet hatte. Zeigners Kritik an der Politik der Reichswehrführung und Reichsregierung unter Cuno und Stresemann konnte von keinem Politiker, der ein Interesse an der Erhaltung des Staates hatte, akzeptiert werden. Die

---

[1] Stampfer, Friedrich: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. Offenbach 1947 S. 360

[2] Radbruch a.a.O. S. 171

Form von Zeigners Angriffen war 1923 völlig fehl am Platze. Severing und andere sozialdemokratische Politiker in ähnlichen Positionen wie Zeigner bezweifelten, ob es klug war, alle Dinge, die damals die Sozialdemokratie bewegten, offen zu behandeln.[1] Zeigner war nicht in der Lage, die Maßstäbe zu erkennen, die für ihn als Politiker des drittgrößten Landes Deutschlands durch die Bedeutung dieses Landes gesteckt waren.[2]

Das erkannte die einsichtsvolle Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auch sofort nach Zeigners Sturz. Sie zog die Konsequenzen daraus. Zunächst bildete sie mit den Demokraten die Regierung, und im Januar 1924 kam es zu einer Regierungsbildung der Großen Koalition zwischen gemäßigtem Flügel der VSPD, der DDP und der DVP.[3] Diese Koalition beherrschte dann auf Jahre hin die sächsische Politik. Der linke Flügel der VSPD verlor damit die Oberhand und trieb eine eigene bedeutungslose Politik.[4]

3. Die Auseinandersetzungen in der KPD mit dem fehlgeschlagenen "roten Oktober"

Von Januar bis Mitte Oktober 1923 hatte die politische Initiative im Lande Sachsen in den Händen der KPD gelegen. Sie gipfelte im Eintritt in eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten. Durch das tatkräftige Einschreiten

---

[1] Severing, Carl: Mein Lebensweg. Bd.I. Köln 1950. S. 431

[2] Lipinski a.a.O. S.61

[3] GK 65. Bd. S.4

[4] Vgl.: Der Parteikonflikt in Sachsen. Dresden o.J. (1924) Denkschrift der Mehrheit der sächs.sozialdemokr.Landtagsfraktion.

General Müllers wurde den Kommunisten die materielle Basis für den Aufstand entzogen, und durch die Reichsexekution wurde der Einfluß der KPD auf die Politik des Landes ausgeschaltet. Die verantwortlichen KPD-Führer unter der Leitung Brandlers mußten sich den Tatsachen fügen.
Der geplante Aufstand fiel aus. Die KPD begnügte sich mit Protestresolutionen. und einem Aufruf zum Proteststreik, dem jedoch kaum Folge geleistet wurde.

Innerhalb der Partei glichen die Wochen und Monate nach dem "roten Oktober" einem Chaos.[1] Richtungskämpfe zwischen dem linken und rechten Flügel der Partei, angeregt durch die Oktoberereignisse in Sachsen, waren an der Tagesordnung. Erst der illegal stattgefundene Parteitag 1924 in Frankfurt brachte eine gewisse Klärung durch das Ausschalten der rechten Brandler-Gruppe.

Die Führer des rechten Flügels Brandler und Thalheimer, verteitigten ihr Verhalten,den "Oktoberrückzug", nachdrücklich. Sie veröffentlichten Thesen zur Oktoberniederlage, in denen sie ihre Ansichten niederlegten. Der "Oktoberrückzug", so nannten sie den ausgefallenen Aufstand in Mitteldeutschland, sei unvermeidlich und richtig gewesen. Sie verteitigten ihre Einheitsfronttaktik mit der Feststellung, die grundlegenden Ursachen für die Niederlage seien "objektiver Art" und nicht in taktischen Fehlern zu suchen. Die entscheidende Ursache sahen sie in dem hemmenden Einfluß " der Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse sei noch nicht reif gewesen, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen; sie sei noch nicht für den Kommunismus gewonnen. Der Exekutive der Komintern

---

[1] So in einem Brief Klara Zetkins an den IX.Parteitag der KPD in Frankfurt 1924. Bericht über die Verhandlungen. Berlin 1924. S. 94

warfen Branler und Zhalheimer vor, das Kräfteverhältnis innerhalb der deutschen Arbeiterklasse zwischen VSPD und KPD nicht richtig eingeschätzt zu haben. Die verantwortlichen KPD-Führer, vor allem Brandler, hätten sich in Moskau kritisch dazu geäußert, dann aber der Exekutive gebeugt. Die Folgen der falschen Beurteilung der Lage bestanden nach Meinung Brandlers darin, daß die KPD nicht genügend Zeit für den "Endkampf" gehabt hatte, da ein viel zu früher Termin dafür festgelegt worden war.[1]

Der linke Flügel der KPD unter Ruth Fischer und Maslow war dagegen der Meinung, daß man trotz alledem im Oktober den Kampf hätte wagen müssen, auch auf die Gefahr einer Niederlage hin. Diese Niederlage hätte "den Kommunisten gute revolutionäre Traditionen" im Proletariat gegeben und den Sieg erst vorbereitet."[2] Die Linksopposition in der KPD unter Ruth Fischer, die "Ultralinken", hatte während des ganzen Jahres 1923 bei jeder Gelegenheit den Sturz der Regierung Zeigner gefordert. Sie hatte die Einheitsfronttaktik abgelehnt und eine Stützung der sozialdemokratischen Regierung Zeigners als eine Stärkung der SPD angesehen. Die Mehrheit der Zentrale der KPD hatte aber den Brandler-Kurs unterstützt, durch ständigen Druck auf die Regierung Zeigner und den linken Flügel der VSPD, der im Jahre 1923 in Sachsen die Oberhand gewonnen hatte,

---

[1] A.Thalheimer und H.Brandler: Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage. In: Internationale Pressekorrespondenz. 4. Jg. Nr.3 19. Jan.1924. Wien. S. 51 f.

[2] Polbureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg: Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei. Ebenda. S. 52

die Sozialdemokraten zu zersetzen suchen.[1]

Weil das Unternehmen der KPD im Oktober ein Mißerfolg geworden war, wurden die Führer der Aktion Brandler und Thalheimer 1924 aus der Zentrale entfernt. Die Zentrale nahm eine Linksschwenkung vor, als Ruth Fischer und Maslow die Ausgestoßenen ersetzten. 1925 erfuhren beide jedoch das gleiche Schicksal wie Brandler und Thalheimer. Brandler wurde nach seinem Anschluß als "Opportunist", als "Verräter" an der kommunistischen Sache bezeichnet, weil er den Aufstand nicht gewollt hatte. Er hatte die Leninsche Grundauffassung, daß nichts objektiv unmöglich sei, wenn die kommunistische Führung nicht versagt, nicht geteilt.[2]

Durch die Reichsexekution gegen Sachsen wurde der kommunistische Einfluß auf Deutschland eingedämmt. Die bolschewistische Weltrevolution mußte auf Rußland beschränkt bleiben. 1923 hatte es sich als unmöglich erwiesen, in Deutschland durch eine Revolution die kommunistische Diktatur zu errichten.

4. Würdigung der Politik Stresemanns in der sächsischen Frage

Die Kritik an der Politik Stresemanns in der sächsischen Frage richtete sich besonders gegen zwei Dinge: die Ernennung Dr. Heinzes zum Reichskommissar und sein Verhalten in Dresden sowie die unterschiedliche Behandlung der Länder Sachsen und Bayern.

---

[1] Bericht der Zentrale auf dem IX. Parteitag. Bericht S. 19

[2] Borkenau a.a.O. S. 49

Obwohl es außerordentlich schwierig ist, Stresemann irgendeine unkluge Entscheidung in seiner Politik gegenüber Sachsen nachzuweisen, darf man nicht übersehen, daß die Wahl Dr.Heinzes zum Reichskommissar nicht die beste war. Das Verhalten Heinzes auf der Sitzung der Fraktion der DVP am 30.Oktober in Dresden mußte bei den Sozialdemokraten den Verdacht erwecken, daß Stresemann die Große Koalition und damit eine Schwächung der Sozialdemokratie in Sachsen unbedingt erzwingen wollte.[1] Stresemann hielt dagegen die Aktion in dem Moment für beendet, als die neue Regierung unter Fellisch gebildet und von der Landtagsmehrheit bestätigt worden war. Alle neugewählten sozialdemokratischen Minister waren Mitglieder der Regierung Zeigner gewesen. Das bewies am deutlichsten, daß es Stresemann nur darum gegangen war, lediglich Zeigner und die beiden kommunistischen Minister auszuschalten, und daß er nie etwas gegen die sozialdemokratische Partei als solche unternehmen wollte. Vielleicht wäre es günstiger gewesen, den Vorschlag Geßlers aufzugreifen und einen unabhängigen Beamten zum Reichskommissar zu ernennen statt des parteipolitisch engagierten Dr.Heinze. Das Vorgehen Heinzes gegen die sächsische Regierung entsprach den Instruktionen Stresemanns. Es war juristisch nicht anfechtbar. Doch war es unklug, daß Heinze als Reichskommissar Einfluß auf seine eigene Partei auszuüben versuchte. Seine Sozialisten-

---

[1] Lipinski a.a.O. S. 72. Wels sprach von der "Gier" Heinzes, die Sozialisten in Sachsen zu erledigen. 20.Nov.1923 Verhandl. d. Reichst. Bd. 361. S. 12162

feindschaft konnte man dem Parteipolitiker Heinze nicht verübeln, dem Reichskommissar Heinze stand sie schlecht. Die Zweifel, die innerhalb der Reichstagsfraktion der DVP an seinem Vorgehen laut wurden, bewegten sich in dieser Richtung.

Trotz der unglücklichen Wahl Stresemanns bei der Ernennung Heinzes kann man nicht von einem "Gewaltstreich" und "Rechtsbruch" Stresemanns sprechen, wie es etwa Arthur Rosenberg getan hat.[1]

Den Einwand am unterschiedlichen Vorgehen Stresemanns gegenüber Sachsen und Bayern hat die Darstellung der Ereignisse bereits zu entkräften versucht. Die Kritiker an dem unterschiedlichen Vorgehen gegen beide Länder konnten oder wollten nicht verstehen, daß das Reich zu einer militärischen Exekution gegen Bayern nicht stark genug war.[2]

Wie Lord d'Abernon, der britische Botschafter in Berlin, geschildert hat, ist es Stresemann gelungen, die Bayern und die Anhänger Bayerns im übrigen Deutschland durch sein Eingreifen in Sachsen zu beruhigen.[3] Die Forschung, die sich mit den Ereignissen befaßt hat, die zum Hitler-Putsch am 9.November in München führten, bestä-

---

[1] Rosenberg,Arthur: Enstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt 1955. S. 418

[2] Geßler a.a.O. S. 272 Schüddekopf,Otto-Ernst: Das Heer und die Republik. Hannover und Frankfurt 1955. S. 169

[3] d'Abernon,Viscount: Ein Botschafter der Zeitwende. O.J. Bd. II.S. 318

tigt ebenfalls, daß durch die Reichsexekution gegen Sachsen den bayerischen Kräften ein Hauptvorwand zur "Abwehr" genommen wurde.[1] Es kam lediglich zum Putsch der Rechtsextremisten.

Man kann daher nicht, wie manche Historiker es tun, von Zugeständnissen sprechen, die Stresemann durch die Reichsexekution gegen Sachsen an die deutschen Rechtskreise gemacht habe.[2] Seine Politik als verantwortlicher Reichskanzler muß in erster Linie aus seiner schöpferischen Gabe interpretiert werden, sich in die realen Gegebenheiten und Machtfaktoren einzufühlen und sie im Rahmen des Möglichen auszuspielen. Das traf nicht zuletzt in der sächsischen Frage zu. Es geschah von einer Position der politischen Mitte her, in gleicher Distanz zur äußersten Rechten und Linken. Er wußte die Kräfte beider Seiten gegeneinander auszuspielen. Indem Stresemann den einen Krisenherd des Reiches auslöschte, nahm er dem anderen die Möglichkeit sich auszuweiten. Die realistische Einschätzung der Lage im Oktober 1923 ermöglichte ein aktives Eingreifen der Reichsgewalt nur gegen links. Die Reichsexekution gegen Sachsen war eine notwendige Maßnahme zur Eindämmung staatsgefährdender Bestrebungen, die von beiden Seiten der innenpolitischen Konstellation her drohten. Stresemann scheiterte nach Beseitigung der innenpolitischen Krisenherde, weil andere Mitglieder seiner Regierung für seine Politik kein

---

[1] Hofmann, Hanns Hubert: Der Hitlerputsch. München 1961. S. 106

[2] Thimme, Anneliese: Gustav Stresemann. Frankfurt 1957. S. 59

Verständnis aufbringen konnten, oder weil bei ihnen im Gegensatz zu Stresemann eine so starke parteipolitische Bindung vorhanden war, die eine weitgehend unabhängige Position nicht zuließ. Stresemanns Handeln als verantwortlicher Staatsmann mußte in den Krisenmonaten des Jahres 1923 von dem Bestreben bestimmt sein, die bedrohte Reichseinheit zu erhalten. Dafür die Wege und Mittel, eine Konzeption, gefunden zu haben, war sein Verdienst. Wie Friedrich Meinecke es formuliert hat, gibt es "für jeden Staat in jedem Augenblicke eine ideale Linie des Handelns, eine ideale Staatsraison. Sie zu erkennen ist das heiße Bemühen des handelnden Staatsmannes wie des rückschauenden Historikers."[1] Stresemann fand den "einzigen schmalen Weg",[2] der zum Erfolg und zum Nutzen des Staatsinteresses führte. Sein Nichteingreifen gegen Bayern im Gegensatz zu Sachsen war kein Überschreiten des geltenden Rechtes. Die Machtlosigkeit der Reichsgewalt den bayerischen Kräften gegenüber gebot andere Wege als gegen Sachsen. Nicht zuletzt durch die Wahl des richtigen Zeitpunktes für die Reichsexekution gegen Sachsen, die mindestens seit dem Auftreten der kommunistischen Minister juristisch zu verantworten gewesen wäre, verhinderte Stresemann den Bürgerkrieg in Deutschland. Stresemann erläuterte seine Politik gegenüber Bayern, die ihm die Staatsräson vorschrieb,

---

[1] Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte. Hrsg. von Walther Hofer. 2. Aufl. München 1960. S. 1

[2] Ebenda. S. 2

so:

> "Und wer den Bürgerkrieg und das Chaos vermeiden will auch durch Konzessionen, auch gelegentlich durch ein Gehenlassen der Dinge, der treibt nicht feige Kompromißpolitik, sondern verantwortliche Staatspolizik."[1]

Ebenso als Weg der gebietenden Staatsraison ist Stresemanns Maxime anzusehen, die er mit folgenden Worten beschrieb:

> "Wir müssen hin zum Staat und weg von den Parteien. Das Reich ist das einzige, was uns geblieben ist in all dem Zusammenbruch, den wir erlebt haben."[2]

Dieser Grundsatz stand für Stresemann in der besonderen Situation des Jahres 1923 an erster Stelle.

Stresemanns gesamte Innen- und Außenpolitik zu charakterisieren, übersteigt jedoch die Zielsetzung unserer Arbeit. Wir haben lediglich den Versuch unternommen, die Voraussetzungen, Mittel und Ziele seiner Politik in einem speziellen Fall zu schildern und verständlich zu machen. Wenn das gelungen ist, hat die Arbeit ihren Zweck erfüllt.

---

[1] 22. Nov. 1923. Verhandl.d.Reichst. Bd. 361.S. 12195

[2] 6.Okt.1923. Ebenda. S. 11933

ANLAGEN

I

BA R 43 I/2307:

Abschrift

Sächsisches Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten

Dresden, den 4.Januar 1923

Geheim!

Herrn Reichskanzler Cuno
Berlin

Die sächsische Staatsregierung hat seit Oktober 1921 durch Herrn Minister Lipinski und 1922 auch unter Mitwirkung des Herrn Justizministers Dr.Zeigner, die Herren Reichspräsidenten Ebert, Reichskanzler Wirth, Reichsinnenminister Dr.Köster und Reichsjustizminister Dr.Radbruch wiederholt auf die zweideutige Haltung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes in Bezug auf die Selbstschutzorganisationen und des Versteckens von Waffen hingewiesen und dringend um Abstellung gebeten. Nach dem Rathenaumord ist auch in einer besonderen Note gegen die innenpolitische Tätigkeit der Reichswehr Stellung genommen worden, auf die heute noch die Rückäußerung der Reichsregierung fehlt. Die Absendung der Note geschah, weil außenpolitisch das Mißtrauen der Entente gegen die Reichsregierung immer wieder neu genährt und innenpolitisch die Autorität der Landesregierung erschüttert wird. Auf Veranlassung des Herrn Reichspräsidenten fand im November 1921 im Beisein des Herrn Ministers Lipinski eine Chefbesprechung in Berlin und kurz vor dem Regierungswechsel eine Aussprache mit dem Herrn Reichspräsidenten in dieser Ange-

legenheit statt. Durch den Regierungswechsel scheint die Erledigung der Frage ins Stocken geraten zu sein, denn die sächsische Staatsregierung ist über das Resultat der Unterredung bisher ohne Nachricht geblieben. Die sächsische Staatsregierung erhebt deshalb erneut ihre schweren Bedenken gegen die bisher in dieser Beziehung von beiden Reichsstellen betriebene Politik und bittet dringend um schnellste Abhilfe.

Durch Begründung dieses Verlangens sei auf folgendes hingewiesen:

Im Frühjahr 1921 stellte die Regierung Fehrenbach im Einverständnis mit dem Entente-General den Selbstschutz für Oberschlesien auf und warb um Freiwillige hierfür. Der Kommandeur des 4. Wehrkreises der Reichswehr General v. Stolzmann stellte damals, zweifellos im Einverständnis mit der Reichsregierung, an die sächsische Staatsregierung das Verlangen, Werbung für den Grenzschutz vorzunehmen und hierfür Einzeichnungslisten auszulegen. Das sächsische Gesamtministerium lehnte dies Verlangen ab, erklärte sich aber bereit, die sächsische Landespolizei zur Verstärkung des Grenzschutzes innerhalb Sachsens zur Verfügung zu stellen. Damit war für die sächsische Landesregierung die Angelegenheit erledigt.

Ohne die sächsische Regierung zu verständigen, trat der preußische Staatskommissar Weissmann im Auftrage des preußischen Innenministers Dominicus und des Auswärtigen Amtes des Reichs mit der Organisation Escherich und den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften, wie Roßbach usw. in Verbindung und ersuchte diese Organisationen , Freiwillige für Oberschlesien zu stellen. Zu diesen Organisationen gesellten sich noch die Organisation Oberland, Organisation Consul usw. Da aber diese Organisationen über das ganze Reich, also auch in Sachsen, verbreitet waren, so war die Wirkung die, daß gegen den Willen der sächsischen Regierung und ohne ihre Kenntnis die preußische Regierung, in weiterem Sinne

die Reichsregierung, mit sächsischen Spitzen dieser Organisation in Verbindung trat und in Sachsen Werbungen und Waffentransporte für Oberschlesien vorgenommen wurden, die eine starke Erregung in der sächsischen Arbeiterbevölkerung hervorriefen und zu Gegenmaßnahmen der sächsischen Regierung führen mußten. Alle behördlichen Maßnahmen scheiterten strafrechtlich, weil die Leiter der Organisationen erklärten, daß sie im guten Glauben gehandelt, weil sie direkt von Reichsstellen Anweisungen erhalten hätten. So z.B. der Leiter der sächsischen Organisation Escherich Reichsgerichtsanwalt Dr. Wildhagen. Hierdurch entstanden schwere Angriffe gegen die sächsische Staatsregierung im sächsischen Landtage und im Reichstage, die vermieden worden wären, wenn Reichsstellen und preußische Dienststellen von ihrem Vorgehen der sächsischen Regierung Kenntnis gegeben hätte. Ein unhaltbarer und unerträglicher Zustand, der erst durch die Chefbesprechung im November 1921, also in einer Zeit, als der Selbstschutz für Oberschlesien längst erledigt war, geklärt wurde.

Der Selbstschutz in Oberschlesien wurde mit den Waffen ausgerüstet, die der Entwaffnungskommissar des Reiches durch die Länder von den Einwohnerwehren und der Bevölkerung hatte einziehen lassen. Als der Selbstschutz aufgelöst wurde, wurden vielfach die Mitglieder des Selbstschutzes mit den Waffen nach der Heimat beurlaubt. Dadurch wurden die mühsam zusammengetragenen Waffen wieder auf das ganze Reich zerstreut und neue Beunruhigung unter die Bevölkerung getragen. Der Entente-Kommission wurden aber alle Waffen aus dem schlesischen Sammellager ausgehändigt. Die nicht einzeln fortgeführten Waffen wurden außerhalb des schlesischen Bestimmungsgebietes verborgen.

Nach dem Verbot des Selbstschutzes wurde der Selbstschutz vom Auswärtigen Amte noch weiter erhalten und bis August vorigen Jahres, zuletzt vom Reichsministerium des

Innern, besoldet.

Die Reichsregierung verbot die Organisation Escherich, als aber aus ihr die Organisation Brüder von Stein erstand und auch gegen diese in Sachsen polizeilich und strafrechtlich vorgegangen wurde, traten wieder die Leiter dieser Organisation mit der Behauptung auf, daß die Fortsetzung der Escherich-Organisation unter anderem Namen im Einverständnis mit der Reichsregierung geschehe. Bei der Aussprache mit Reichsstellen wurde das bestätigt. Auch von diesem Vorgehen der Reichsregierung war die sächsische Regierung nicht in Kenntnis gesetzt worden und wurde sie hierdurch schweren Angriffen ausgesetzt. Das Ansehen der sächsischen Regierung und der Justiz wurden schwer geschädigt, in der Bevölkerung wurde der Glaube erweckt, daß konterrevolutionäre Organisationen vom Reich begünstigt und aufgezogen würden.

Diese Vermutung fand eine Stütze darin, daß dem Kapitänleutnant a.D. von Killinger, während er wegen Verdachts der Teilnahme an der Ermordung des Reichsministers Erzberger in Haft saß, im Oktober 1921 von der Oberschlesischen Bank auf sein Münchener Bankkonto für die Organisation C 300 000 M überwiesen wurden. Auf Rückfrage der sächsischen Regierung in Berlin wurde amtlich mitgeteilt, daß dies in Ordnung gehe, denn die Reichsregierung habe die Vorbereitung für einen neuen Selbstschutz in die Wege geleitet und hierfür seien die Gelder bestimmt. Dieselbe Organisation Consul, die strafrechtlich verfolgt wird, erhält Subsidien und wird als Stütze für den neuen Selbstschutz benutzt. Ein Widerspruch, der politisch nicht vertretbar ist und der der demokratischen Staatsidee schweren Schaden zufügen muß.

Das Reichswehrministerium fördert aber die zweideutige Politik.

Bei zahllosen Waffen- und Materialfunden in Sachsen und

in anderen Ländern, so im Sommer 1922 in der Provinz Sachsen und kürzlich in Sachsen, ist das Reichskommando des IV. Wehrkreises mit der Behauptung hervorgetreten, die gefundenen Waffen, die Munition und das Material seien Eigentum der Reichswehr und von ihr verborgen worden. Das Reichsjustizministerium hat die Landesregierungen ersucht, daß Waffenbeschlagnahmen unterbleiben möchten, wenn sie nicht der Reichsanwalt anordnet. So wurde im Dezember 1922 die Fortsetzung der vom sächsischen Ministerium angeordneten polizeilichen Haussuchungen noch von ehemaligen Zeitfreiwilligen verborgenen Waffen untersagt, ehe nicht die Zustimmung des Reichswehrministers eingeholt sei. Eine von der allein zuständigen Landesbehörde angeordnete polizeiliche Maßnahme wurde unterbunden und damit in die Hoheitsrechte der Landesregierung in unzulässiger Weise eingegriffen. Dabei sei festgestellt, daß der sächsischen Staatsregierung in keinem einzigen Falle von der Reichswehr oder dem Reichswehrministerium mitgeteilt worden ist, daß Waffen usw. in Sachsen verborgen seien. Verbirgt die Reichswehr Waffen ohne Vorwissen der Länderregierung, dann steigert sie damit die Unruhe im Lande und untergräbt das Rechtsbewußtsein im Volke. Nach dem Schutzgesetz für die Republik wird nur der bestraft, der Waffen ohne Wissen der Behörde versteckt. Hat aber die Reichswehr die Waffen verborgen, so müssen die Strafprozesse wegen Verbergens von Waffen eingestellt werden und in die Bevölkerung, die den Grund der Einstellung nicht erfährt, wird der Glaube erweckt, daß dies den Feinden der Republik zugute kommt und diese sich alles straflos erlauben können.

Die sächsische Staatsregierung erhebt schärfsten Protest gegen solche Eingriffe in die Hoheitsrechte des Landes.

Die Ermittlungen in mehreren strafrechtlichen und polizeilichen Untersuchungen ergaben, daß das Reichswehrministerium sich zum Verbergen von Material, Munition und Waffen geheimer Organisationen bedient, und daß ausgehobene

Waffenlager immer wieder von geheimen Kräften ergänzt und an anderen Stellen verborgen werden. Durch diese Methode wird bei jeden Waffenfunden immer wieder neue Beunruhigung in die Bevölkerung getragen. Welcher Geheimorganisationen sich das Reichswehrministerium bedient, kann nur vermutet werden. Der Fall Killinger läßt den geradezu ungeheuerlichen Schluß zu, daß dies die Organisation C sein kann. Auch die Rano kommt in Betracht. Gegen die Rano (Reichsorganisation für persönliche Berufsvermittlung von Reichswehrangehörigen) besteht dringender Verdacht, daß sie die Fortsetzung der beseitigten Bezirkskommandos ist. Sie besitzt alle Beurteilungen und sonstige Unterlagen für alle ausgeschiedenen Offiziere und Mannschaften des neuen und alten Heeres und führt in der Berliner Hauptstelle Stammkarten und Akten über jede einzelne Person.

Unterhält das Reichswehrministerium mit geheimen Organisationen Verbindungen, so werden alle Maßnahmen der Polizei und Justiz auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik hinfällig, denn dann kann jede Geheimorganisation für sich in Anspruch nehmen, vom Reichswehrministerium geduldet zu sein und die Behörden werden unsicher.

Der Herr Reichswehrminister lebt in der Befürchtung eines Einbruches der Dänen und Polen in Deutschland und rechtfertigt damit die Anlegung von Waffenlagern. Festgestellt ist, daß solche Waffenlager in Ober- und Niederschlesien und in der Provinz Sachsen, also längs der sächsischen Landesgrenze angelegt worden sind, und unbestritten ist, daß in Bayern erhebliche Waffenlager verborgen sind. In diesem Winter steigt die Zahl der Erwerbslosen und die Lebensmittel werden knapp. Dann steigt die Not und Verzweiflung und der Boden für gewissenlose Putschisten ist gelockert, die Verbitterung des Volkes wird zur Leidenschaft aufgeputscht werden und es kommt zu Unruhen und Putschen. Fallen den Unruhestiftern die verborgenen Waffen in die Hände, dann ist der Bürgerkrieg und das Blutbad da und zu den außenpolitischen Schwierigkeiten kom-

men die inneren schweren Kämpfe um die Staatsform.

Diese Katastrophe muß vermieden werden. Deshalb fordert die sächsische Staatsregierung, daß schnellstens mit dieser Politik gebrochen wird, daß die verborgenen Waffen ausgehoben und eingeschrottet werden, mindestens aber, daß die Waffenlager den Landesregierungen mitgeteilt und unter ihre Kontrolle gestellt werden, daß das Reichswehrministerium und ihre Dienststellen die Verbindung mit Geheimorganisationen endgültig aufgibt und daß die Hoheitsrechte des Landes auch von Reichsstellen und den anderen Ländern respektiert werden.

Wird von der Reichsregierung nicht schleunigst Abhilfe geschaffen, so wird das Ministerium des Innern nach dem Vorgehen des preußischen Innenministers alle beschlagnahmten Waffen nicht der Reichswehr abliefern, sondern sie der Treuhandgesellschaft des Reiches zum Einschrotten zuführen.

Die sächsische Staatsregierung erwartet, daß ihr die Stellung der Reichsregierung unverzüglich mitgeteilt wird.

gez. Buck
Ministerpräsident

II

Die Koalitionsvereinbarungen zwischen KPD und VSPD zur gemeinsamen Bildung der sächsischen Regierung im Oktober 1923:
(Abg. Böttcher (KPD) am 6. November 1923. Verhandl. d. sächs. Landtl. 1923. 2. Bd. S. 1861)

1. Sofortige Mobilisierung der Massen. Gemeinsame Proklamation an die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Sofortige Einberufung des Landtages.
2. Anwendung aller Mittel zur Beseitigung des Ausnahmezustandes.
3. Verstärkung, Ausbau und Bewaffnung der gesamten Abwehrorganisationen.
4. Sicherung der sächsischen Grenze gegen Bayern durch die gemeinsamen Abwehrorganisationen.
5. Zur Unterstützung der Arbeiterregierung sofortige Einsetzung gemeinsamer Aktionsausschüsse für die Dauer des Ausnahmezustandes.
6. Zur Abwehr der faschistischen Militärdiktatur Vorbereitungen zur Durchführung des politischen Massenstreiks.
7. Bildung eines mitteldeutschen Abwehrblocks Sachsen-Thüringen zur Abwehr des bayerisch-faschistischen Angriffes.
8. Maßnahmen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter:
   a) Gewährung eines Existenzminimums für Erwerbslose, Sozialrentner und Fürsorgeempfänger in der Höhe von durchschnittlich zwei Drittel eines Durchschnittswochenlohnes;
   b) Gewährung von Staatskrediten zur Weiterführung der stillgelegten Betriebe durch die Betriebsräte;
   c) Sicherstellung der Ernährung durch Beschlagnahme

der Ernte, sofortiges direktes Getreideabkommen mit Sowjetrußland;

d) Beschlagnahmerecht der Kontrollausschüsse;

e) Mittelbeschaffung durch Zwangskredite und Verpfändung von Staatsbesitz (nicht Staatsbetrieben).

9. Schärfster Kampf gegen die große Koalition und für die Arbeiterregierung im Reiche.

III

BA R 43 I/2309

Verordnung

des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Abs.2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen nötigen Maßnahmen.

Auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen folgendes:

§1

Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landes-und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung.

Die Verordnung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 905) bleibt im übrigen unberührt.

§2

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29.Oktober 1923

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichskanzler
Dr.Stresemann

IV

Aufruf der sächsischen Regierung an die Bevölkerung vom 29. Oktober 1923:
(Abg. Böttcher (KPD) am 31. Oktober 1923. Verhandl. d. Sächs. Landt. 1923. 2. Bd. S. 1845)

An die sächsische Bevölkerung!

Die Reichsregierung hat heute die Mitglieder der sächsischen Regierung ihrer Ämter enthoben und die öffentliche Gewalt einem Reichskommissar übertragen, Durch ein Militärkommando ist die Regierung trotz ihres Protestes aus dem Ministerialgebäude entfernt worden. Die Tagung des Landtages wird gewaltsam verhindert und damit die Stellungnahme der gesetzlichen Vertretung der Bevölkerung zu den Vorgängen unmöglich gemacht.

Das ist ein Staatsstreich.

Es ist sinnlos, für diesen Staatsstreich den Schein des Rechts in Anspruch nehmen zu wollen. Nach anerkannter Rechtsauffassung gibt auch der Artikel 48 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten nicht das Recht, eine verfassungsmäßige Landesregierung in der Ausübung ihres Amtes zu behindern.

Noch weniger steht diese Befugnis der Reichsregierung oder dem Reichskanzler zu. Der Verfassungsbruch liegt also klar zutage.

Die sächsische Regierung hat gegen diesen Rechtsbruch beim Reichspräsidenten, bei der Reichsregierung und beim Reichsrat als der verfassungsmäßigen Vertretung der Länder schärfsten Protest eingelegt.

Der Staatsstreich vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß

die sächsische Regierung nach wie vor die gesetzliche Vertretung des Landes

ist. Sie ist nur der Gewalt gewichen! Die sächsische Regierung erwartet, daß die verfassungstreue Bevölkerung zu ihr steht!

Dresden, den 29. Oktober 1923.

Die Regierung des Reistaates Sachsen

Dr.Zeigner Liebmann Neu Graupe

Böttcher Heckert Fleißner

V

Aufruf zum Proteststreik vom 29. Oktober 1923:
(Abg. Böttcher (KPD) am 31. Oktober 1923. Verhandl.d. Sächs. Landt. 1923. 2. Bd. S. 1845 f.)

Mit diesem Staatsstreich führte das Stinneskapital den Hauptstoß gegen die stärksten Kampfpositionen der deutschen Arbeiterklasse. In Bayern meutert offen die Reichswehr und ihre Generäle. In Sachsen wird die verfassungsmäßige Regierung der Arbeiter mit Gewalt beseitigt. In Deutschland soll, nach dem Willen der Schwerindustrie, der Faschismus uneingeschränkt herrschen. Das muß verhindert werden!

Gegen diesen Staatsstreich, gegen diesen Angriff auf die Grundrechte des werktätigen Volkes rufen die unterzeichneten Organisationen auf zu einem dreitägigen Proteststreik!

Beginn: Diestag den 30. Oktober - Ende Donnerstag den 1. November.

Arbeiter! Laßt Euch von der Reichswehr nicht provozieren! Wahrt proletarische Kampfdisziplin!

VSPD KPD ADGB Afa ADB

QUELLEN- UND LITERATUR-VERZEICHNIS

I. Archivalien

1. Bundesarchiv Koblenz:

Akten der Reichskanzlei, betreffend Sachsen
Bände R 43 I/2307
R 43 I/2308
R 43 I/2309

Akten der Reichskanzlei, betreffend Bayern
Band R 43 I/2218

Akten der Reichskanzlei, betreffend Berichte des Vertreters der Reichsregierung (Bayern)
Band R 43 I/2233

Nachlaß Geßler
Nr. 57 : Das Jahr 1923

2. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn:

Nachlaß des Reichsministers Dr.Gustav Stresemann
Bände 2, 3, 87, 262, 263

Ref. D. Acten betreffend: Allgemeine innere Politik.
Bayern. Bände 7, 8

II. Protokolle, Verhandlungen, Berichte, Materialsammlungen

Landtagsakten aus den Jahren 1923 und 1925.
Berichte usw. Dresden.

Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1, Februar 1923. Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1923.

Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924. Herausgegeben von der zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1924.

Horkenbach, Cuno (Hrsg): Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1931.

Statistisches Jahrbuch für den Reistaat Sachsen. Herausgegeben vom Sächsischen Statistischen Landesamte.
44. Ausgabe 1918/1920. Dresden 1921.
45. Ausgabe 1921/1923. Dresden 1923.
46. Ausgabe 1924/1926. Dresden 1927.

Sozialdemokratische Parteikorrespondenz für die Jahre 1923 bis 1928. (Ergänzungsband) Berlin 1930.

Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll. Berlin 1924.

Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll. Berlin 1925.

Schüddekopf, Otto Ernst: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933. Hannover und Frankfurt a.M. 1955.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Herausgegeben von Ulrich Thürauf.
60. Band: 1919. München 1923.
61. Band: 1920. München 1924.
63. Band: 1922. München 1927.
64. Band: 1923. München 1928.
65. Band: 1924. München 1929.

Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Band 1. Berlin 1932.

Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1922/23. Erster Band, Dresden 1923; 1923. Zweiter Band, Dresden 1924.

Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte. Band 361. Berlin 1924.

III. Broschüren, Publizistik

Bernhard, Henry: Das Kabinett Stresemann. Berlin 1924.

Bethke, Karl: Der Sachsenkonflikt. Zum Parteitag in Heidelberg. Herausgegeben von der Fraktionsmehrheit des sächsischen Landtags. o.O.,o.J.

Die Blutschuld der Kommunisten an den Vorgängen am 6. Juni 1923 in Leipzig. Sonderdruck aus der Leipziger Volkszeitung. Verlag: Bezirksvorstand der VSPD Leipzig.

Breuer, Robert: Die Aufgabe der Sozialdemokratie. In: Die Glocke, 9. Jg. 27. Heft, 1. Oktober 1923, S. 697 ff.

Ders: Der Fall Zeigner. Ein Beitrag zum Führerproblem. In: Die Glocke, 9. Jg., 33./35. Heft, 26. November 1923, S. 864 ff.

Block, Hans: Sachsen und die Reichseinheit. In: Die Glocke, 9. Jg. 17. Heft, 23, Juli 1923, S. 450 ff.

Grötzsch, Robert: Die sächsische Zipfelmütze. In: Die Glocke, 9. Jg., 4. Heft, 23. April 1923, S. 79 f.

Vier Jahre sächsische Politik. September 1926. Herausgegeben von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Liebmann, Hermann: Neun Monate sächsische Koalitionspolitik. 1924.

Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen. Leipzig 1926.

Der Parteikonflikt in Sachsen. Dresden o.J. (1924). Denkschrift der Mehrheit der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Polbureau der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD: Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei. In: Internationale Pressekorrespondenz für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung. 4. Jg. 1924. Nr. 3, 19. Januar. Wien..S. 52

Reuter, Ernst: Revisionismus in der KPD. In: Die Glocke, 9. Jg. 1. Heft, 1. April 1023, S. 30 ff.

Schneider, Rudolf: Sachsen und das Reich. In: Deutsche Stimmen, Nr. 22, 20. November 1923, S. 366 f.

Schützinger, Hermann: Polizei und Selbstschutz. In: Die Glocke, 9. Jg., 13. Heft, 25. Juni 1923, S. 332 ff.

Thalheimer, August: 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923. Berlin 1931.

Ders. und Brandler, Heinrich: Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage. In: Internationale Pressekorrespondenz für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung. 4. Jg. 1924, Nr. 3, 19. Januar. Wiem. S. 51 f.

Vorwärts, Jg. 1923

Zechlin, Walter: Finis Germaniae? In: Die Glocke, 9. Jg. 14. Heft, 2. Juli 1923, S. 361 f.

IV. Memoiren

d'Abernon, Viscount: Ein Botschafter der Zeitwende. II. Band. Deutsch von A.Vallentin. Leipzig o.J.

Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Frankfurt a.M. 1950.

Geßler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.

Radbruch, Gustav: Der innere Weg. Aufriß meines Lebens. Stuttgart 1951.

Severing, Carl: Mein Lebensweg. Band I. Köln 1950.

V, Darstellungen und Untersuchungen

Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis. Berlin 1926.

Ders. und Thoma, Richard (Hrsg): Handbuch des Deutschen Staatsrechts. I. Band. Tübingen 1930.

Apelt, Willibald: Die sächsische Regierungskrise und ihre staatsrechtliche Bedeutung. In? Archiv des öffentlichen Rechts. Neue Folge. 6. Band. Tübingen 1924. S. 107 ff.

Ders. : Geschichte der Weimarer Verfassung. München 1946.

Borkenau, Franz: Der europäische Kommunismus. München 1952.

Buchheim, Karl: Die Weimarer Republik. Grundlage und politische Entwicklung. München 1960.

Erdmann, Karl Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 3.Jg., 1955, 1. Heft, S. 1 ff.

Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik. 1. Bd. Erlenbach-Zürich, Stuttgart 4. Aufl. 1962

Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930. Löbau 1930.

Flechtheim, Ossip Kurt: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik. Offenbach a.M. 1948.

Fromme, Friedrich Karl: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Tübingen 1960.

Gast, Helmut: Die proletarischen Hundertschaften als Organ der Einheitsfront im Jahre 1923. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, IV. Jg. 1956, Heft 3, S. 455.

Gordon, Harald J: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926. Deutsch von Siegfried Maruhn. Frankfurt a.M. 1959.

Hanisch, Wilfried: Die Hundertschaften der Arbeiterwehr. Berlin 1958.

Hofmann, Hanns Hubert: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924. München 1961.

Kochan, Lionel: Russia and the Weimarer Republic. Cambridge 1954.

Meinike, Friedrich: Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte. 2. Auflage. Herausgegeben und eingeleitet von Walther Hofer. München 1960.

Nawiasky, Hans: Grundprobleme der Reichsverfassung I.Teil: Das Reich als Bundesstaat. Berlin 1928.

Poetzsch, Fritz: Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung(vom 1.Januar 1920 bis 31. Dezember 1924). In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Band XIII, 1925. Hrsg. von Robert Piloty und Otto Koellreutter

Preuß, Hugo: Um die Reichsverfassung von Weimar. Berlin 1924.

Reichelt, Erich: Das Staatsleben unter der sächsischen Verfassung vom 1. November 1920. Leipzig 1928.

Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. von Kurt Kersten. Frankfurt a.M. 1955.

Schlottner, Erich Heinz: Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923. Diss. phil. Frankfurt a.M. 1948.

Schützinger Hermann: Die "Machtergreifung". In : Deutsche Rundschau, 70. Jg., 1947, Berlin, S. 98 ff.

Seton-Watson, Hugh: Von Lenin bis Malenkov. Bolschewistische Strategie. München 1955.

Stampfer, Friedrich: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. Offenbach a.M. 1947.

Thimme, Anneliese: Stresemann als Reichskanzler. In: Die Welt als Geschichte. 1957, Heft 1, Stuttgart. S. 9 ff.

Diess.:Gustav Stresemann. Eine politische Biographie. Hannover und Frankfurt 1957.

Thimme, Roland: Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923-1925. Lübeck 1961. (Diss. phil. Freie Univ. Berlin 1959).

Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band I. Berlin 1955.

Verhandlungsbericht zum Thema "Diktatur". Verhandlungen der Tagung der deutschen Staatsrechtslehrer zu Jena am 14. und 15. April 1924. In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer. 1924, Heft 1. Berlin und Leipzig. S. 137 ff.

Wagner, Raimund: Die 'Arbeiterregierung' in Sachsen im Jahre 1923. Diss. phil. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Berlin. Berlin 1957.

Wenzel, Otto: Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923. Diss. phil. Freie Univ. Berlin 1955 (Ms)

Wheeler-Bennett, John W.: Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945. Düsseldorf 1954.

LEBENSLAUF

Ich, Klaus Hohlfeld, wurde am 3. Juni 1939 als Sohn des Bergmannes Erich Hohlfeld und seiner Ehefrau Lotte, geb. Nake, in Freital bei Dresden geboren. Von 1945 bis 1953 besuchte ich die Grundschule und anschließend die Oberschule Freital. 1957 legte ich dort die Reifeprüfung ab. Vom Herbst 1958 bis Frühjahr 1959 nahm ich an einem Kurs am Gymnasium Korntal bei Stuttgart teil, der mit einer Ergänzungsprüfung für mitteldeutsche Abiturienten abschloß. Vom Sommersemester 1959 bis zum Wintersemester 1960/61 studierte ich an der Universität Freiburg im Breisgau und seit dem Sommersemester 1961 an der Universität Erlangen-Nürnberg vor allem Geschichte, Germanistik und Geistesgeschichte. Von meinen akademischen Lehrern bin ich besonders den Herren Professoren Lades, Prang und Schoeps zu Dank verpflichtet.

Fotodruck

– Wiltrud Hogl, Erlangen, Brüxer Straße 9, Telefon 16 36 –